



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

**bmb+f**

# Demokratie lernen in Schule und Gemeinde – Demokratiepolitische und gewaltpräventive Potenziale in Schule und Jugendhilfe

Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

**BMBF PUBLIK**



**Impressum****Herausgeber**

Bundesministerium  
für Bildung und Forschung (BMBF)  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
53170 Bonn

**Bestellungen**

Schriftlich an den Herausgeber  
oder telefonisch unter der  
Rufnummer 01805-BMBF02 bzw. 01805-262302  
Fax 01805-BMBF03 bzw. 01805-262303  
0,24 DM/Min  
E-Mail: [books@bmbf.bund.de](mailto:books@bmbf.bund.de)  
Internet: <http://www.bmbf.de>

**Autoren**

Wolfgang Beutel  
Stephan Schnurre  
Kristin Senge  
Anja Thöne  
Peter Fauser  
Die Autoren tragen die Verantwortung für den  
Inhalt der Broschüre.

**Gestaltung**

BSMG Worldwide Deutschland, München

**Druckerei**

Hudak Druck GmbH, München

**Stand**

September 2001

Gedruckt auf Recyclingpapier

**Bildnachweis**

Image Source

# **Demokratie lernen in Schule und Gemeinde – Demokratiepolitische und gewaltpräventive Potenziale in Schule und Jugendhilfe**

Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>Teil A: Bericht</b>		
<b>1</b>	<b>Projektziel</b> .....	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Arbeitsweise und Projektverlauf</b> .....	<b>6</b>
2.1	Recherchen .....	6
2.2	Projektauswahl .....	7
2.3	Homepage und Datenbank .....	7
2.4	Erarbeitung und Durchführung der Ausstellung von „Best-Practice-Projekten“ .....	8
<b>3</b>	<b>Ergebnisse der Bestandsaufnahme</b> .....	<b>9</b>
3.1	Auswertung der Datenbank .....	9
3.2	Projektauswahl .....	13
<b>4</b>	<b>Die „Best-Practice-Ausstellung“ als Strukturelement des Kongresses „Für Demokratie – gegen Gewalt“</b> .....	<b>15</b>
<b>5</b>	<b>Eine Schulpädagogische Bilanz der strukturierten Bestandsaufnahme</b> .....	<b>16</b>
5.1	Vorbemerkung .....	16
5.2	Der Erhebungsprozess: Empirische und fachliche Hintergründe .....	17
5.3	Zum schul- und jugendpolitischen Hintergrund .....	18
5.4	Erfahrungen und Ergebnisse .....	20
5.5	Allgemeine Einsichten aus der Bestandsaufnahme im Kontext von Schulentwicklungs- und Förderprogrammen: Sechs Thesen .....	21
5.6	Perspektiven und Korridore der Entwicklung .....	24
<b>6</b>	<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>26</b>
	Literaturverzeichnis .....	27
<b>Teil B: Dokumentation</b>		
	Kurzporträts der ausgewählten „Best-Practice-Projekte“	
<b>I</b>	<b>Andere Kulturen – Eine Welt</b> .....	<b>28</b>
<b>II</b>	<b>Andere Zeiten – Eine Geschichte</b> .....	<b>35</b>
<b>III</b>	<b>Schule als Projekt</b> .....	<b>44</b>
<b>IV</b>	<b>Jugend und Schule</b> .....	<b>51</b>
<b>V</b>	<b>Portal! Programme, Projekte, Netzwerke, Angebote, Hilfen, Unterstützung</b> .....	<b>62</b>
	Abkürzungsverzeichnis .....	71

# Einleitung

---

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse des Forschungsauftrages „Demokratie lernen in Schule und Gemeinde – Erfassung und Entwicklung demokratiepolitischer und gewaltpräventiver Potenziale in Schule und Jugendhilfe“ zusammen, den das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Juni 2000 an den Lehrstuhl für Schulpädagogik und Schulentwicklung der Friedrich-Schiller-Universität Jena vergeben hatte. Ziel des Auftrages war es, demokratiepolitisch und gewaltpräventiv bedeutsame Potenziale der pädagogischen Praxis in Schule und Jugendarbeit in den Blick zu nehmen und mögliche Entwicklungskorridore für ein Programm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung zu prüfen.

Im Rahmen des Projektes gefundene Best-Practice wurde anlässlich des bundesweiten BLK-Fachkongresses „Für Demokratie – Gegen Gewalt“ (3. bis 5. Mai 2001 in Berlin) in einer Ausstellung zusammengefasst und machte so für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Kongresses endogene Demokratiepotenziale in Schule und Jugendhilfe erfahrbar.

Der Forschungsauftrag steht in engem Zusammenhang mit der Expertise von Prof. W. EDELSTEIN und M. BROMBA zum antidemokratischen und rechtsextremen Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschlands (2001) und ergänzt diese durch eine Handlungsmöglichkeiten aufzeigende Perspektive.

Der Bericht ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil (A) skizziert der erste Abschnitt den Projektauftrag, das Arbeitsziel und den dieser Erhebung zugrundeliegenden Erhebungsansatz (1.). Es folgt eine Darstellung des Arbeitsprozesses und der für die Erhebung notwendigen Instrumente, da diese erst im Verlauf der stark explorativ ausgerichteten Arbeiten konkretisiert und schrittweise präzisiert werden konnten und dabei laufend den durch das Material und das Ziel der Erhebung vorgegebenen Erfordernissen angepasst werden mussten (2.). Die beiden nachfolgenden Abschnitte stellen übersichtsartig die Ergebnisse der Bestandsaufnahme vor (3.) und werten die Best-Practice-Ausstellung aus (4.) Der erste Teil des Berichtes schließt mit einer schulpädagogischen Bilanz der Bestandsaufnahme (5.).

Ein umfassender zweiter Teil (B) dokumentiert dann in fünf Themengruppen die für den Berliner BLK-Kongress exemplarisch ausgewählte „Best-Practice“.

# Teil A: Bericht

## 1 Projektziel

---

Der Forschungsauftrag „Demokratie lernen in Schule und Gemeinde. Erfassung und Entwicklung demokratiepolitischer und gewaltpräventiver Potenziale in Schule und Jugendhilfe“ hatte zum Ziel, in der Zeit vom 1. Juli 2000 bis 31. März 2001 eine strukturierte Bestandsaufnahme mit Blick auf laufende und abgeschlossene Programme des Bundes und der Länder, Stiftungsprogramme und vor allem laufende Projekte in Schulen zu leisten. Dabei wurde davon ausgegangen, dass angesichts jugend- und demokratiepolitischer Krisen mehr und besser abgestimmte und vernetzte Projekte und Programme innerhalb und außerhalb der Schule erforderlich sind, in denen Kinder und Jugendliche lernen, was praktische Demokratieerfahrung bedeutet, Projekte und Programme, in denen sie Erfahrungen mit demokratischem Handeln machen und Fähigkeiten zur Vermeidung und Abwehr von Gewalt entwickeln können (EDELSTEIN/FAUSER/BEUTEL 2000).

### Zum Verhältnis von Demokratie und Gewalt

Zu Grunde gelegt wurde ein Demokratiekonzept, das sich folgendermaßen beschreiben lässt: Demokratie wird erfahren durch die Verbindung von Zugehörigkeit, Mitwirkung, Anerkennung und Verantwortung. Diese Erfahrung bildet eine wichtige Grundlage dafür, dass Alternativen zur Gewalt wahrgenommen und gewählt werden können. Ebenso hängt von dieser Erfahrung die Fähigkeit ab, Zugehörigkeit zu anderen und Abgrenzung von anderen als demokratische Grundsituation verstehen zu können und sie nicht mit blinder Gefolgschaft, mit der Abwertung anderer und mit Fremdenfeindlichkeit zu beantworten. So gesehen bilden demokratische Verhältnisse auf den verschiedensten Ebenen innerhalb und außerhalb der Schule eine wichtige und grundlegende Vorkehrung auch gegen Gewalt. Gewalt und rechtsradikale oder fremdenfeindliche Tendenzen bei Jugendlichen sind auch eine Folge fehlender Erfahrung der Zugehörigkeit, mangelnder Anerkennung und ungenügender Aufklärung. Es besteht also ein direkter Zusammenhang zwischen „Demokratie lernen“ und Gewaltabstinenz. Dabei ist vor allem den Unterschieden pädagogisch Rechnung zu tragen, die zwischen dem Einüben in demokratische Handlungsstrukturen auf der Mikroebene von Schule und Gemeinde und der Einsicht in Systemprozesse auf der Ebene politischer Institutionen sowie der Makro-Ebene der Politik bestehen. Besonderes Augenmerk ist dabei auf Ansätze und Reichweite eines transferfähigen Erfahrungslernens zu richten. Angesichts der beschleunigten Globalisierung und Pluralisierung ist es in pädagogischer wie in politischer Hinsicht eine Frage von grundlegender Bedeutung, ob und wie sich handlungsbasierte Erfahrungen und systembezogenes Wissen zu übergreifenden demokratischen und gewaltresistenten Einstellungen und Überzeugungen („Tugenden“) verbinden lassen.

### „Best-practice“-Ansatz

Es gibt zahlreiche öffentliche und private Programme, Wettbewerbe, Einzelprojekte sowie die verschiedensten Konzepte, didaktische Ansätze und Materialien, deren Ziel es mehr oder weniger direkt ist, „Demokratie lernen“ zu ermöglichen und Gewalt zu verhindern. Innerhalb und außerhalb der Schule gibt es eine Fülle wirksamer Projekte und tragfähiger Erfahrungen in beiderlei Hinsicht. Diese „Best-practice-Projekte“ bilden ein endogenes – d. h. in der komplexen Praxis selbst vorhandenes und entwicklungsfähiges – Potenzial für Demokratiepoltik und Gewaltprävention.

Als bereits vorhandene Kerne der Selbstwirksamkeit und als Erfahrungsträger gehören die Praxisprojekte zu den wichtigsten Ressourcen für eine rasche und zugleich nachhaltige Verbesserung auf der Ebene des Lernens ebenso wie auf der Ebene der Schulentwicklung.

Konzepte wie das der „Selbstwirksamkeit“ oder des „Verständnisintensiven Lernens“ bieten einen allgemeinen Rahmen für die Bestimmung von Schulqualität und Lernqualität. Die Konstellationen der Ressourcen, der Stärken und Schwächen, der Motive und Anlässe, der institutionellen Vorteile und Hindernisse, der Milieus und der professionellen Möglichkeiten – um nur einige Faktoren zu benennen –, sind aber von Schule zu Schule und von Projekt zu Projekt verschieden. Für gezielte Entwicklungsimpulse müssen daher die Kontextbedingungen der Praxisprojekte genauer bestimmt werden.

## Ziele und Arbeitsperspektive

Ziel des Projektes war es, im Interesse einer schnell greifenden und zugleich langfristig angelegten demokratiepolitischen und gewaltpräventiven Strategie prototypische Projekte und Erfahrungen gezielt zu erfassen, zu deren Optimierung beizutragen und übertragbare Elemente der Bildung, der Prävention und der Intervention herauszuarbeiten. Das Projekt verknüpfte dabei systematisch die Ebenen der Forschung, der Entwicklung und der Evaluation miteinander. Die Ergebnisse der Erhebungen sollten, soweit sie entwicklungsrelevant waren, Schritt für Schritt an die Praxis zurückvermittelt werden.

Im Einzelnen wurden die Projektziele durch folgende Schritte erreicht:

- a) Es wurde zunächst eine Übersicht über vorhandene thematisch einschlägige Programme privater und öffentlicher Träger erstellt. Dazu wurden verschiedene Informationsquellen genutzt (Publikationen, Ausschreibungsunterlagen, Internet, Berichte, Experten).
- b) Bei der Identifikation von „Best-practice-Projekten“, also solchen Projekten, die unter demokratiepolitischen und gewaltpräventiven Aspekten herausragend, entwicklungssträftig und für andere anregend sind; war besonders das Urteil von Experten von Bedeutung. Es wurden folgende Kriterien angewandt:
  - Lernqualität,
  - Institutionelle Qualität,
  - Aktualität und
  - Originalität.
- c) Für die Auswahl von Projekten, die an der „Best-practice-Ausstellung“ im Rahmen des BLK-Kongresses „Für Demokratie – Gegen Gewalt“ (3. bis 5. Mai 2001 in Berlin) teilnehmen sollten, stand nur wenig Zeit zur Verfügung, so dass ein explorierendes Vorgehen über Expertennetze (Demokratisch Handeln, RAA, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, DJI, Stiftung Brandenburger Tor) gewählt werden musste.
- d) Für die „Best-practice-Ausstellung“ wurden mit den Projekten Workshops, eine Ausstellung und ein Konferenzkatalog vorbereitet. Der Erfahrungsaustausch der Projekte war dabei auf die Identifikation von entwicklungsrelevanten Faktoren, also beispielsweise auf die Bewältigung von Hindernissen konzentriert.
- e) Nach der Konferenz wurden die Ergebnisse des Erfahrungsaustausches systematisch ausgewertet. Wichtig war die Identifikation von entwicklungsfördernden und entwicklungshemmenden Faktoren innerhalb und außerhalb der Institutionen.

## 2 Arbeitsweise und Projektverlauf

---

Die Arbeitsweise musste im Verlauf der Erhebungszeit flexibel den Erfordernissen des Projektes angepasst werden. Während zu Beginn ein eher als „offen“ zu charakterisierender Rechercheprozess (2.1.) im Mittelpunkt stand, wurde schon im zweiten Quartal der Projektlaufzeit der Aspekt der Auswahl gelungener Praxis bedeutsam (2.2.). Gegen Ende der Erhebung musste diese Auswahl bereits mit Blick auf den BLK-Kongress präzisiert werden (2.4.), wiewohl der ursprüngliche Forschungsauftrag diese Handlungsebene nicht berücksichtigt hat. Das gesamte Projekt begleitend, wurde schon früh eine Internet-Seite erarbeitet, die eine weitere Basis für die Ergebnispräsentation darstellt (2.3.).

### 2.1 Recherchen

Im Unterschied zu wettbewerbsmäßigen Ausschreibungen, die induktiv ansetzen und im Ertrag fast ausschließlich von der Eigeninitiative interessierter Bewerber abhängen, wie etwa „Demokratisch Handeln“, wurden in diesem Vorhaben induktive und deduktive Suchstrategien gekoppelt: In einem ersten Schritt wurde systematisch nach Institutionen und Personen gesucht, die Hinweise und Informationen zu konkreten Projekten geben konnten. Im zweiten Schritt wurden so gewonnene Ansprechpartner und Kontaktpersonen angeschrieben und um Informationsmaterial gebeten. Ausgangspunkt für diese Recherche war eine bereits im Antragsverfahren vorgelegte „Basisliste anzusprechender Institutionen“.

Des Weiteren wurden folgende Informationssammlungen aktueller Wettbewerbe und Programme des Bundes und von Stiftungen genutzt:

- Schülerwettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung,
- Schülerwettbewerb des sächsischen Landtags zur Förderung der politischen Bildung,
- Schülerwettbewerb „Deutsche Geschichte“ um den Preis des Bundespräsidenten (Körber-Stiftung),
- Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ (Akademie für Bildungsreform, Theodor-Heuss-Stiftung),
- Wettbewerb „Hamburger Tulpe für deutsch-türkischen Gemeinsinn“ (Körber-Stiftung),
- Förderwettbewerb „Junge Wege in Europa“ (Robert-Bosch-Stiftung),
- Hauptschulpreis 2001 „Erziehung zur Eigenverantwortung. Jugendliche lernen ihr Leben zu gestalten – frei von Abhängigkeit und frei von Gewalt.“ (Herti-Stiftung),
- Wettbewerb „Entwicklungsräume gestalten – Wie trägt Globales Lernen zur Schulerneuerung bei?“ (Comenius-Institut),
- „Jugend übernimmt Verantwortung“ (Stiftung Brandenburger Tor),
- Projekt „Erziehung zu Demokratie und Toleranz“ (Bertelsmann-Stiftung).

Parallel dazu arbeiteten wir mit anderen uns zugänglichen Informationsquellen, um Hinweise auf Projekte zu finden. Guten Erfolg erbrachten dabei:

- das Netzwerk der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA),
- das Netzwerk des COMED e.V.,
- das „Netzwerk innovativer Schulen“ der Bertelsmann-Stiftung,
- das Netzwerk des Bundeskriminalamtes (BKA),
- die Datenbank der Geschäftsstelle „Demokratisch Handeln“, Jena,
- pädagogische Zeitungen und Zeitschriften aus Praxis und Wissenschaft,
- das Internet,
- die Dokumentation „Lernen aus der Geschichte“ (Buch und CD-ROM; herausgegeben von Anne Brinkmann, Bonn 2000).



Als typisch für diese Vorgehensweise zeigte sich, dass die gewonnenen Kontakte oft weitere Anfragen oder Hinweise nach sich zogen, die nach Möglichkeit von uns weiter verfolgt wurden. Unsere Recherche wurde während der gesamten Laufzeit des Projektes bis März 2001 fortgeführt, um auch aktuellste Entwicklungen mit in die Erhebung einbeziehen zu können.

## 2.2 Projektauswahl

Die Erhebungsarbeit begleiteten wir seit Oktober 2000 mit einer Projektgruppe, der neben den für den Forschungsauftrag tätigen Mitarbeitern Dr. W. BEUTEL, M. BUHL (wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl) und Prof. Dr. P. FAUSER angehörten. Bei den regelmäßigen Sitzungen der Projektgruppe wurde das zum jeweiligen Zeitpunkt vorliegende Material gesichtet und kritisch mit Blick auf seine Praxisqualität und beispielgebende Bedeutung diskutiert. Dabei verwendeten wir die folgenden Beurteilungskriterien:

- a) Lernqualität meint Situiertheit (Handlungs-, Erfahrungs- und Verantwortungsqualität), thematische Bedeutsamkeit, Einbettung in die lokale und institutionelle Lage, Adressatenspezifität, Einbezug wichtiger Partner, Öffentlichkeit.
- b) Institutionelle Qualität bedeutet Akzeptanz und Unterstützung durch die Träger und deren Partner, Vernetzungsgrad, Professionalität im Fachlich-Inhaltlichen und Organisatorischen.
- c) Aktualität heißt, es geht um Projekte, die noch laufen und sich in einer interessanten Entwicklungsphase befinden.
- d) Originalität: Neben der Suche nach Repräsentanten bewährter Praxis sollte besondere Aufmerksamkeit auch innovativen Ansätzen gelten. Angesichts des raschen Wandels kommt pädagogischen „Erfindungen“ – wie Erfindungen in anderen Feldern – erhöhte Bedeutung zu; sie bilden die Keimzelle dessen, was wir „Best Practice“ nennen. Außerdem besitzen erfahrungsgemäß „unfertige“, aber interessante Neuansätze oft einen besonderen Anregungswert – nicht im Sinne des Transfers von bewährten Lösungen, sondern im Sinne des Transfers von neuen Optionen.

Auf diese Weise konnte Schritt für Schritt ein Fundus von Projekten herausgearbeitet werden, der sowohl aus systematischer Sicht – als Repräsentation der Praxis und als Beispiel für pädagogische Entwicklungskorridore – als auch im Blick auf die Ausstellung gut geeignet war.

## 2.3 Homepage und Datenbank

Im Rahmen der Bestandsaufnahme wurde eine Homepage erstellt, die seit Anfang November 2000 im Netz ist (<http://www.demokratielernen.de>). Hier werden zum einen Informationen über Ziel und Träger des Projektes und zum anderen Möglichkeiten zu einer direkten E-Mail-Bewerbung gegeben. Es hat sich jedoch gezeigt, dass sich dieser Zugang für das Auffinden neuer Projekte – vermutlich aufgrund des engen Zeitkorridors für die Recherche, die einem hinreichenden Bekanntheitsgrad des Internetzugangs nicht förderlich war – als wenig tauglich erwies. Gleichwohl hat sich die Seite als Informationsquelle für viele unserer Partner nach einer ersten Kontaktaufnahme als hilfreich erwiesen. Die Homepage bietet außerdem die Basis für eine Best-Practice-Präsentation im Internet, die derzeit vorbereitet wird.

Mit dem Ziel der systematischen Dokumentation und Analyse der recherchierten Informationen haben wir eine Datenbank angelegt, in der alle gefundenen Projekte mit Kontaktadressen, Ansprechpartnern und Kurzcharakterisierungen erfasst worden sind. Weiterhin wurden alle Institutionen und Personen, die uns im Laufe der Bestandsaufnahme mit Hinweisen und Informationen helfen konnten, in einer gesonderten Datenbank erfasst.

## 2.4 Erarbeitung und Durchführung der Ausstellung „Best-Practice-Projekte“

Ab Anfang März 2001 bildete die Vorbereitung der Ausstellung „Best-Practice-Projekte“ im Rahmen des Kongresses „Für Demokratie – Gegen Gewalt“ vom 3. bis 5. Mai 2001 in Berlin einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit. Zu der Recherche, Dokumentation und Evaluation kamen nun zusätzlich persönliche – zunächst meist telefonische – Kontakte unter der Prämisse, die Präsentierbarkeit der Projekte und den für den Kongressverlauf einschlägigen Anregungsgehalt auch mit Blick auf die dort von Experten geleiteten Workshops einzuschätzen. Schließlich mussten auch aus organisatorischer Sicht die Bereitschaft und Möglichkeit einer Teilnahme am Kongress und an der Ausstellung abgefragt werden.

Es wurde eine auf die Ausstellung bezogene Vorgabe erarbeitet, die mit Blick auf eine systematische Präsentation der Best-Practice-Projekte während des Kongresses und bei der anschließenden Darstellung in der Fachöffentlichkeit tragfähig sein sollte. Im Rahmen dieser Vorgabe bekamen die Projekte die Möglichkeit, Materialien für die Gestaltung der Ausstellungstafeln zu erstellen. Daher wurde sowohl die textliche als auch die bildliche Darstellung der Projekte in einem kontinuierlichen Beratungsprozess wechselseitig abgestimmt und so in einer Weise präzisiert, die eine darstellerische Entsprechung anhand unserer Kategorien einerseits, anhand aber auch der Praxiserfahrungen und Wahrnehmungen durch die am Projekt selbst Beteiligten gewährleisten konnte. Dieses Verfahren konnte trotz des erheblichen Aufwandes für Gespräche und die Abstimmung von Texten für alle Best-Practice-Projekte gewährleistet werden.

Innerhalb der Projektgruppe erarbeiteten wir eine thematische Ordnung der Ausstellung nach folgenden fünf Kategorien:

### ***Andere Kulturen – Eine Welt***

Hier versammelten sich Projekte, die sich mit der Erfahrung des Anderen oder des Fremden auseinandersetzen, praktische Entwicklungshilfe leisten und interkulturelles Lernen ermöglichen. Erziehung zu Toleranz, Verständnis und Akzeptanz anderen Menschen und Kulturen gegenüber ist das diese Projekte verbindende Ziel.

### ***Andere Zeiten – Eine Geschichte***

Die hier versammelten Projektgruppen setzen sich mit der deutschen Geschichte, vor allem mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinander. Der praktische, erfahrungsbezogene Umgang mit historischen Ereignissen soll den Blick auf die eigene Zeit schärfen, Zusammenhänge sichtbar machen und für sich wiederholende Entwicklungen sensibel machen.

### ***Schule als Projekt***

Diese Kategorie vereint Schulen, die ihr gesamtes Schulkonzept auf die Problemkreise Demokratieerziehung und Gewaltprävention hin ausgerichtet haben. Dabei stehen vor allem eine demokratische Schulorganisation, sozialpädagogische Betreuung, Formen der Konfliktschlichtung und vielfältige Möglichkeiten für Schüleraktivitäten im Vordergrund der Arbeit.

### ***Jugend und Schule***

Hier finden sich Projekte von Schulen und anderen Institutionen, die durch ganz unterschiedliche Ansätze gewaltpräventiv wirken wollen. Aufklärung über Ursachen und Folgen von Gewalt, Konfliktschlichtungsprogramme und Möglichkeiten sinnhafter Lebensgestaltung sind Beispiele für die Arbeit dieser Projekte.

### **Portal! Programme, Projekte, Netzwerke, Angebote, Hilfen, Unterstützung**

In dieser Kategorie werden Projekte außerschulischer Träger vorgestellt, die demokratiepolitische und gewaltpräventive Programme für Jugendliche innerhalb und außerhalb der Schule entwickelt haben. Sie bieten als Partner Trainingsprogramme, Möglichkeiten künstlerischer Auseinandersetzung oder Hilfe bei der Umsetzung eigener Ideen an. Ergänzt wurde diese Kategorie auf der Ausstellung durch eine von uns zusammengestellte Sammlung interessanter Unterstützungssysteme, Wettbewerbe und Netzwerke.

Um einen möglichst breiten Transfer der durch die Projekte vertretenen Handlungsmöglichkeiten, Erfahrungen und Innovationen zu ermöglichen, wurden Handzettel erstellt, die die Porträts und Kontaktadressen der Projekte enthielten und den Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmern zur Verfügung gestellt wurden (vgl. Teil B).

Die Ausstellung nahm innerhalb des BLK-Kongresses einen wichtigen Platz ein, da sie exemplarisch Spielräume pädagogischen Handelns vorstellte und Anregungen für die Kongressdiskussion bot. In diesem Sinne wurde sie sowohl von den Kongressteilnehmerinnen und -teilnehmern als auch von den Praxisvertreterinnen und -vertretern als wichtiges Arbeitsmittel anerkannt und genutzt.

Die Bedeutung der Ausstellung wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass sie auf Einladung an weiteren Orten innerhalb Berlins gezeigt werden konnte. Mit Hilfe der Berliner Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport wurde die Ausstellung vom 7. bis 18. Mai im Preußischen Landtag, dem heutigen Sitz des Berliner Abgeordnetenhauses und vom 21. Mai bis 14. Juni in der Säulenhalle des Roten Rathauses, dem Sitz der Berliner Stadtverwaltung gezeigt.

Bei der gesamten Vorbereitung der Ausstellung konnte auf Erfahrungen der Veranstalter der „Lernstatt Demokratie“ des „Förderprogramms Demokratisch Handeln“ zurückgegriffen werden, die auch die technische Umsetzung unterstützten.

## **3 Ergebnisse der Bestandsaufnahme**

---

### **3.1 Auswertung der Datenbank**

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse basieren auf der systematischen Dokumentation aller uns zugänglich gewordenen Informationen in zwei getrennten Datenbanken.

In der Datenbank „Institutionen und Netzwerke“ sind alle Rechercheergebnisse erfasst worden, die mit Hinweisen und Informationen auf Projekte und praktische Erfahrungen behilflich sein konnten, ohne jedoch selbst in Projekten tätig zu sein. Hier zeigen sich Orientierungshilfen und Wegmarken hin zu den praktisch bedeutsamen demokratiepolitischen Potenzialen, nicht aber solche Potenziale selbst. Zu dieser Gruppe zählen u. a. Schulämter, Jugendämter, Landesjugendämter, Ministerien, Stiftungen, Landesinstitute, Universitäten und Vereine. Es handelt sich also um Institutionen der staatlichen Verwaltung, des öffentlichen Lebens sowie um in Vereinen organisierte Träger bürgerschaftlichen Engagements.

In der Datenbank „Projekte“ sind all jene Rechercheergebnisse dokumentiert, die sich direkt in Projekten zu Demokratieerziehung und Gewaltprävention in Schule und Jugendhilfe konkretisieren lassen.

Den Datenbanken liegt jeweils eine Matrix zugrunde, in der Ansprechpartner sowie Kontaktadressen, verschiedene Gliederungskriterien wie z. B. Bundesländer oder Schultypen und ggf. Kurzcharakterisierungen der Projekte erfasst werden können.

Ausgehend von der Basisliste und mit Hilfe der bereits skizzierten Suchstrategien haben wir mit 799 Ansprechpartnern Kontakt aufgenommen. Insgesamt erhielten wir 302 Rückmeldungen. Bei den beiden Datenbeständen ergeben sich folgende Verteilungen:

**Tabelle 1: Datenbestand Datenbank**

	Anfragen	Rückmeldungen
Datenbanken gesamt	799 (100 %)	302 (37,8 %)
Datenbank Institutionen und Netzwerke	288 (100 %)	101 (35,1 %)
Datenbank Projekte	511 (100 %)	201 (39,3 %)

Beide Datenbanken weisen ein ähnliches Ergebnis auf: Die Rückmeldequote liegt bei etwas über einem Drittel der Anfragen. Das zeigt, dass für den schließlich erreichten Ertrag ein etwa dreimal so großer Aufwand bei der Recherche betrieben werden musste. Leichte Differenzen gibt es hierbei in Blick auf die beiden Recherche-Qualitäten: Betrachtet man das Verhältnis zwischen Anfragen und Rückmeldungen, zeigt sich bei der Datenbank „Institutionen und Netzwerke“ eine Rücklaufquote von 35,1 %, bei der Datenbank „Projekte“ liegt dieser Wert bei 39,3 %.

**Abbildung 1: Datenbank „Institutionen und Netzwerke“ – Verhältnis zwischen Anfragen und Rückmeldungen nach Bundesländern**

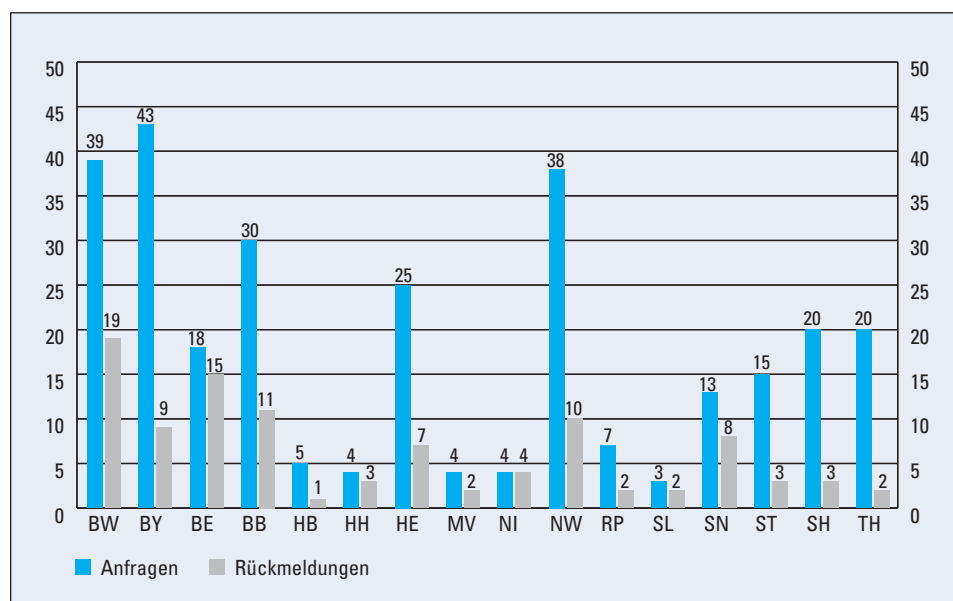
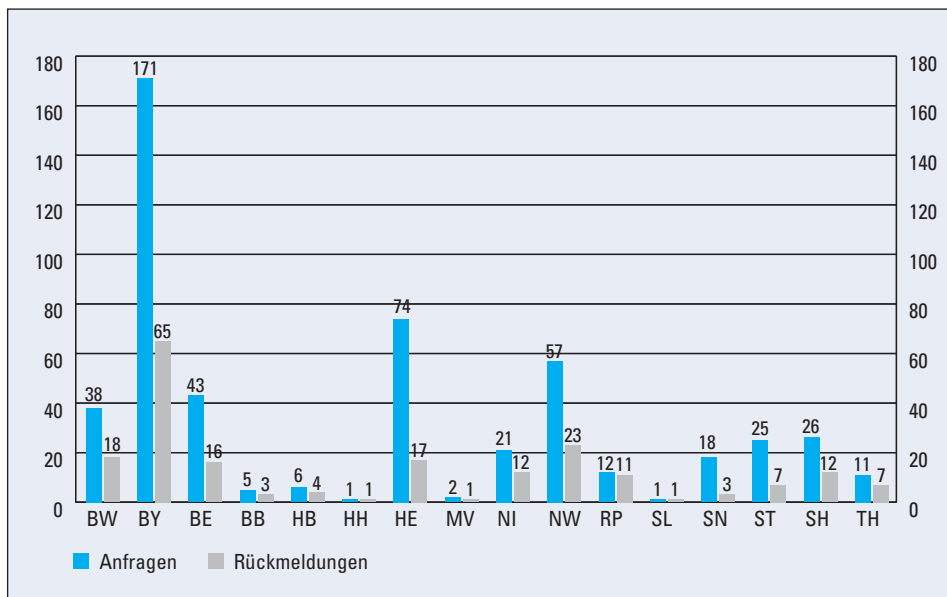


Abbildung 1 zeigt, dass die Häufigkeiten zwischen den einzelnen Bundesländern stark variieren. Dies gilt sowohl für die Zahl der Anfragen als auch für die Zahl der Rückmeldungen. Über die Gründe können nur Mutmaßungen angestellt werden, da eine systematische Evaluation des Verhältnisses von Anfrage und Rücklauf im Rahmen dieses Forschungsauftrages nicht möglich war. Natürlich muss man davon ausgehen, dass zum einen die unterschiedliche Größe der Bundesländer eine Rolle spielt. Zum anderen dürften aber auch der Grad und die Qualität von Kommunikation und Umgang zwischen insbesondere den mittleren Ebenen der Verwaltung – Schulämter und Schulen, aber auch Kommunalverwaltungen und die Träger der Jugendarbeit seien hier beispielhaft genannt – von Bedeutung sein.

Betrachtet man die Zahlen im Einzelnen, fällt Folgendes auf: Die meisten Anfragen ergingen in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Die rein quantitativ größten Rücklaufzahlen verzeichnen Bayern, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen.

So waren z. B. in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen in nennenswertem Maße Informationen über weitere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zugänglich. Daraus resultiert, dass in Bundesländern, in denen Ansprechpartner in Institutionen und Netzwerken in hinreichendem Maße geantwortet haben, auch eine entsprechend große Anzahl von Projekten angefragt werden konnte. Setzt man nun diese beiden Quantitäten zueinander ins Verhältnis, ergibt sich Folgendes: Gute Rücklaufquoten haben lediglich Berlin (15 von 18; entspricht 83,3 %) und Sachsen (8 von 13; entspricht 61,5 %). Besonders unbefriedigend sind diese Zahlenverhältnisse bei den Ländern Nordrhein-Westfalen (28,0 %), Bayern (20,1 %), Sachsen-Anhalt (20,0 %), Schleswig-Holstein (15,0 %) und Thüringen (10,0 %). Auffällig ist dabei, dass gerade in den neuen Bundesländern deutlich weniger Rückmeldungen erfolgten, die durch Anfragen auf der Ebene von Institutionen und Netzwerken ausgelöst oder befördert worden sind.

**Abbildung 2: Datenbank „Projekte“ – Verhältnis zwischen Anfragen und Rückmeldungen nach Bundesländern**



Die Zahlenverhältnisse der Datenbank „Projekte“ zeigen folgende Ergebnisse. Länder mit Anfragehäufigkeiten größer als 20 sind Bayern (171), Hessen (74), Nordrhein-Westfalen (57), Berlin (43), Baden-Württemberg (38), Schleswig-Holstein (26), Sachsen-Anhalt (25) und Niedersachsen (21). Länder, deren Anzahl von Rückmeldungen durch Projekte höher als 15 liegt, sind: Bayern (65), Nordrhein-Westfalen (23), Baden-Württemberg (18), Hessen (17) und Berlin (16). Hieraus auf eine Dominanz der demokratiepolitischen und gewaltpräventiven Potenziale in den alten Bundesländern zu schließen, wäre allerdings falsch. Einerseits bilden sich hier naturgemäß die Größenverhältnisse zwischen den alten und den neuen Bundesländern ab, andererseits kann von der Struktur der Erhebung eine repräsentative Bilanz nicht erwartet werden.

Will man dem Zusammenhang zwischen Anfragen und Rückmeldungen in Blick auf qualitative Bedingungen näher auf den Grund gehen, dann müssen die angefragten Institutionen näher betrachtet werden. Die damit verbundenen Schwierigkeiten, an Informationen über demokratiepolitische und gewaltpräventive Potenziale zu gelangen, verdeutlicht nachfolgende Tabelle 2.

Um nur schlaglichtartig einen Sachverhalt näher zu beleuchten, wenden wir uns den angefragten Institutionen im Einzelnen zu: So haben sich z. B. von 126 angeschriebenen Schülern nur 13 mit Hinweisen auf Projekte zurückgemeldet. Das entspricht einer Rücklaufquote von

10,3 %. Deutlich besser war der Rücklauf auf der Ebene von Ministerien (45,0 %) und pädagogischen Landesinstituten (63,3 %).

**Tabelle 2: Datenbank „Institutionen und Netzwerke“ – Verhältnis zwischen Anfragen und Rückmeldungen**

Kategorie	Anfragen	Rückmeldungen
Schulamt	126	13
Ministerium	40	18
Landesinstitute	30	19
Landesjugendamt	19	8
Universität	19	7
Sonstige	16	15
Landeszentralen für politische Bildung	13	5
Jugendamt	12	6
Stiftungen	8	8
Vereine	5	2
Insgesamt	288	101

Ein weiteres Datum ist hinsichtlich der Quantitäten des recherchierten Datenbestandes von Interesse. Die Datenbank „Projekte“ weist 511 recherchierte Projekte aus. Davon kommen 416 Projekte direkt aus Schulen, was einem Anteil von 81,4 % entspricht. Lediglich 95 Projekte (entsprechen 18,6 %) kommen aus dem außerschulischen Bereich (ohne Tab.).

**Tabelle 3: Datenbank „Projekte“ – Verhältnis zwischen Anfragen und Rückmeldungen nach Schularten**

Schultypen	Anfragen	Rückmeldungen	In %
Schulen der Sekundarstufe I (Haupt-, Real-, Mittel-, Regel- und Sekundarschulen)	166	67	40,4
Gymnasien	63	18	28,6
Grundschulen	55	19	34,6
Gesamtschulen	55	17	30,9
Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I	47	12	25,5
Berufsbildende Schulen	15	6	40,0
Förder- bzw. Sonderschulen	10	4	40,0
Andere	5	2	40,0
Anzahl insgesamt	416	145	34,9

Betrachtet man die schulischen Projekte nach Schularten zeigen sich folgende Ergebnisse (vgl. Tabelle 3). Die Rückmeldequoten verhalten sich zu der Zahl der Anfragen im Durchschnitt etwa 1 zu 3. Mit einer Streuung in der Größenordnung von 5–10 % kann man also sagen, dass jede dritte unserer Anfragen an recherchierte Projekte mit einer differenzierten Rückmeldung beantwortet wurde, die eine qualitative Auswertung mit Blick auf die demokratiepolitischen und gewaltpräventiven Potenziale zulassen konnte. Auch hierzu muss im Übrigen gesagt werden, dass die quantitative Verteilung auf die Schularten aus methodischen Gründen keine repräsentativen Aussagen über etwa die quantitative Verteilung solcher Projekte und pädagogischen Initiativen zulässt.

## 3.2 Schlussfolgerungen

Was kann aus diesen Rechercheergebnissen geschlossen werden? Mit der gebotenen Vorsicht lassen sich unseres Erachtens Aussagen zum Grad der Vernetzung und Kommunikation der mit dieser pädagogischen Arbeit verbundenen Institutionen – insbesondere mit Blick auf das Verhältnis von übergeordneten institutionellen Ebenen und Schulpraxis – treffen.

### ***Förderung der Vernetzung***

Die Recherche hat erbracht, dass die Zahl der Rückmeldungen nur etwa ein Drittel der angeschriebenen Institutionen erreicht. Das lässt darauf schließen, dass die Vernetzung der Institutionen unzureichend ist. Es scheint auch so, dass die Aufgabenwahrnehmung der verschiedenen übergeordneten Einrichtungen insbesondere der Verwaltung auf Gebieten liegt, zu denen nicht unbedingt die Wahrnehmung, Kenntnis und die Weiterleitung von pädagogischen Erfahrungen und Projekten demokratiepolitischer und gewaltpräventiver Art gehören. Dass sich hier noch Entwicklungsaufgaben für die Schulverwaltung – besonders in den neuen Bundesländern – zeigen, überrascht nicht, beeinflusst aber gleichwohl die Ergebnisse der Datenerhebung.

### ***Stärkung der Kommunikation***

Ein weiterer Grund kann in einer unzureichenden Kommunikation zwischen den einzelnen Institutionen von Ländern, mittlerer Schulverwaltungsebene und Trägern der Schulen vor Ort sowie der Einrichtungen kommunaler Jugendarbeit gesehen werden. Deshalb mangelt es vor allem an der Weitergabe von Informationen über hervorhebenswerte Best-Practice zwischen Schule und Schulamtsebene, bisweilen aber auch bis in die Kultusministerien hinein. Auch dieser Gesichtspunkt markiert weniger einen beklagenswerten Mangel als vielmehr eine Entwicklungsaufgabe, wenn es darum gehen soll, gute Praxis aufzufinden, anzuerkennen und in den Bereichen ihrer übertragbaren Qualitäten an andere Schulen und pädagogische Einrichtungen weiter zu vermitteln. Wie diese Aufgabe praktisch und institutionell konkretisiert werden kann, könnte eine der Fragen sein, der ein BLK-Programm auf verschiedenen institutionellen Ebenen nachgehen sollte.

### ***Möglichkeiten der Optimierung***

Die mit dieser Recherche verbundenen Erfahrungen, die zugleich durch Erfahrungen aus dem am Lehrstuhl für Schulpädagogik und Schulentwicklung angesiedelten Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ wesentlich gestützt werden, verweisen darauf, dass die Möglichkeit, Netze regionaler Beratung und Betreuung zu schaffen, die nachhaltige Wirksamkeit vorhandener demokratiepolitischer und gewaltpräventiver pädagogischer Kontexte und Konzepte zusätzlich stützen könnte. In solchen regionalen Netzen, die sich in besonderer Weise auf personale Kompetenzen und Qualitäten des Moderierens, Begleitens und der Kommunikation – also auf qualifizierte Personen – stützen müssen, könnte ein enger Kontakt zu den Schulen erreicht und mittelfristig gewährleistet werden. Eine andere Möglichkeit könnte in der Schaffung einer Arbeitsgruppe bestehen, die – langfristig angelegt – Best-Practice-Projekte erfasst, evaluiert und weiter qualifiziert. Auf diese Weise könnte ein Grundstock darstellbarer pädagogischer Erfahrungen erarbeitet werden, der beispielsweise durch Ausstellungen und Publikationen in die pädagogische Praxis von Schule und Jugendarbeit hinein wirken kann.

### ***Qualität der Rückmeldungen***

Unsere Erfahrungen zeigen jedoch auch, dass die Qualität der Rückmeldungen nicht nur von den verwaltungstechnischen Gegebenheiten der Institutionen abhängig ist, sondern auch von den Personen selbst, mit denen wir telefonisch bzw. schriftlich Kontakt aufgenommen haben. Dies sei an einem Aspekt beispielhaft erläutert: Während der Projektsuche entwickelten sich gute Kontakte zu einigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern. Dabei zeigte sich, dass diese

sich selbst – ausgelöst durch die kritische Vergegenwärtigung ihrer eigenen pädagogischen Arbeit und die Auseinandersetzung mit den Anforderungen, die mit unserer Recherche und insbesondere mit der Best-Practice-Präsentation im Rahmen des Berliner BLK-Kongresses verbundenen waren – auf eine eigene Suche nach Projekten und pädagogischen Erfahrungen begeben konnten. Auf diesem Wege sind eine Reihe weiterer Einzelrecherchen zustande gekommen. Ein weiterer Aspekt dieses Zusammenhanges zeigt sich darin, dass unsere Nachfrage einige Institutionen für Projekte der Gewaltprävention und der Demokratieerziehung sensibilisiert hat. Die Recherche nach den endogenen Potenzialen für Demokratieerziehung und Gewaltprävention hat so gesehen, selbst eine anregende Funktion für Handlungsträger vor Ort mit sich gebracht.

### **Fazit**

Unsere Recherchen liefern keinen bundesweit repräsentativen Wissensstand im Sinne eines umfassenden Kanons endogener Demokratiepotenziale in Schule und Jugendhilfe. Damit war allerdings auch von der Anlage und der zeitlichen sowie der materiellen Dimension des Forschungsauftrages nicht zu rechnen. Vielmehr konnte ein Grundstein für weiterführende Arbeiten gelegt werden.

Zusammenfassend lässt sich ferner sagen, dass die Bestandsaufnahme „Demokratie lernen in Schule und Gemeinde. Erfassung und Entwicklung demokratiepolitischer und gewaltpräventiver Potenziale in Schule und Jugendhilfe“ durch den gewählten „Best-Practice-Ansatz“ eine eigene Art der Datenerhebung und Informationsrecherche darstellt. Das induktive Verfahren eröffnet Erkenntnisquellen, die zeitnah, praxisnah und exemplarisch angelegt sind und durch andere Methoden nicht ohne weiteres ersetzt werden können. Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme sind zwar nicht repräsentativ im strengen Sinne empirischer Sozialwissenschaft, sie können jedoch eine gewisse Evidenz in Hinblick auf verallgemeinerbare Tendenzen und Aussagen für sich in Anspruch nehmen, da sie durch Erkenntnisse gestützt werden, die mit ähnlichen Erhebungsverfahren verbunden sind und da sie schließlich auch durch die Expertendiskussion beim BLK-Kongress weitestgehend bestätigt wurden.

Allein die Aufmerksamkeit, die den von uns recherchierten Best-Practice-Projekten zuteil wurde und weiter wird, ist für deren pädagogische Entwicklung und ihren Bestand in Schule und kommunaler Öffentlichkeit bedeutsam.

In diesem Zusammenhang erscheint eine Weiterführung der Bestandsaufnahme durchaus wünschenswert. Aus unserer Sicht gibt es zwei Wege für eine Fortführung dieser Arbeit. Zum einen könnte eine Umwandlung der „Best-Practice-Dokumentation“ in eine Wanderausstellung angestrebt werden, um eine weitere Nutzung zu ermöglichen und die vorliegenden exemplarischen Ansätze sowie deren jetzt bewährte Präsentationsform möglichst vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, vor allem aber Fachleuten in pädagogischer Wissenschaft und Praxis und nicht zuletzt auch Jugendlichen, zeigen zu können. Zum anderen liegt der Gedanke nahe, eine solche Form der Bestandsaufnahme als dauerhaftes Projekt der Evaluation und Dokumentation zu etablieren, die Ausgangspunkt für eine sich ständig erweiternde Wanderausstellung und damit für ein anhaltendes Wechselspiel von Anerkennung und Weiterentwicklung der Praxis mit einer Stärkung der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements in der pädagogischen Praxis sein könnte.



## 4 Die „Best-Practice-Ausstellung“ als Strukturelement des Kongresses „Für Demokratie – Gegen Gewalt“

---

Im Folgenden soll dargestellt werden, in welcher Weise die Ausstellung der „Best-Practice-Projekte“ auch für die Ergebnisse und den Ertrag des Kongresses „Für Demokratie – Gegen Gewalt“ bedeutsam war.

Die Platzierung der Ausstellung im oberen Foyer des Veranstaltungsgebäudes – zwischen den Eingängen in die wichtigsten Kongressräume im Hauptstrom der kongressbegleitenden informellen Kommunikation zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern – gab ihr schon rein räumlich eine zentrale Stellung. Die Ausstellung war für alle Teilnehmenden ständig präsent, lud so zu häufigen Besuchen ein und ermöglichte informelle, bisweilen auch zufällige Kontakte. Sie war in allen Pausen zugleich Informationsquelle, Anschauungsobjekt und Treffpunkt. Dadurch wurde der in der Konzeption des Kongresses verankerte Ansatz bestätigt, die pädagogische Praxis in Schule und Jugendarbeit als Ausgangs- und Integrationspunkt für die fachlichen Diskurse während des Kongresses zu nutzen. Zugleich ermöglichte die Ausstellung einen problemlosen Zugang zu Praxisbeispielen und den sie repräsentierenden Jugendlichen und Erwachsenen. So war beispielsweise zu beobachten, dass einige Arbeitsgruppen ganze Zeitabschnitte ihrer Beratung direkt in die Ausstellung verlegten und damit die Ausstellung zum Ort der fachlichen Auseinandersetzung gemacht haben.

In diesem Zusammenhang wurde auch deutlich, dass die von uns gewählte Präsentationsform mit einer ausbalancierten Verbindung von Dokumentation, Anschaulichkeit, textlicher Präsenz und persönlicher Betreuung durch Projektvertreter, dem Charakter einer „Best-Practice“-Bestandsaufnahme am ehesten entspricht. Gute Praxis lässt sich nach unseren Erfahrungen am besten gemeinsam mit Akteuren der einzelnen Projekte sichtbar machen. Durch persönliche Präsenz und Gespräche hat eine solche Ausstellung keinen reinen Produktcharakter, sondern entspricht eher einem lebendigen und kommunikativen Forum und stellt zugleich eine zeitgemäße kongressdidaktische Möglichkeit dar, da sie sowohl kommentierende als auch evaluierende Merkmale zusätzlich in sich vereint.

Die Einbeziehung der Praxisvertreter in die Arbeit des Kongresses und in die Workshops schuf die Basis für eine möglichst eng an die Möglichkeiten und Erfordernisse der Praxis gebundene fachliche Diskussion. Der Transfer praktischer Erfahrungen in wissenschaftliche und bildungspolitische Entscheidungsprozesse, der sowohl kommentierend als auch korrigierend wirksam wurde, gab damit dem Kongress eine äußerst produktive Arbeitsgrundlage.

Für die Projektvertreter selber war vor allem ihre Mitarbeit in den Arbeitsgruppen des Kongresses eine wichtige Erfahrung. Sie bekamen dadurch die Möglichkeit, unmittelbar Einfluss auf einen aktuellen fachlichen und bildungspolitisch bedeutsamen Diskurs zu nehmen. Die Veranstaltung bot vielfältige Gelegenheiten des Erfahrungsaustauschs von Praktikern und Wissenschaftlern. Eine stärkere Einbeziehung der Erfahrungsträger auch in den öffentlichen Teil des Kongresses erschien dabei vielen Teilnehmern als wünschenswert. Sie wurde jedoch erst in der Abschlussdiskussion im Ansatz erreicht.

# 5 Eine schulpädagogische Bilanz der „strukturierten Bestandsaufnahme“

---

## 5.1 Vorbemerkung

Ziel der strukturierten Bestandsaufnahme war es, bundesweit Projekte zu sammeln, die sich durch eine beispielgebende Qualität auszeichnen, weil und insofern sie gewaltpräventive mit demokratiepädagogischen Zielen verbinden – ein „Best-practice“-Ansatz. Mit dieser Bestandsaufnahme wurde im Spätsommer 2000 begonnen. Ein wichtiges materielles Ergebnis dieser Bestandsaufnahme ist und war die Ausstellung, die für den BLK-Kongress „Für Demokratie – gegen Gewalt“ im Mai 2001 zusammengestellt worden ist, sowie der Kongressvortrag von PETER FAUSER zum Thema „Wo sind die Demokraten? Was die Praxis bietet und was sie braucht“, der die wesentlichen Ergebnisse der Bestandsaufnahme zusammenfasst. Der folgende Text stützt sich im Wesentlichen auf diesen Vortrag.

- a) Erstens soll dabei vorweg auf ein Ergebnis hingewiesen werden, das so nicht erwartet werden konnte und die Arbeitsgruppe, die für die Bestandsaufnahme am Lehrstuhl für Schulpädagogik und Schulentwicklung der Friedrich-Schiller-Universität Jena eingerichtet worden ist, überrascht hat: Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme bestätigen in einem erstaunlichen Maß die Erkenntnisse und Erfahrungen, die im Verlauf von zehn Jahren durch den vom BMBF geförderten Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ gewonnen werden konnten. Diese Erkenntnisse und Erfahrungen sind vor kurzem in einer Buchpublikation dargestellt worden (BEUTEL/FAUSER 2001). Das methodische Vorgehen bei der Bestandsaufnahme, das im Folgenden dargelegt wird, hat sicher gestellt, dass diese Bestandsaufnahme nicht durch einen Verzerrungsfehler die Perspektive des Förderprogramms lediglich wiederholt. Insofern verstärken sich die Einsichten aus beiden Projekten gegenseitig, und es scheint nicht nur gerechtfertigt, sondern unumgänglich, dass das folgende Resümee ein hohes Maß an Übereinstimmung mit entsprechenden Aussagen des Bilanzbandes des Förderprogramms aufweist.
- b) Zweitens dokumentieren diese Äußerungen den Niederschlag einer nachhaltigen, wissenschaftlich gesteuerten und begleiteten schulbezogenen Förderpolitik des Bundes. Zugleich bilden sie eine wichtige Grundlage für Initiativen für Demokratie und gegen Gewalt wie beispielsweise das geplante BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ und sind inhaltlich in die Arbeiten an dem Gutachten für dieses Programm eingeflossen. Es bestätigt sich dabei, dass die Stärkung der Demokratie durch die Schule und eine Erziehung gegen Gewalt langfristiger Ansätze und nachhaltiger Förderung bedürfen. Dabei ist ebenso klar zu erkennen, dass der Schule bei der Erreichung dieser Ziele nicht nur eine wichtige Verpflichtung zugesprochen werden muss, sondern dass Schulen dabei über eigene und wirksame Mittel und Wege verfügen. Was die Praxis kann und was sie braucht, das steht in deutlichem Kontrast zu dem Bild, das angesichts der aktuellen Krisenerscheinungen und Krisendiskurse im Zusammenhang mit Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus bei Jugendlichen in der Öffentlichkeit immer wieder gezeichnet wird: Die Schule und die demokratiepädagogische und gewaltpräventive Jugendarbeit ist besser, als ihr Ruf bei den Protagonisten der Krisenrhetorik erwarten lässt, aber beide brauchen weit mehr Unterstützung, als die politischen Verharmlosungsdiskurse glauben machen wollen.
- c) Drittens hat die Bestandsaufnahme gezeigt, was mit einem „Best-Practice“-Ansatz erreicht werden kann und worin Sinn und Bedeutung dieser Methode liegen. Wir sehen sie in vier Punkten:

- Durch das induktive Vorgehen bei einem „Best-Practice“-Ansatz ist es möglich, das teilweise nur implizit oder intuitiv vorhandene Wissen über Qualität und Standards in der pädagogischen Praxis über Beispiele greifbar und damit einer expliziten Analyse zugänglich zu machen. Dieser Ansatz stellt somit einen wichtigen Weg der Hypothesengenerierung dar. Gerade bei Fachkongressen bilden sie einen wichtigen quasi-empirischen Kontext, der für theoretische Diskussionen katalytische Bedeutung haben kann.
  - Ein „Best-Practice“-Ansatz eignet sich besonders gut für die zeitnahe Erfassung innovativer Ansätze und Tendenzen und damit für eine schnelle und zielgenaue Entwicklungsforschung und -förderung.
  - „Best-Practice“-Präsentationen sind aufgrund der Situiertheit und Kontextkoppelung der Erkenntnisse, die sie vermitteln, besonders gut geeignet für den ökonomischen und anregungsreichen Erfahrungsaustausch unter Experten aus Praxis und Wissenschaft – das „Wichtige“, „Anregende“, „Neue“ wird von Experten in der Regel gewissermaßen „auf den ersten Blick“ erkannt.
  - „Best-Practice“-Präsentationen sind durch ihre Anschaulichkeit und Exemplarik besonders gut geeignet, einer breiteren Öffentlichkeit wichtige Erfahrungen, Erkenntnisse oder Handlungsansätze zu vermitteln. Sie überzeugen durch ihren handlungs- und problemnahen Realismus.
- d) Viertens sei auf die produktive Bedeutung der Ausstellung hingewiesen, die aus der Bestandsaufnahme entwickelt worden ist. Seit dem Kongress im Mai konnte die Ausstellung noch dreimal in unterschiedlichen Zusammenhängen gezeigt werden. Es wäre zu erwägen, ob nicht eine Dauerausstellung „Praxis Demokratie“ eingerichtet werden sollte, bei der jedes Jahr ein Drittel des Bestandes auf der Grundlage von Ausschreibungen und durch Kooperation verschiedener Träger erneuert wird. Dadurch könnte, kombiniert mit einer synchronen Internet-Präsentation, ein praxis- und entwicklungsbegleitendes Beobachtungs- und Kommunikationsmittel eigener Qualität entstehen und die allgemeine und fachliche Öffentlichkeit im Interesse demokratischer Erziehung nachhaltig informiert und angeregt werden.
- e) Fünftens haben wir im Antrag zur Bestandsaufnahme den Begriff der „endogenen Potenziale“ eingeführt, damit innovative Ansätze guter Praxis bezeichnet und zugleich hervorgehoben, dass hierbei der Praxis selbst oft die entscheidende Initiative und Expertise zufällt. Die Bestandsaufnahme bestätigt diese Annahme eindrucksvoll. Dabei hat sich auch bestätigt, dass die von uns angesetzten Qualitätskriterien tatsächlich geeignet sind, „endogene Potenziale“ in diesem Sinne zu erfassen.

## 5.2 Der Erhebungsprozess: Empirische und fachliche Hintergründe

Welches ist der fachliche und empirische Erfahrungshintergrund, vor dem unsere Bestandsaufnahme zu sehen ist? Neben der theoretischen Diskussion und der empirischen Forschung über Gewalt und Demokratie, die im Verlauf der Konferenz noch in unterschiedlichen Facetten zu Themen wurden, war für unsere Bestandsaufnahme, und, um es auf den wesentlichen Punkt zu bringen, für unsere Bewertung, der vom BMBF und einer Reihe von Bundesländern und Stiftungen seit gut zehn Jahren unterstützte Wettbewerb Förderprogramm Demokratisch Handeln der wesentliche fachliche Kontext. Das Förderprogramm verfügt inzwischen über eine Datenbank mit rund 1.800 Projekten, die genau dokumentiert und ausgewertet worden sind und aus den Ausschreibungen der Jahre 1990 bis 2000 stammen. Eine demokratiepädagogische Bilanz dieses Förderprogramms haben wir soeben in Buchform vorgelegt. (Für eine ausführlichere Argumentation und für Quellen- und Literaturnachweise sei auf BEUTEL/FAUSER 2001 verwiesen.) Welche Rolle hat das Förderprogramm für die Bestandsaufnahme gespielt?

- a) Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit der ersten Stufe der Recherche betraut waren, hatten bisher am Förderprogramm Demokratisch Handeln nicht mitgearbeitet, waren also in einer wirklich offenen, explorativen Situation, in der sie aufgrund der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion und durch einen Vergleich der Projektunterlagen allmählich und induktiv ihren Blick und ihre Urteil für die Projekte geschärft haben. Erst in späteren Schritten wurden Vergleiche mit Projekten aus dem Förderprogramm Demokratisch Handeln gezogen und mit erfahreneren Kollegen diskutiert. Der Gewinn war wechselseitig.
- b) Die Bestandsaufnahme war im Vergleich zum Förderprogramm Demokratisch Handeln thematisch stark eingeschränkt, nämlich auf gewaltpräventive Ansätze konzentriert, während das Förderprogramm als bewusst offene Ausschreibung Projekte unterschiedlichster Themen erfasst. Dabei bilden freilich Projekte zum Zusammenleben und zum Umgang mit Gewalt seit Beginn des Förderprogramms eine der auch zahlenmäßig wichtigen Gruppen. Insofern kann man sagen, dass zwar alle guten Projekte der Bestandsaufnahme auch beim Förderprogramm Demokratisch Handeln eingereicht werden könnten, aber nicht umgekehrt.

Mit der Bestandsaufnahme besteht die Möglichkeit, unabhängig vom Ansatz des Förderprogramms Demokratisch Handeln zu recherchieren und somit eine Art „Kontrollerhebung“ durchzuführen. Beide „Erhebungen“ – wenn man auch das Förderprogramm einmal unter dem Blickwinkel der Forschung betrachtet – sind nicht repräsentativ angelegt, sondern explorativ. Eine repräsentative Untersuchung wäre äußerst wünschenswert, und aus unseren Befunden haben sich genügend interessante Fragen oder Hypothesen dafür ergeben – dringend müssten wir beispielsweise wissen, wie dicht die Projektlandschaft in der Praxis wirklich ist – ein Wissen, das für eine realistische Demokratiepädagogik unerlässlich wäre. Aber auch wenn keine repräsentativen Daten vorliegen: Beide Erhebungen stützen sich in ihren zentralen Ergebnissen überraschend stark gegenseitig. Die Bestandsaufnahme hat viele Projekte zutage gefördert, die bisher im Förderprogramm nicht bekannt geworden sind. Auf der Basis der nun insgesamt weit über 2.000 Projekte, die wir analysiert haben, können wir daher nun in der Tat mehr als nur ungefähre Aussagen darüber treffen, was die Praxis bietet und was sie braucht.

### 5.3 Zum schul- und jugendpolitischen Hintergrund

Politische Bildung und demokratische Erziehung gehören zu den grundlegenden allgemeinen Aufgaben von Schule und Jugendarbeit. Das ist unbestritten. Ein großer Teil der Jugendlichen in Deutschland betrachtet jedoch unsere Verfassung, die staatliche Ordnung und die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr als Errungenschaften, die erhalten werden müssen.

Zwei Entwicklungen sind es, die besonderen Anlass zur Sorge bieten, weil sie das Verhältnis Jugendlicher zur Politik und zur Demokratie elementar betreffen – die wachsende Distanz Jugendlicher zur Politik und die Zunahme von Gewalt und Rechtsextremismus.

Die Jugendforschung zeigt, dass die Distanz Jugendlicher zur Politik immer mehr wächst. In dieser seit mindestens zwei Jahrzehnten in der Forschung nachgewiesenen anhaltenden Tendenz liegt aus meiner Sicht die demokratiepolitisch wie demokratiepädagogisch dramatische Veränderung. Selbst politisch interessierte und informierte Jugendliche wollen sich immer weniger in Parteien und deren Nachwuchsorganisationen engagieren. Viele Jugendliche sind nicht nur nicht an Politik im engeren Sinne interessiert – sie glauben nicht einmal, dass die Politik sich umgekehrt für ihre Probleme wirklich interessiert oder ihrem aktiven Einfluss überhaupt offen steht. In auffälligem Gegensatz dazu steht, dass Jugendliche willens sind, sich aktiv für Aufgaben des Gemeinwesens einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Sie sind dann dazu bereit, wenn sie sich von den Wirkungen ihres Engagements überzeugen können und wenn sie erfahren, dass sie ernst genommen werden. Dieser Gegensatz muss zu denken geben.

Jugendliche, so ist zu erkennen, scheinen Demokratie zwar als eine Handlungsqualität wahrzunehmen, nicht aber als eine Systemqualität; für sie hat, pointiert gesagt, Politik – also das, was Politiker tun – auch in unserem Land nicht unbedingt etwas mit Demokratie zu tun. Zumindest das öffentliche Bild der Politik scheint diese Wahrnehmung immer wieder zu bekräftigen, und auch unabhängig von politischen Skandalen und Krisen ist bei vielen aktuellen politischen Ereignissen – von der Rentenreform oder der Reform des Gesundheitswesens über die Erweiterung der Europäischen Union bis zu den Präsidentschaftswahlen in Amerika – nicht leicht zu verstehen, ob und in welcher Hinsicht sie die Demokratie stärken oder gefährden.

Beim Einstellungswandel von Jugendlichen sehen wir uns einer langfristigen gravierenden Veränderung gegenüber. Muss schon allein die Abkehr Jugendlicher vom politischen System beunruhigen, so noch mehr, wenn Jugendliche den Zusammenhang zwischen Demokratie und Politik nicht mehr wahrnehmen und nicht als selbstverständlich betrachten. Wer Demokratie und Politik trennt, hat ein wesentliches Prinzip aus den Augen verloren, das jeder freiheitlichen Verfassung zu Grunde liegt.

Vor kurzem hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung die Einrichtung eines Modellprogramms mit dem Titel „Demokratie lernen und leben“ beschlossen. Hintergrund ist die aktuelle Lage. Hier sind Bezüge zur aktuellen Situation gegeben und das Programm bezieht sich ausdrücklich auch darauf.

Es ist daher nicht zuletzt auch als eine Antwort auf die Probleme von wachsender Gewalt und zunehmendem Rassismus und Rechtsextremismus zu verstehen. Mehr noch: „Demokratie lernen und leben“ wird dabei als das eigentliche Mittel und Ziel bei der Auseinandersetzung mit diesen Erscheinungen aufgefasst. Drei Aspekte sollen in diesem Zusammenhang ausdrücklich hervorgehoben werden.

- a) Erstens schließt diese Perspektive die grundlegende Überzeugung ein, dass „Demokratie lernen und leben“ die Überwindung von Gewalt fordert und ermöglicht. Sie fasst insofern „Gewalt“ und „Demokratie“ als einander entgegenstehende Prinzipien menschlichen Zusammenlebens auf. Um Missverständnissen vorzubeugen: Weder ist damit gemeint, dass angesichts manifester Gewalt Intervention und Prävention – auch durch Polizei und Justiz – durch pädagogische Programme ersetzbar seien. Noch ist dies so zu verstehen, als ob Demokratie hier in ihrer Bedeutung eng begrenzt als ein Mittel gegen Gewalt gesehen wird. Vielmehr wird „Demokratie“ in ihrer umfassenden modernen Bedeutung begriffen, als eine Qualität des gelebten Alltags sowie gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung, als Lebensform und als Verfassung, die sich am Anspruch wirklich humaner Verhältnisse misst und mit dieser Qualität auch die Beherrschung von Gewalt fordert.
- b) Der zweite, besonders mit dem Begriff des „Lernens“ angesprochene Gesichtspunkt ist nicht weniger wichtig. „Demokratie“ bezeichnet eine historische Errungenschaft, deren Erhalt und Entwicklung – als Lebensform, als Gesellschaftsform und als Regierungsform – sich nicht von selbst ergibt, sondern vom Wissen, von den Überzeugungen und vom Handeln – von der Bildung – aller abhängt. Deutlich wird: Demokratie muss „gelernt“ werden – und sie kann auch gelernt werden. Es stellt eine Besonderheit dieser menschlichen Errungenschaft dar, dass sie, wie der Programmtitel dies formuliert, zugleich Qualität des Lebens und Gegenstand des Lernens, also Erfahrungsgrundlage und Ziel sein muss.
- c) Drittens schließt eine so grundsätzliche Sicht von Demokratie ein, Demokratie nicht nur etwa als Systembegriff auf den Raum der Politik im engeren Sinne zu beziehen. „Demokratie“ bedeutet dann vielmehr eine übergreifende Qualität gesellschaftlicher Verhältnisse insgesamt. Von ganz besonderer Bedeutung ist dies im Blick auf das Verhältnis der Generationen zueinander. Als politische Qualität und ebenso als pädagogische Qualität verbindet Demokratie die Generationen miteinander. Politik und Erziehung können als besondere Ausprägungen einer „generativen Praxis“ verstanden werden (FAUSER 1989). Sie sind beide auf die Zukunft gerichtet und bedeuten, wenn sie demokratisch orientiert sind, den oft

schwierigen Versuch, im immer wieder erneuerten Wechselspiel der Generationen Probleme und Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen, die für das eigene Verständnis von Kultur und Gesellschaft und für deren Zukunft maßgeblich sind.

## 5.4 Erfahrungen und Ergebnisse

Was heißt also Demokratie lernen? Pädagogisch grundlegend ist folgende Überzeugung: Demokratie lernen – also Gewaltverzicht, Toleranz, friedliches Zusammenleben, Identifikation mit der Verfassung und die Bereitschaft, sich zu engagieren – braucht Wissen, braucht guten Unterricht über Politik. Schulwissen allein reicht aber nicht aus. Zum Wissen müssen eigenes Handeln und eigene Erfahrung hinzu treten.

Demokratie lernen braucht die Erfahrung von Interessengegensatz und -ausgleich, von Widerständen und Niederlagen, von öffentlicher Auseinandersetzung und Rechenschaft, von Überzeugung und überzeugt werden, von Mehrheitsuche und Minderheitenschutz, also die Erfahrung derjenigen praktischen Prozesse, die zum Wesen von Demokratie und Politik gehören. Die Schule muss demzufolge den Unterricht und die Vermittlung von Wissen mit eigenem Tun verbinden. Jugendliche brauchen, wenn es nicht nur um Wissen, sondern um Verstehen, wenn es nicht allein um kritische Urteilskompetenz, sondern um Handlungskompetenz geht, ein situierendes praktisches Lernen. Wir nennen ein solches Lernen „verständnisintensives Lernen“.

Einige Beispiele (sie stammen überwiegend aus unserer Best-Practice-Bestandsaufnahme) sollen diese mit dem Begriff des „verständnisintensiven Lernens“ gemeinte Qualität der Verbindung von Wissen mit Handeln veranschaulichen; wir werden dabei anstelle einer ausführlichen Interpretation kommentierend drei „Merksätze“ anfügen, mit denen die demokratiepädagogische Essenz der Projekte – bewusst und absichtlich etwas plakativ – herausgestellt werden soll. Die zentralen Begriffe der drei Merksätze lauten: „Verstehen“ – „Verantwortung“ – „Vertrauen“.

- Jugendliche einer nordrhein-westfälischen Hauptschule, die bereits mit der rechten Szene Berührung hatten, produzieren gemeinsam mit ausländischen Jugendlichen einen Videofilm vom Drehbuch bis zur Aufnahme. Der Film nimmt die verbreitete Einstellung „Ich habe nichts gegen Ausländer, ich bin halt nur Deutscher“ kritisch unter die Lupe und versucht sie zu korrigieren (Mirko Walonskij, HS Urbecker Straße, Hemer/NW).
- Bremer Jugendliche aus der rechten Szene arbeiten zusammen mit ausländischen Schülern, die zur Gewalt neigen, in einem mehrtägigen theaterpädagogischen Projekt daran, ihre Haltung und ihren Umgang zu verändern (Drei gewaltige Tage in Albstedt, SZ Walle/HB).
- Ein Langzeitprojekt im thüringischen Apolda befasst sich, zusammen mit Partnern aus einer Schule in Mülheim (NW), mit dem System der NS-Vernichtungslager. Das Projekt wird von der Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz intensiv begleitet. Entstanden sind Ausstellungen, Lesungen, Texte und ein Theaterstück zur Person des in Buchenwald ermordeten Pastors Paul Schneider (Mensch erinnere, was in Auschwitz dir geschah, Gymnasium Bergschule Apolda/TH).

Wirkliches Verstehen ist ohne die aktive Beschäftigung mit anderen und ohne die selbstkritische Beschäftigung mit eigenen Erfahrungen und Positionen nicht möglich. Verstehen ist aktive Aufklärung gegen Gewalt.

- Jugendliche aus Luckenwalde loten in Zusammenarbeit mit einer Lehrerin und einem pädagogischen Institut die Mitwirkungsmöglichkeiten des Schulgesetzes aus und ziehen durch die Lande, um Mitschülerinnen und Mitschülern ihre Möglichkeiten, Rechte und Pflichten für die Gestaltung des Schullebens aufzuzeigen (Schülerinitiative Luckenwalde, PLIB Ludwigfelde/BB).

- Die LandesschülerInnen-Vertretung der Gymnasien und Gesamtschulen in Schleswig-Holstein hat eine Broschüre erarbeitet, in der aktuelle Fragen des Schulrechts aufgegriffen und verständlich dargelegt werden. Mit der Aktion „Take care“ machen die Schülerinnen und Schüler dabei gezielt auf Probleme wie Mobbing, Gewalt, sexuellen Missbrauch aufmerksam und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf. Die Broschüre ist auch bei der Lehrerfortbildung gefragt. Partner ist der Kinder- und Jugendbeauftragte der Landesregierung und das Kinderschutz-Zentrum Kiel („Take care“ und „... von wegen Klappe halten!“, LSV Schleswig-Holstein Kiel/SH).

Verantwortung – Commitment, verbindliches Einstehen – für die Demokratie und institutionelle Anerkennungsverhältnisse entstehen dann, wenn wir Institutionen, ihre Entwicklung und Reform durch Handeln zu unserer eigenen Sache machen. In einem solchen Handeln, das nicht nur auf eine unmittelbare Wirkung zielt, sondern auf einer zweiten Ebene zugleich die demokratische Qualität der Handlungsverhältnisse, also der Institutionen fördert, liegt die gemeinsame Wurzel von Selbstwirksamkeit und von Achtung.

- Eine Schule in Hamburg-Altona bietet Jugendlichen ohne Schulabschluss durch ein Konzept, das Schulausbildung und Berufsbildung in einem schulischen Ganztagesmodell integriert, die Chance, einen Hauptschulabschluss zu erwerben. Partner sind der Hamburger Senat und die Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius (Produktionsschule Altona, Hamburg-Altona/HH).
- Eine Sonderschule in Bad Lauterberg erhält als erste Sonderschule in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des europäischen Projekts „Aktion Courage e.V.“ den Titel „Schule ohne Rassismus“. Das Projekt verbindet drei Elemente: Erstens eine Veränderung der realen Schulverfassung, durch die Verantwortung stärker horizontal verteilt wird, zweitens die systematische Einführung von Verhaltenstraining sogar als Schulfach, für das nicht zuletzt Spannungen und Konflikte zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen im ehemaligen Zonenrandgebiet den Hintergrund bilden, drittens die Profilierung der Schule nach außen, durch ihre Beteiligung an „Schule ohne Rassismus“ (Schule ohne Rassismus, Lutterbergschule Bad Lauterberg/NS).

Demokratie leben und Demokratie lernen müssen ineinander greifen und aufeinander bezogen sein. Demokratie wird erst dann zu einer Qualität der Kultur der Schule, wenn sie als Lebensform und als Verfassung wahrgenommen wird. Demokratie braucht nicht nur Vertrauen in die unmittelbar erfahrbaren gemeinsamen Handlungsverhältnisse, sondern auch Vertrauen in die Systemverhältnisse.

## 5.5 Allgemeine Einsichten aus der Bestandsaufnahme im Kontext von Schulentwicklungs- und Förderprogrammen: Sechs Thesen

Seit Jahren gibt es in der Bundesrepublik Wettbewerbe und Förderprogramme unterschiedlichster Träger, wie beispielsweise das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“, deren Ziel es ist, politische Bildung und die Übernahme demokratischer Verantwortung durch praktisches Engagement zu fördern. Diese Programme unterscheiden sich in einzelnen Punkten voneinander, beispielsweise hinsichtlich ihrer thematischen Ausrichtung und thematischen Offenheit, der Förderinstrumente und der eingesetzten Mittel. Übereinstimmend verfolgen sie aber einen stark induktiv ausgerichteten Ansatz, das heißt, dass sie in der Regel gute und beispielgebende Projekte aus der Praxis aufgreifen und fördern und nicht die Implementation von außerhalb der Praxis konzipierten Programmen zum Ziel haben. Ein Vorteil eines solchen induktiven Vorgehens ist

darin zu sehen, dass es eine große Vielfalt von Aktivitäten unterschiedlichster Komplexität zutage fördert und auf diese Weise einen Eindruck von der Unterschiedlichkeit und Dynamik dessen vermittelt, was in der Praxis tatsächlich möglich ist (BEUTEL/FAUSER 1995, 2001).

Genannt seien hier neben dem Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ ebenso das Programm „Jugend übernimmt Verantwortung“ der Stiftung „Brandenburger Tor“, der Förderwettbewerb „Gemeinsam Handeln – Miteinander lernen – Zusammenwachsen“ der Robert Bosch Stiftung und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (CZERWANSKI 2000), die verschiedenen regionalen Unterstützungsagenturen des „Praktischen Lernens“ (PROJEKTGRUPPE 1998) und das „Netzwerk Innovativer Schulen“ der Bertelsmann-Stiftung.

Auch wenn uns, um dies nochmals auszusprechen, auch nach unserer Bestandsaufnahme keine repräsentativen empirischen Befunde zur Frage von praktischen Ressourcen für „Demokratie lernen und leben“ in der Schule vorliegen, können vor diesem Hintergrund folgende Thesen doch zumindest eine empirisch gestützte Plausibilität beanspruchen.

### **1. Vielfalt, Aktualität, Praktische Qualität, Nachhaltigkeit**

Gute Schulen und Jugendeinrichtungen beziehungsweise Jugendinitiativen sind einfallreich, wenn es um die Entwicklung von praktischen Formen demokratischen Lernens oder Gewaltprävention geht. Schulen setzen sich in solchen Projekten mit pädagogisch und politisch wichtigen Themen in übertragbaren Formen auseinander. Sie reagieren sensibel und rasch auch auf akute Problemlagen. Dies gilt mit Akzentverschiebungen für alle Schulformen und Schulstufen und gleichermaßen in Ost und West. Wenn wir in diesem Zusammenhang von „Projekt“ sprechen, dann ist der Begriff zunächst sehr offen zu verstehen; im Kern handelt es sich um Formen eines handlungsorientierten praktischen Lernens. Naturgemäß ist die Komplexität dieser „Projekte“ sehr unterschiedlich; in der Regel verknüpfen sich dabei fachunterrichtliche und fächerverbindende Qualitäten in Aktivitäten, die durch ihre Themen und Kooperationspartner oft über den Unterricht im engeren Sinne, häufig auch über die Schule hinausgehen. Was heute mit dem Begriff der „Vernetzung“ bezeichnet und als Ziel von Innovationsprogrammen jeder Art genannt wird – oftmals, so hat man den Eindruck, fast gebetsmühlenhaft, als Wert an sich –, ergibt sich nach unseren Erfahrungen aus der Handlungslogik guter Projekte auf funktionale Weise fast von allein. Fundamental ist auch diese Einsicht: Gute und erfolgreiche Projekte werden nach unserer Erfahrung generell von Schulen nicht kurzfristig nur für die Teilnahme an einem Wettbewerb initiiert; sie haben meist einen eigenen und individuellen Kontext und ihre eigene schulspezifische Vorgeschichte. Dieser erste Punkt ist deshalb so wichtig, weil er Konsequenzen für die Implementationschancen von Programmen hat: Vereinfacht gesagt: Schnelle, kurzfristig angelegte Aktionen prallen an der Komplexität der Lern-, Handlungs- und Systemverhältnisse ab. Das ist kein Argument gegen rasches Handeln und schnelle Hilfe angesichts akuter Probleme, sondern für einen nachhaltigkeitspolitischen Realismus, für eine demokratiepolitische und demokratiepädagogische Perspektive, die das Lern-, Veränderungs- und Entwicklungstempo praktischer Verhältnisse aus der „Natur der Sache“ heraus versteht, ernst nimmt und bei Innovationen und Implementationen berücksichtigt.

### **2. Thematische Relevanz**

Die Projekte greifen Themen und Probleme auf, die demokratiepolitisch und demokratiepädagogisch relevant, also von grundlegender gesellschaftlicher Bedeutung sind und durch ihre Aktualität auch auf die Erfahrungswelt der Kinder und Jugendlichen Bezug nehmen. Die Themen sind: Demokratie in der Schule; Gewalt; das Zusammenleben und der Umgang mit Minderheiten; Umwelt und Umweltschutz; Auseinandersetzung mit der Geschichte, besonders der NS-Geschichte; Handeln und Mitwirkung in der kommunalen Öffentlichkeit. In zunehmender Zahl und Qualität gibt es auch Projekte, die der Einübung demokratischer Verfahren, Umgangsformen, Kommunikationsmodelle und Kompetenzen dienen.



### **3. „Gewalt“**

Es gibt überraschend viele erprobte und instruktive Ansätze, wie Schule auf Gewalt und rechts-extremistische Tendenzen reagieren kann – sowohl unter der Perspektive der Prävention als auch der Intervention. Es finden sich dort im Blick auf die aktuellen Probleme von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus originelle, wirksame und eindrucksvolle Projekte. Dabei ist es bemerkenswert, dass in den Projekten die verschiedensten Facetten dieses komplizierten Problemfeldes aufgegriffen werden. Es gibt Projekte, in denen Mädchen lernen, sich gegen unterschiedliche Formen psychischer und physischer Bedrohung und Gewalt zu schützen, und Projekte, in denen Mediationsverfahren und Konfliktlösungen systematisch trainiert werden. Wir kennen Projekte, in denen Gruppen, die schon gewalttätig gegeneinander gewesen sind, vernünftig miteinander umgehen und sich tolerieren lernen. Neben solchen Projekten, in denen Gewalt als alltägliche Erscheinung und als Umgangsproblem direkt und praktisch zum Thema wird, gibt es auch Projekte, die den kulturellen und historischen Hintergründen des Gewaltproblems nachgehen und beispielsweise durch eigene Recherchen die historischen Wurzeln von Fremdenhass oder Antisemitismus freilegen; zu nennen wären schließlich die unterschiedlichsten Aktionen und Initiativen für Menschenrechte und Solidarität mit Schwächeren oder Minderheiten. In den Medien wird oft und gern das Bild einer Schule gezeichnet, die angesichts der Gewaltprobleme gewissermaßen pädagogisch abgedankt hat. Wir wollen nicht verharmlosen, aber wir halten dagegen: Es gibt eine Fülle tragfähiger Ansätze und Möglichkeiten. Auch dies will kommentiert sein: Es geht hier nicht um eine einfache Antwort auf ein kompliziertes Problem. Im Gegenteil: Die Antworten der Schulen und der anderen pädagogischen Einrichtungen sind produktiv, weil und soweit sie der Komplexität der Probleme entsprechen. Einfach ist die innovationspolitische Folgerung: Um Handlungsziele zu realisieren, muss auf institutioneller Ebene investiert werden; Lernqualität kann hier nur durch Schulqualität verbessert werden – insofern ist ein „Best-Practice-Ansatz“ auch innovationsstrategisch zweckmäßig.

### **4. Schule als demokratische Kommunität, als Lebensform und Verfassung**

Die Zahl und Qualität der Projekte, in denen die demokratische Kultur – die informellen und formalen Aspekte und Formen der Mitwirkung, Beratung und Willensbildung in der Schule – zum Thema gemacht wird, nimmt seit einigen Jahren zu. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass der Umfang der Gestaltungsmöglichkeiten, der Schulen gewährt, zugewiesen und zugemutet wird – also deren „Autonomie“ – größer wird. Viele der beobachteten Projekte zeichnen sich durch einen ganzheitlichen, komplexen Ansatz aus, für den das Wechselspiel zwischen Schulkultur und Schulverfassung charakteristisch ist. Dazu gehören der informelle Umgang schulischer Gruppen untereinander, die Form der Konfliktbewältigung in der Schule, die Qualität der Schule als Lebenswelt der Jugendlichen und der mit ihnen kooperierenden Erwachsenen.

### **5. Mobilisierung von Schulen, „unausgeschöpfte Potenziale“**

Besonders wichtig ist die Frage, ob es mehr gute Projekte und Aktivitäten in der Praxis gibt, als durch Wettbewerbe, durch Ausschreibungen und durch Expertenwissen in Praxis, Wissenschaft und Administration bekannt sind. Sind gute Projekte seltene Ausnahmen in einem insgesamt eher wenig innovativen und initiativen Praxisfeld? Nochmals: Wir sollten hier wesentlich mehr wissen. Aber die Analyse der Wettbewerbsergebnisse von „Demokratisch Handeln“ zeigt, dass die Einsendungen zur Jahresausschreibung in Quantität und Qualität von der Begleitung und Beratung im Vorfeld wesentlich abhängen. Besonders ein Vergleich verschieden großer Bundesländer lässt den Schluss zu, dass die Zahl guter Projekte weit höher ist als bekannt, oder, anders gesagt: Es gibt ein großes, mit entsprechenden Mitteln mobilisierbares „endogenes“ demokratiepolitisches Potenzial in der Praxis. Ob diese Praxis unterstützt, wahrgenommen, begleitet werden kann und ob eine demokratiepolitische und demokratiepädagogische Atmosphäre in der

Öffentlichkeit entsteht, hängt demnach sehr stark von den für die Suche nach Projekten und ihre qualifizierte fachöffentliche Wahrnehmung investierten Mitteln ab.

Auf eine Faustformel gebracht: Eine tüchtige Regionalberaterin oder ein tüchtiger Regionalberater kann bei entsprechendem Einsatz pro Schuljahr etwa 20 Projekte werben. Dazu gehören Informationsvermittlung, Feldkenntnis, Vor-Ort-Besuche, Hilfe bei der Bewerbung, nicht zuletzt aber persönliches Interesse und Zähigkeit. Im Blick auf den Mobilisierungseffekt von Programmen und Unterstützungssystemen lässt sich allgemein sagen, dass anerkannte Gewährsleute am meisten Einfluss darauf haben, ob Schulen sich zur Teilnahme entschließen; schriftliches Material wirkt zumeist nur flankierend. Unsere Erfahrung sagt weiter: Für die Gruppen bildet der mit der Teilnahme verbundene Zwang, über die eigene Arbeit auch noch zu berichten, bisweilen ein fast unüberwindliches Hindernis – auch wenn gerade darin im Nachhinein oft ein entscheidender Qualitätssprung gesehen wird. Ein ebenso großes Hemmnis entspringt Zweifeln an der Qualität des Geleisteten. Das scheint nicht zuletzt eine Folge fehlenden Erfahrungsaustausches, oder allgemeiner gesagt: eines Mangels an professioneller Öffentlichkeit zu sein.

### **6. Verstärkung und Unterstützung**

Für die einzelnen Gruppen bedeutet die Wahrnehmung durch externe Partner nicht selten wirklich ein qualitätswirksames Ereignis; es trägt zu dem bei, was heute mit den Begriffen Nachhaltigkeit und Selbstwirksamkeit erörtert wird – es stärkt gute Schulen und beispielhafte Projekte in Schule und Jugendarbeit. Aber nicht nur für die einzelne Schule, auch für unser Schulwesen insgesamt macht es natürlich einen ganz wesentlichen Unterschied, ob das, was in diesem Feld geschieht, öffentlich und fachöffentlich dargestellt, von anderen wahrgenommen und auf seine Qualität hin eingeschätzt und anerkannt wird. Ob dies in einer Art und Weise geschieht, die Demokratie-Lernen dauerhaft zu einem Thema unserer Gesellschaft werden lässt, das von der Öffentlichkeit als wirklich wichtig angesehen wird, das ist eben nicht nur eine qualitative, sondern auch eine quantitative Frage.

Der Austausch mit anderen Schulen, sei es im Kontext wissenschaftlicher Analysen, sei es im Rahmen bürgerschaftlicher Initiativen und einer „zivilgesellschaftlichen“ Öffentlichkeit ist von großer Bedeutung. Für ein Modellprojekt könnte die Schaffung von operativen Netzwerken und auch die Vernetzung im Internet, wie sie im BLK-Modellprojekt „Verbund Selbstwirksame Schulen“ erprobt wurde, hilfreich und produktiv sein.

## **5.6 Zusammenfassung: Perspektiven und Korridore der Entwicklung**

Wo liegen Korridore und Perspektiven für die weitere Entwicklung von Demokratie lernen und leben? Wir nennen vier Stichworte:

### **Stichwort 1: Demokratiepoltischer und demokratiepädagogischer Föderalismus**

Programme mit demokratiepolitischen und demokratiepädagogischen Zielen müssen beides verbinden: die regionale, länderspezifische Arbeit und Förderung mit der überregionalen, bundesweiten und europäischen Kooperation. Fachlich bedeutet dies Qualitätsentwicklung: Lernqualität und Selbstwirksamkeit in der länderspezifischen und regionalen Praxis sind dann mit der Herausbildung von übergreifenden Maßstäben direkt verknüpft. Politisch entspricht dies dem Sinn des Föderalismus. Er ist eine staatliche und gesellschaftliche Ordnung, die Verschiedenheit und Selbstständigkeit als Eigenwert, zugleich aber auch als Spannungsquelle und Movers eines demokratischen Fortschritts betrachtet. Demokratie lernen und zur Demokratie erziehen braucht beides: das praktische Engagement in der eigenen Umgebung und das Bewusstsein für die übergreifenden Aufgaben und Ziele der großen Gemeinschaften und Insti-

tutionen. Nur so kann erfahren und verstanden werden, dass wir den inneren Zusammenhang zwischen Demokratie und Politik auf den verschiedenen Ebenen des Zusammenlebens wahren können und müssen.

### **Stichwort 2: Antwort der Gesellschaft – Public-Private-Partnership**

Wir brauchen für Schule und Jugendarbeit Personen und Institutionen, die als Verstärker guter Praxis, als Instrumente der Qualitätsentwicklung fungieren, durch die Engagement und fachliche Verbesserung angeregt, verstärkt und anerkannt werden. Fachlich gesehen, ist die Erweiterung des Unterrichts durch eigenes Tun und Erfahrung, die Verbindung von Lernen und Handeln grundlegend. Wir verfügen über einen jährlich wachsenden Fundus von bewährten und auch übertragbaren Ansätzen und Beispielen eines solchen verständnisintensiven praktischen Lernens, bei dem Demokratie und Politik nicht nur als abfragbarer Schulstoff vorkommen, sondern als Lebensform und Alltagswirklichkeit erfahren werden können.

Der fachliche Ansatz und die Mitarbeit von anerkannten Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft ist der eine wichtige Bestandteil dessen, was wir die „Antwort der Gesellschaft“ nennen. Dazu gehört aber noch mehr. Zu Recht wird gefordert, Staat und Gesellschaft müssten angesichts von Gewalt und Rechtsextremismus Stärke zeigen. Diese Forderung gilt entsprechend auch hier: Wir müssen auch auf das erwünschte, ja unerlässliche Engagement junger Menschen eine starke Antwort geben. Dazu gehört, dass Staat und zivilgesellschaftliche Träger gemeinsam handeln und gemeinsam auch öffentlich sichtbar und auf Dauer glaubhaft machen, dass Leistungen für die Demokratie eine vergleichbar hohe Wertschätzung genießen wie Leistungen auf anderen Gebieten. Nur dann können wir erwarten, dass Lernen für Demokratie und gegen Gewalt so wichtig und so selbstverständlich wird, wie es dem Geist unserer Verfassung entspricht.

Die Demokratie braucht Anerkennungsverhältnisse auf gleicher Augenhöhe. Von Bedeutung ist es gerade deshalb, dass zu staatlichen Unterstützungssystemen und Programmen private und bürgerschaftliche Träger im Sinne einer zivilgesellschaftlichen Ergänzung hinzutreten, die ihrerseits nicht durch staatliche Maßnahmen ersetzt werden kann. Die Forderung nach einer „Public-Private-Partnership“, die heute auch international erhoben wird, hat nach unserer Überzeugung in dieser Qualität einer „Antwort der Gesellschaft“ ihre eigentliche pädagogische Bedeutung.

### **Stichwort 3: Erprobte Antworten auf aktuelle Probleme, Offenheit und Nachhaltigkeit**

Gerade für die aktuell wahrgenommenen Jugendprobleme zeigen die in unserer Bestandsaufnahme erfassten Projekte Möglichkeiten, wie politisches Engagement gefördert und den Gefahren von Gewalt und Rechtsextremismus begegnet werden kann. Das Spektrum der Themen und Aufgaben demokratischen Lernens, denen sich Schule und Jugendliche zuwenden, ist freilich viel weiter. Wir halten es für sehr wichtig, dass die Perspektive für die Förderung von Demokratie-Lernen für die unterschiedlichsten Themen offen bleibt – so wie die Politik selbst offen bleiben muss für das, was alle angeht. In der thematischen Offenheit unseres Wettbewerbs liegt so gesehen die Chance zu einem gewissen Maß realpolitischer Alltagsnähe.

Ebenso wichtig ist aber die Nachhaltigkeit der Auseinandersetzung mit Grundfragen und -aufgaben der Demokratie. Hier hat die Schule ihre besonderen Stärken und Chancen, und wir können sie dabei unterstützen, diese zu nutzen und auszubauen.

### **Stichwort 4: Erfahrungsträger**

Es gibt zum Glück eine Reihe und, so weit wir dies auf Grund unserer Zusammenarbeit mit Schule, Fachöffentlichkeit und Politik beurteilen können, auch anerkannter Erfahrungsträger. Die Diskussion über Gewalt seit dem Sommer 2000 hat viele gute Initiativen und Aktionen ausgelöst.

Das ist zu begrüßen. Wir – die Pädagoginnen und Pädagogen in Praxis und Wissenschaft sowie jeder Einzelne als engagierte Bürgerin und engagierter Bürger – müssen nun aber dafür sorgen, dass es nicht bei einer Sommerdiskussion bleibt. Demokratie ist kein Saison-Thema.

Die Wirkung und Stärke von übergreifenden Förderstrukturen beruht ganz wesentlich darauf, dass sie eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern und viele Institutionen in Staat und Gesellschaft zur gemeinsamen dauerhaften Arbeit gewonnen haben und immer wieder neu dafür gewinnen können. Es sind auf Nachhaltigkeit angelegte Aktionsbündnisse, verbindliche Handlungspartnerschaften. Sie lassen sich nicht einfach aus dem Boden stampfen. Es kommt deshalb darauf an, bewährte Ansätze zu stabilisieren und auszubauen.

## 6 Schluss

---

Durch die aktuelle Verschärfung des Gewaltproblems und durch die öffentliche Debatte ist auch vermehrte Aufmerksamkeit auf die Bedeutung demokratischer Erfahrung und politischer Aufklärung und auf die Schule gelenkt worden. Angesichts der empirischen Befunde ist unter Fachleuten unbestritten, dass es einen grundlegenden Zusammenhang gibt zwischen Demokratieerfahrung und Gewaltverzicht: Wenn Kinder und Jugendliche die Erfahrung machen, dass in Schule und Erziehung Mitwirkung, demokratisches Handeln, Verantwortungsübernahme erwünscht sind und als wichtig anerkannt werden, sind sie weniger für Gewalt und Rechtsextremismus anfällig als andere. Die Schule verfügt hier also über eigene, grundlegende und nachhaltig wirksame Mittel und Möglichkeiten.

Die Domäne der Schule sind freilich langfristig angelegte Bildungs- und Lernprozesse. Sie muss zwar auf akute Gewaltsituationen unmittelbar reagieren können und benötigt daher Methoden der Intervention und der Prävention. Aber die Bildung von verlässlicher demokratischer Gesinnung und der Ablehnung von Gewalt erfordert ein verständnisintensives Lernen: Langfristig angelegte Lernprozesse, bei denen Erfahrung, Handeln, Wissen und kritisches Urteilsvermögen miteinander verknüpft werden. Ihre Möglichkeit und Qualität hängt von der Qualität der Schule als Erfahrungsraum und als Lernort ab.

Zwischen Lernqualität und Schulqualität besteht ein direkter Zusammenhang. Dass dieser Zusammenhang für Schulleistungen im üblichen Sinne gilt, dass in guten Schulen auch gut und erfolgreich gelernt wird, ist jedem klar. Zumindest in der informierten Öffentlichkeit und in der Fachwelt ist auch klar, dass gute Schulen nicht von alleine entstehen. Gute Schulen sind, wie gute Opernhäuser, Zeitungen, Betriebe oder Kliniken, voraussetzungsreiche Höchstleistungen der Kultur. Dass dieser Zusammenhang auch besteht, wenn es darum geht, Demokratie zu lernen, mit wachsenden gesellschaftlichen und individuellen Unterschieden zu leben, auf Gewalt zu verzichten oder Verantwortung zu übernehmen, wird allerdings nicht mit vergleichbarer Deutlichkeit gesehen. Was Kinder und Jugendliche lernen, wie groß ihre Bereitschaft ist, sich intensiv zu engagieren, sich dauerhaft anzustrengen, hängt auch in diesem Feld davon ab, was Schule und Gesellschaft hier anbieten, was sie erwarten, welche Mittel sie dafür einzusetzen bereit sind und wie sie auf entsprechende Leistungen antworten.

Wenn wir also einerseits mit guten Gründen die These vertreten können, demokratisch zu leben, zu handeln und Demokratie zu lernen sei die beste Prävention gegen Gewalt, so müssen wir zugleich unterstreichen, dass dafür viel mehr als bisher getan werden muss.

## Literatur

- BEUTEL, W., FAUSER, P. (Hrsg.): Erfahrene Demokratie. Wie Politik praktisch gelernt werden kann. Opladen 2001.
- BEUTEL, W., FAUSER, P.: Politisch bewegt. Schule, Jugend und Gewalt in der Demokratie. Seelze 1995. Buchausgabe von Heft 2 (1995) der Zeitschrift „Neue Sammlung“.
- BROMBA, M., EDELSTEIN, W.: Das antidemokratische und rechtsextreme Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland. Eine Expertise im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Manuskript. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 2001.
- CZERWANSKI, A.: Private Stiftungen und staatliche Schulen. Schulentwicklung durch nicht-staatliche Förderprogramme? Schule und Gesellschaft. Bd. 23. Opladen 2000.
- EDELSTEIN, W., FAUSER, P., BEUTEL, W.: Demokratie lernen in Schule und Gemeinde. Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin/Jena 2000.
- FAUSER, P.: Erfahrene Aufklärung. Zur Rationalität und Anthropologie der Schule als Institution. Unveröffentlichte Habilitationsschrift. Tübingen 1991.
- PROJEKTGRUPPE PRAKTISCHES LERNEN (Hrsg.): Bewegte Praxis. Praktisches Lernen und Schulreform. Weinheim, Basel 1998.

# Teil B: Dokumentation

## I Andere Kulturen – Eine Welt

---

In dieser Kategorie versammeln sich Projekte, die sich mit der Erfahrung des Anderen oder des Fremden auseinandersetzen, praktische Entwicklungshilfe leisten und interkulturelles Lernen ermöglichen. Erziehung zu Toleranz, Verständnis und Akzeptanz anderen Menschen und Kulturen gegenüber ist das diese Projekte verbindende Ziel.

1

### Traumschule

---

Ein Projekt von Ursula Lohrey zusammen mit der Volksschule Würzburg-Zellerau (Bayern)

#### **Das Ergebnis**

Gemeinsam mit der Künstlerin Ursula Lohrey gestalten Schülerinnen und Schüler der Schule Traumkinderporträts, von denen jeweils eins für eine der 17 Nationen steht, die an der Schule vertreten sind. Ein Schulflur wird als „Flur der Begegnung“ gestaltet. Ebenso entsteht aus den Portraits ein UNICEF-Kalender.

In jedem Land der 17 Nationen wird eine Partnerschule gesucht, die ebenfalls „Traumschule“ werden soll. Ein weiterer UNICEF-Kalender soll mit allen „Traumschulen“ zusammen gestaltet werden.

#### **Was wurde getan?**

Die Schüler der Schule stammen aus 17 Nationen. Ziel des Projektes war es, den ethnischen Reichtum der Herkunftsländer und Kulturen ihrer Schülerinnen und Schüler zu nutzen, um gewaltfreies Zusammenleben aus Respekt vor der nationalen Identität jedes einzelnen Schülers zu fördern.

Gemeinsam mit der Künstlerin Ursula Lohrey zeichneten und schrieben 135 Schüler ihre Vorstellungen und Träume von Schule auf. Das Thema Traum und das Medium Bild erlauben eine Kommunikation ohne sprachliche Barrieren. Traumbilder sind Schülerinnen und Schülern aller Nationen vertraut.

Zugleich wurde auch im Deutsch-, Kunst-, Ethik- und Religionsunterricht an ähnlichen Themen gearbeitet. Aus den Träumen entwickelten die Schüler mit der Künstlerin 17 Traumkinder-, Nationen- und Sprachenportraits, die jeweils exemplarisch für eine Nation stehen sollen. Ein Flur des Schulhauses wurde zum „Flur der Begegnung“. Er wurde von der Künstlerin mit 41 großflächigen „Traumbegegnungen“ gestaltet. Eine Zweitfertigung der Traumbegegnungen wurde als Ausstellung angefertigt und ging auf Reisen in andere Schulen. So soll z. B. in jedem Herkunftsland der Schüler eine Partnerschule gefunden werden, die ebenfalls Traumschule wird. Des Weiteren wurde aus den Traumbildern gemeinsam mit UNICEF ein Traumkalender gestaltet. In Zukunft soll dieser Traumkalender von allen 17 Schulen gemeinsam gestaltet werden.

Neben dem Projekt Traumschule arbeitet die Hauptschule bereits seit mehreren Jahren nach einem eigenständig erarbeiteten Mediationsmodell, das sehr stark schülerorientiert ist und bei Konflikten Anwendung findet. Bisher wurden mit diesem Modell sehr positive Erfahrungen gemacht.



### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Die Wahl eines utopischen Themas und des Mediums „Bild“ ermöglicht eine Verständigung ohne Barrieren und fördert den Gleichheitsgedanken.
- Das Projekt setzt an den Erfahrungen der Schüler an, indem es deren Herkunft (Nationen und Ethnien) aufgreift.
- Das Kennen- und Verstehenlernen anderer Kulturen ist in diesem Projekt Ansatzpunkt für Prävention von Ausgrenzung und Rassismus.

### **Kontaktadresse**

Volksschule Würzburg-Zellerau  
 Herr Vogel  
 Adelgundenweg 4  
 97082 Würzburg  
 Ursula\_lohrey@yahoo.com



*Die TraumSchule*  
 EIN MULTINATIONALES KUNST- UND SOZIALPROJEKT

**Das Ergebnis**

Die AG Fairständnis des Konrad-Adenauer-Gymnasiums in Kleve engagiert sich für ihre Partnerschule in Nueva Esperanza (El Salvador). Die Jugendlichen erwirtschaften durch verschiedene Aktionen Spendengelder und leisten Aufklärungsarbeit. Die AG Fairständnis war maßgeblich am Aufbau einer offiziellen Schulpartnerschaft beteiligt, die sich inzwischen im Unterricht und im Schulprogramm niederschlägt.

**Was wurde getan?**

Im Mittelpunkt dieses Projektes steht heute eine im Jahre 1995 initiierte Partnerschaft zwischen Schülerinnen und Schülern des Konrad-Adenauer-Gymnasiums im niederrheinischen Kleve und einer Schule in Nueva Esperanza, El Salvador. Dieses neu gegründete Dorf bietet Menschen, die während des Bürgerkrieges der 80er Jahre heimatlos geworden sind, Voraussetzungen und Chancen für einen Neuanfang.

Die materielle Unterstützung der Partnerschule durch vielfältige Aktivitäten hat in der Arbeit der AG eine wichtige Bedeutung. Mit dem erwirtschafteten Geld helfen sie zum Beispiel beim Aufbau eines Schul-Fahrdienstes, damit die dort mitunter beträchtlichen Entfernungen zur Schule bewältigt werden können. Daneben leistet die AG mit Ausstellungen und Informationsmaterialien an ihrer Schule, aber auch außerhalb, regelmäßige Aufklärungsarbeit.

Die Schule bietet inzwischen in der differenzierten Mittelstufe einen fächerübergreifenden Kurs mit Hauptfachstatus an, der thematisch auf die Schulpartnerschaft zugeschnitten ist. Dabei stehen Themen und Lerngegenstände aus dem Bereich von Spanisch und Erdkunde sowie philosophische Aspekte im Mittelpunkt.

Nachdem bereits Vertreter der salvadorianischen Schule in Kleve waren, werden in diesem Jahr auch wieder Schüler und Lehrer des Adenauer-Gymnasiums nach El Salvador reisen.





### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Die Schülerinnen und Schüler der AG Fairständnis leisten mit der Förderung einer salvadorianischen Schule praktische Entwicklungshilfe.
- Durch die Arbeit an einem aktuellen Projekt und den Kontakt mit Menschen aus El Salvador wächst bei den Jugendlichen das Verständnis für die Entwicklungssituation in Lateinamerika.
- Die Jugendlichen haben maßgebliche Impulse beim Aufbau einer Nord-Süd Schulpartnerschaft gegeben, die in der Entwicklung der eigenen Schule inzwischen strukturell sichtbar wird (Einführung neuer Unterrichtsangebote, Niederschlag im Schulprogramm).

### **Kontaktadresse**

Konrad-Adenauer-Gymnasium  
Herr Janßen  
Köstersweg 41  
47533 Kleve

## 3

### **Time for peace!**

Ein Projekt des Hubertus-Schwartz-Berufskollegs Soest (Nordrhein-Westfalen)

#### **Das Ergebnis**

Im Rahmen der Schulpartnerschaft zwischen dem Hubertus-Schwartz-Berufskolleg in Soest und der Srednja Strucna Trgovinska Skola (Kaufmännische Schule) in Sarajevo führen bosnische und deutsche Jugendliche gemeinsam eine Projektwoche mit dem Titel „Time for peace“ durch.

#### **Was wurde getan?**

Bereits seit 1995 besteht die Partnerschaft zwischen dem Hubertus-Schwartz-Berufskolleg Soest und der Srednja Strucna Trgovinska Skola in Sarajevo. Im April 2000 treffen sich Schülerinnen und Schüler beider Schulen in Soest, um gemeinsam die Projektwoche „Time for peace“ durchzuführen. Die Schülerinnen und Schüler aus Soest entwerfen das Rahmenprogramm der Projektwoche und führen verschiedene Aktionen zur Finanzierung durch. Ebenso bemühen sie sich um Gastfamilien, bei denen die Gäste aus Sarajevo untergebracht werden können.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Projektwoche sind die Vereinigung beider deutscher Staaten 1990 und die Aufarbeitung der Kriegserfahrungen aus dem Bosnienkrieg 1991 bis 1995. Die Arbeit zu den Themen wird in beiden Schulen, zum Teil integriert in den Unterricht, vorbereitet. Die deutschen Teilnehmer beschäftigen sich mit der Situation bosnischer Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland sowie dem zunehmenden Rechtsextremismus. Die Themen werden in deutsch-bosnischen Kleingruppen bearbeitet.

Am Ende entwerfen die Jugendlichen einen Forderungs- und Maßnahmenkatalog für eine gewaltfreie Gesellschaft und gestalten eine Zukunftswerkstatt und eine öffentliche Präsentation der Arbeitsergebnisse.





### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Die Schulpartnerschaft ermöglicht persönliche Kontakte zwischen Jugendlichen verschiedener Religionen und Nationalitäten und trägt so zu gegenseitigem Verständnis und Toleranz bei.
- Schulpartnerschaft ist hier weit mehr als persönliche Begegnung. Es ist gemeinsame Arbeit an einem Thema mit jeweils großer Erfahrungsdifferenz.
- Das Projekt ist ein besonderer Beleg für die Möglichkeit, Gewalt in der Politik in der Schule als Lernanlass aufzugreifen.

### **Kontaktadresse**

Hubertus-Schwartz-Berufskolleg  
 Herr Tiemann  
 Hattroper Weg 16  
 59494 Soest  
[www.Hubertus-Schwartz-Soest.de](http://www.Hubertus-Schwartz-Soest.de)

## 4

### **Irgendwie Anders**

Ein Projekt der Grundschule Neu-Ulm Vorfeld (Bayern)

### **Das Ergebnis**

14 Kinder der Grundschule Neu-Ulm Vorfeld aus 7 Nationen erarbeiten gemeinsam mit der Schulsozialarbeiterin ein Theaterstück mit dem Titel „Irgendwie Anders“.

In den Proben für das Theaterstück wird unter Einbeziehung der eigenen Erfahrungen der Kinder das Thema Ausgrenzung von Fremden bearbeitet.

### **Was wurde getan?**

In den Herbstferien 2000 finden sich 14 Mädchen und Jungen iranischer, türkischer, portugiesischer, italienischer, russischer, polnischer und deutscher Herkunft zu einer Gruppe zusammen, um bis zum Frühjahr 2001 gemeinsam ein Theaterstück einzustudieren. Dieses Theaterstück basiert auf dem Buch „Irgendwie Anders“ von Chris Riddell und Kathrin Cave, das mit dem „UNESCO Prize for Children’s and Young People’s Literature in the Service of Tolerance“ ausge-

zeichnet wurde, in dem die Ausgrenzung von Fremden thematisiert wird. Erzählt wird die Geschichte des Wesens „Irgendwie Anders“, das aufgrund seiner Fremdheit von gemeinsamen Spielen ausgeschlossen wird.

Nach einer Kompaktphase in den Herbstferien treffen sich die Kinder regelmäßig jede Woche. Zunächst werden die eigenen Erfahrungen der Kinder aufgegriffen, um daran die Fähigkeiten zu Eigen- und Fremdwahrnehmung zu schulen. Dazu wird spielerisch das Wahrnehmen und Ausdrücken von Gefühlen geübt. Eigene Erfahrungen werden mit denen der Hauptfiguren verglichen und besprochen, wobei vor allem die Situation, als Kind mit ausländischer Herkunft in Deutschland zu leben, thematisiert wird.

Durch Kooperationsspiele wird das gegenseitige Kennenlernen und Vertrauen geübt.

Bei gemeinsamen Tätigkeiten wie Kochen, Essen und Feiern werden religiöse und kulturelle Unterschiede als Bereicherung erlebt.

Neben dieser inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Ausgrenzung beginnt in zunehmendem Maße die Arbeit am Theaterstück. Auch hier sind z. B. beim Bau der Kulissen, beim Gestalten der Kostüme und der Rollenverteilung immer wieder Abstimmungsprozesse nötig, die Toleranz und Kompromissbereitschaft fordern.

Seit April 2001 ist das Theaterstück aufführungsreif.

Es soll andere Schulklassen und Lehrer, aber auch die Eltern dazu anregen, über das Thema Ausgrenzung ins Gespräch zu kommen.



### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Über das Medium Theater wird ein dem Grundschulalter gemäßer Zugang zu den Themen Ausgrenzung und Rassismus gefunden.
- Durch das Aufgreifen der eigenen Erfahrungen der Kinder soll erreicht werden, dass das Thema nicht abstrakt bleibt, sondern die Lebenswirklichkeit der Kinder berücksichtigt.
- Kooperationsübungen und die Theaterproben sollen nicht nur eine kognitive Auseinandersetzung, sondern auch praktische Erfahrungen im Umgang miteinander fördern.
- Das Projekt entfaltet einen vielseitigen Angebots- und Übungscharakter für das Lernen um und die Erfahrung von Fremdheit, Ausgrenzung, letztlich aber auch Integration und Miteinander.



### **Kontaktadresse**

Volksschule Neu-Ulm-Vorfeld  
Frau Bold  
Steubenstraße 15  
89231 Neu-Ulm

**Das Ergebnis**

Schülerinnen und Schüler des Gottfried-August-Bürger-Gymnasiums bilden eine Arbeitsgruppe, die sich mit Kultur, Politik und Gesellschaft des Landes Äthiopien beschäftigt. Es entsteht eine umfangreiche Wanderausstellung, die an verschiedenen Orten im Land Sachsen-Anhalt gezeigt wird.

**Was wurde getan?**

Die Arbeitsgruppe Äthiopien des Gottfried-August-Bürger-Gymnasiums entsteht 1996 auf Initiative von Schülern, die sich im Unterricht mit dem Thema Äthiopien beschäftigt hatten. Sie besteht heute aus 12 Schülerinnen und Schülern unter Begleitung von Martina Völtz, einer Lehrerin.

Am Beginn der Aktivitäten steht der Briefwechsel mit zwei Partnerschulen in Äthiopien, der bis heute sehr rege ist und neben dem Austausch von landeskundlichen Informationen auch die gegenseitige Versorgung mit Unterrichtsmaterialien zu dem entsprechenden Land umfasst.

Um mehr Schüler für die Arbeit in der Projektgruppe zu gewinnen und um die neu erhaltenen Informationen auch über die Projektgruppe hinaus bekannt zu machen, beginnen die Schüler

mit öffentlichkeitswirksamer Arbeit. Dazu zählte z. B. das Erarbeiten einer umfangreichen Ausstellung über das Land, die in der Schule selbst, in anderen Schulen des Kreises, im Regierungspräsidium Halle sowie im Kultusministerium Magdeburg gezeigt wird.

Um die Übernahme von Verantwortung für eine gerechte Welt als Arbeitsschwerpunkt zu verankern, wird eine Spendenaktion gestartet, die mit dem Resultat von 4200,00 DM die Beschaffung einer Bibliothek für die Partnerschule ermöglicht. Diese Aktion geschieht in enger Zusammenarbeit mit der Partnerschule in Äthiopien, die z. B. eine Liste der benötigten Bücher zur Verfügung stellt.

Eine weitere Spende, die für die Beschaffung von Schulmöbeln genutzt werden soll, konnte im Februar von zwei Lehrern persönlich übergeben werden. Mit dieser

Reise wurde auch der erste persönliche Kontakt zu Lernenden und Lehrenden der Partnerschule hergestellt.

Des Weiteren hat die Arbeitsgruppe Kontakte zur Gruppe der äthiopischen Asylbewerber in Halle geknüpft, mit denen sie gemeinsam Veranstaltungen z. B. zur Woche der ausländischen Mitbürger besucht.

Für die nahe Zukunft ist der Besuch von zwei Lehrern aus der Partnerschule, die Erarbeitung einer Äthiopien-CD-ROM für den Unterricht, die Präsentation der Arbeit im Internet sowie eine weitere Reise der Ausstellung geplant. Damit sollen noch mehr Jugendliche in die Arbeit einbezogen werden.

**Best Practice**

Beispielsweise:

- Das Projekt ermöglicht es, Verantwortung in der einen Welt mit praktischer Konsequenz für die Schülerinnen und Schüler zu fördern.
- Die Beschäftigung mit und das Kennenlernen des Fremden sollen dabei präventiv gegen Rassismus wirksam werden.



- Eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit soll das Projekt über den Kreis der aktiv Beteiligten hinaus bekannt machen.
- Schwerpunktmäßig soll das Voneinander-Lernen ermöglicht werden.
- Von besonderem Interesse ist die curriculare Rückbindung an die schulpraktische Unterrichtsarbeit durch bspw. Herstellung von themenbezogenen Lehr- und Unterrichtsmaterialien.

### **Kontaktadresse**

Gottfried-August-Bürger-Gymnasium  
 Frau Völtz  
 Diesterwegstraße 2  
 06308 Benndorf

## **II Andere Zeiten – Eine Geschichte**

Die hier versammelten Projektgruppen setzen sich mit der deutschen Geschichte, vor allem mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinander. Der praktische, erfahrungsbezogene Umgang mit historischen Ereignissen soll den Blick auf die eigene Zeit schärfen, Zusammenhänge sichtbar machen und für sich wiederholende Entwicklungen sensibel machen.



### **Die Majdanek-AG**

Ein Projekt der Leonardo-da-Vinci-Oberschule Berlin

#### **Das Ergebnis**

Eine Arbeitsgruppe der Leonardo-da-Vinci-Oberschule befasst sich mit der Geschichte des Vernichtungslagers Majdanek. Durch Exkursionen und Arbeit vor Ort, historische Forschung und eine Ausstellung setzen sich die Schülerinnen und Schüler mit der NS-Vergangenheit auseinander.

#### **Was wurde getan?**

Seit 1990 gibt es an der Leonardo-da-Vinci-Oberschule die Majdanek-AG. Deren Gründung war eine Reaktion auf rechtsradikale, neonazistische und antisemitische Tendenzen, die auch an dieser Schule auftreten. Durch die Arbeit in der AG soll die Beschäftigung mit der NS-Zeit lebensnah werden, als es im Unterricht möglich ist.



Ausgangspunkt der AG-Arbeit sind Exkursionen nach Lublin. Neben dem Besuch der Gedenkstätte und Treffen mit Zeitzeugen gehören auch tägliche praktische Arbeit in der Gedenkstätte und Archivarbeit zum Programm. Während des Jahres versucht die Gruppe durch die Korrektur von Totenlisten und die Rekonstruktion von Biografien in Majdanek angestellter SS-Mitglieder einen Beitrag zur Tatschengeschichte des KZ-Systems zu leisten. Die AG erarbeitete eine Ausstellung über das Lager Majdanek, die mittlerweile in Norwegen, Japan und Israel gezeigt wurde. In diesem Jahr möchte die Gruppe ihre Ausstellung in New York präsentieren und dort auch mit Jugendlichen und Zeitzeugen zusammentreffen.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Die Arbeit der Majdanek-AG ist auf Langfristigkeit angelegt und gewährleistet so eine kontinuierliche Beschäftigung mit der Thematik.
- Die Auseinandersetzung mit der Geschichte ist unmittelbar erfahrungsbezogen und ermöglicht einen persönlichen Zugang.
- Durch eine rege Öffentlichkeitsarbeit ist es der AG gelungen, Aufmerksamkeit und Anerkennung für ihre Arbeit zu erhalten.
- Durch die biografisch-rekonstruktive Arbeit über die Opfer des Lagers, aber auch über Täter wird ein wichtiger Teil historischer Erinnerungsarbeit geleistet, der für die Stabilisierung der Demokratie in Deutschland von besonderer Bedeutung ist.

### **Kontaktadresse**

Leonardo-da-Vinci-Oberschule  
Haewererweg 35  
12349 Berlin

## 7

## Regionaler Widerstand östlich und westlich der Oder zur Zeit des Nationalsozialismus

Ein Projekt des Gymnasiums Müncheberg (Brandenburg) und des Lyzeum Witnica (Polen)

### **Das Ergebnis**

Im Verlauf von zwei Projektwochen haben sich Schüler der beiden Partnergymnasien zum einen mit non-konformem Verhalten gegenüber dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland und zum anderen mit polnischem Widerstand zur Zeit der deutschen Okkupation beschäftigt.

Es entstand eine bilinguale Wanderausstellung, die in Deutschland und Polen gezeigt werden soll.

### **Was wurde getan?**

20 Schülerinnen und Schüler aus Polen und Deutschland finden sich zu gemeinsamen Projektwochen zusammen, um Material über den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime, wie er sich zwischen 1933 und 1945 regional in beiden Ländern darstellte, zusammenzutragen und anschließend in einer bilingualen Wanderausstellung in Polen und Deutschland zu präsentieren.

Während der ersten Projektwoche, die in Deutschland stattfindet, besuchen die Schüler die Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“ in Berlin. Dort werden sie in die Thematik eingeführt. Außerdem arbeiten sie in Gruppen an selbstgewählten Themen, die sie durch Arbeit im Archiv vertiefen. Im weiteren Verlauf finden Zeitzeugengespräche statt, so z. B. mit Astrid Grä-

fin von Hardenberg-Neuhardenberg, Tochter des Grafen Carl-Hans von Hardenberg-Neuhardenberg, Mitglied des Stauffenberg-Kreises. Gedenkstättenbesuch und Zeitzeugengespräche werden gemeinsam ausgewertet und im Hinblick auf eine Präsentation in der Ausstellung untersucht. Die Gruppenarbeit findet jeweils in polnisch-deutsch gemischten Gruppen statt. Ziel ist es dabei auch, bei den Jugendlichen das Bewusstsein für aktuelle Gefahren der Demokratie zu wecken.

Eine zweite Projektwoche Ende Mai 2001 auf polnischer Seite soll die besondere Situation des Widerstandes der polnischen Bevölkerung gegen die deutsche Okkupation in den Blick rücken sowie einen Schwerpunkt auf Widerstand im Konzentrationslager legen. Auch hier stehen wieder Museumsbesuche und Zeitzeugengespräche im Mittelpunkt.

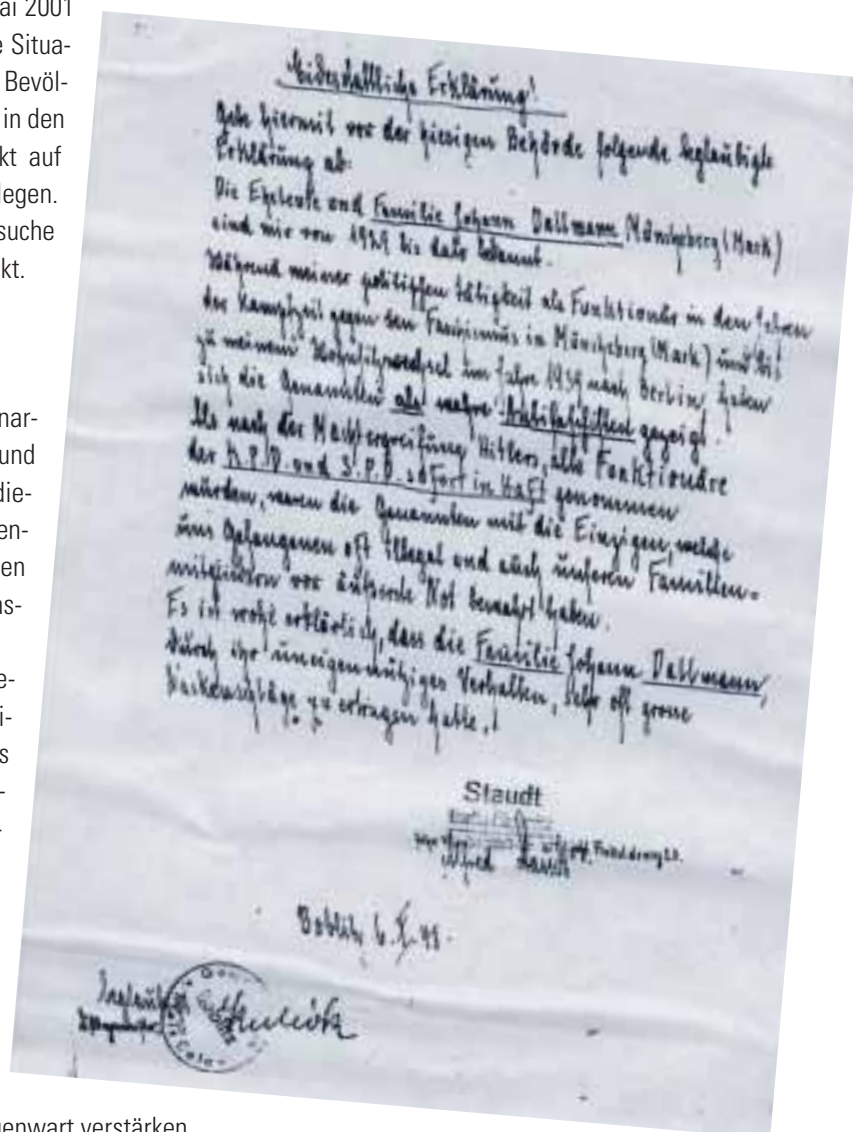
### Best Practice

Beispielsweise:

- Die positive und enge Zusammenarbeit zwischen einer deutschen und einer polnischen Schule soll in diesem Projekt gegenseitiges Kennen- und Verstehenlernen ermöglichen und damit präventiv gegen Rassismus wirken.
- Das gegenseitige Kennenlernen geschieht dabei durch gemeinschaftliche Arbeit an einem Projekt, das gemeinsame Erfahrungen ermöglicht und damit Vorurteile und Resentiments abbaut.
- Die Auseinandersetzung mit der Geschichte an konkreten Beispielen aus dem Lebensraum der Jugendlichen sowie der direkte Kontakt mit Zeitzeugen soll das Verständnis für die Zusammenhänge von Vergangenheit und Gegenwart verstärken.
- Von besonderem Interesse ist zudem die Tatsache, dass das heikle Thema NS-Widerstand von Jugendlichen Polens und Deutschlands in Blick auf die unterschiedliche Situation damals und heute aufgegriffen wird.
- Das Projekt leistet auch einen interkulturellen Beitrag zu einer gemeinsamen Geschichtsschreibung in der Grenzregion Deutschland-Polen.

### Kontaktadresse

Müncheberg-Gymnasium  
Frau Friedrich  
Bergmannstraße 18  
15374 Müncheberg



**Das Ergebnis**

Die Jugendlichen erarbeiten ein Theaterstück mit Szenen aus dem Häftlingsleben im KZ Buchenwald und eine Ausstellung zum Wirken von Paul Schneider. Parallel dazu produzieren sie eine Video- und eine Fotodokumentation.

**Was wurde getan?**

Durch Vorträge, eigene Recherchen vor Ort und Gespräche mit einem Mitarbeiter der Gedenkstätte KZ Buchenwald angeregt, beschließen Schülerinnen und Schüler des Apoldaer Gymnasiums,



das gesammelte Material in einem Theaterprojekt künstlerisch umzusetzen. Zwischen August 1998 und Juli 1999 entsteht im Gedenken an den 60. Todestag Paul Schneiders mit Hilfe einer Theaterpädagogin ein Theaterstück. Weitere Aufenthalte in Buchenwald und die Fortführung der Arbeit in Projektgruppen – Theater-, Ausstellungs-, Dokumentations- und Technikgruppe – vermitteln den Jugendlichen eine Vorstellung von der düsteren Atmosphäre dieses Ortes. Parallel zum

Theaterstück werden eine Ausstellung über das Leben Paul Schneiders sowie eine Video- und Fotodokumentation realisiert. In der Gedenkstätte Buchenwald findet im Juli 1999 die Premiere des Theaterstücks statt, weitere Aufführungen folgen.

**Best Practice**

Beispielsweise:

- Das Projekt ist Ergebnis der kontinuierlichen Fortführung einer inzwischen zehn Jahre andauernden Auseinandersetzung der Schule mit der NS-Geschichte Deutschlands.
- Die Theaterarbeit verbindet geschichtsbezogene Untersuchungen mit künstlerischen Ausdrucksformen und sinnlicher Raumerfahrung.
- Bei der Erarbeitung des Theaterstückes und der Ausstellung sind die Jugendlichen die Hauptakteure. Sie erleben damit Möglichkeiten einer eigenständigen, interessenbezogenen Bildungsarbeit.
- Die Kulturarbeit durch Inszenierung verbindet auf prägnante Weise kognitive mit emotionalen Dimensionen des Lernens.

**Kontaktadresse**

Gymnasium Bergschule Apolda  
Herr Thieme  
Dr.-Theodor-Neubauer-Straße 10a  
98510 Apolda



### Das Ergebnis

Dass die Lübecker Gesamtschule den Namen „Geschwister Prenski“ trägt, ist das Ergebnis eines intensiven Projektes der Spurensuche in der NS-Geschichte. Diese Geschwister waren arme, jüdische Kinder aus der Hansestadt, die die Nazis zusammen mit ihren Eltern nach Riga verschleppt haben und die dort den Tod fanden.

Die Schule ist heute mit ihren Initiativen gegen den Neofaschismus und alltäglichen Rassismus eine der aktivsten und bekanntesten Institutionen dieser Stadt. Ein durchdachtes „Namencurriculum“ für den Unterricht, verschiedenste Folgeprojekte (u. a. das EXODUS-Projekt) und viele Aktionen sind heute das Ergebnis der Namensgebung.

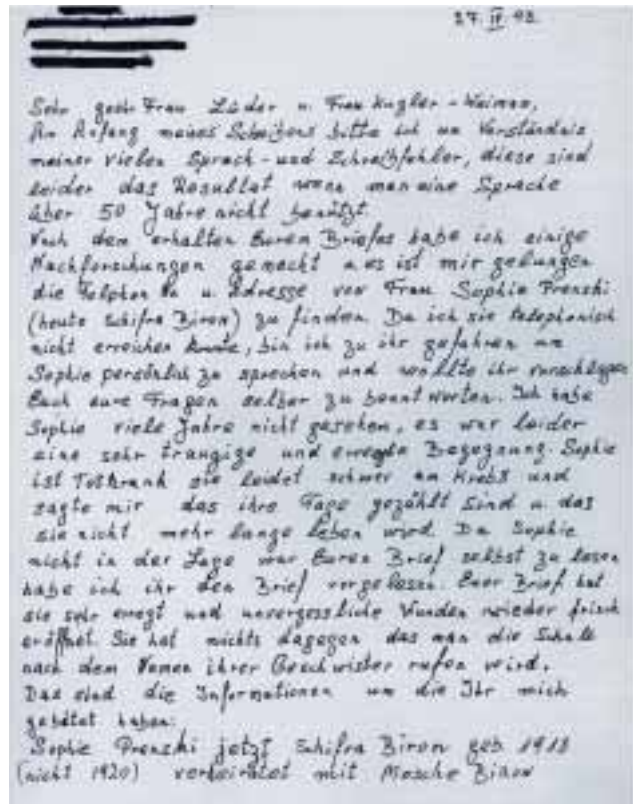
### Was wurde getan?

Für die Namensgebung dieser 1989 gegründeten Schule gab es verschiedenste Überlegungen und offizielle Wünsche, die sich meist an „prominenten“ Namen orientierten. In dieser Diskussion entstand die Idee, eine Schule bewusst nicht mit einem bekannten Namen zu „schmücken“, sondern nach Kindern zu suchen, die völlig unbekannt und vergessen waren.

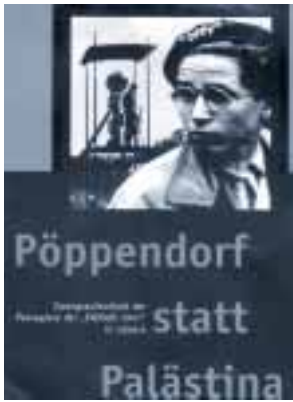
Im Rahmen einer Projektwoche „Die Anderen“ begannen Schüler und Schülerinnen zusammen mit zwei Lehrerinnen nach Spuren solcher Kinder zu suchen. Als Ausgangspunkt wählten sie ein Flugblatt aus der Zeit des Nationalsozialismus, auf dem man u. a. eine Familie Prenski aufgeführt sah. Als dann noch zwei Fotos gefunden wurden, auf denen drei Kinder mit diesem Namen abgebildet waren, begann die Spurensuche im einzelnen: Gespräche mit Zeitzeugen, Archivarbeit und viele weiteren Materialsichtungen führten zu einer ausführlichen Dokumentation des furchtbaren Leidensweges der in Riga wahrscheinlich ermordeten Geschwister Prenski.

In einer großen Ausstellung wurden die Ergebnisse dieser Projektarbeit der Schulgemeinde und der Öffentlichkeit präsentiert. Der Vorschlag, der Schule den Namen „Geschwister-Prenski-Schule“ zu geben, war konsequente Folge. Nach monatelanger ernsthafter Prüfung auch der möglichen Folgen und Forderungen, die sich aus einer solchen Namensgebung für die Schule ergeben könnten, entschieden sich die schulischen Gremien mit großer Mehrheit für diesen Namen, der dann von der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein 1994 im Rahmen eines Festes verliehen wurde.

Schon vor dieser Namenspatenschaft hat die Schule, teilweise systematisch geplant, teilweise orientiert an praktischen Erfahrungen und Aktionsergebnissen, die Themen „Holocaust“, „Ausländerfeindlichkeit“, „Antirassismus“, „Toleranz gegenüber Anderssein“ und „Jüdisches Leben und jüdische Kultur“ zu selbstverständlichen Lernfeldern eines beinahe alltäglichen Unterrichts entwickelt. Ein besonders bekannt gewordenes Ergebnis dieser Arbeit ist das Projekt „Exodus“, in dem Schüler und Schülerinnen der Geschwister-Prenski-Schule mit einer weiteren Spurensuche das Schicksal der jüdischen „Exodusflüchtlinge“ erstmalig dokumentieren konnten, die nach dem vergeblichen Versuch einer Landung in Israel zeitweise in einem Lager in Lübeck interniert waren.



*Briefe aus Israel: Ein früherer Freund der Geschwister Prenski schreibt uns aus Israel und erzählt von einer älteren Schwester, die als einzige der Familie den Holocaust überlebt hat. Sie ist aber später an den Folgen der Exoduslandungsversuche gestorben. In einem weiteren Brief schreibt er von seinen Befürchtungen im Hinblick auf unsere beabsichtigte Namensgebung!*



### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Kurz nachdem sich die Schule diesen Namen gegeben hat, brannte die Lübecker Synagoge zum ersten Mal. Fast alle Schüler und Schülerinnen der Geschwister-Prenski-Schule gehörten zu den ersten Menschen, die sich anfänglich vor Ort und später noch durch viele Aktionen demonstrativ gegen diesen Anschlag mit der jüdischen Gemeinde und gegen den aufkommenden Neofaschismus solidarisierten.
- Ein Brandanschlag auf die eigene Schule und bedrohliche Nazischmierereien an den eigenen Wänden haben diese Aktivitäten eher verstärkt als zurückgehen lassen.
- Der mit der Namensgebung verbundene Anspruch einer möglichst gewaltfreien Schule zeigt im Schulalltag deutlichen Erfolg. Umgang mit „Andersein“ wird zunehmend zur täglichen Selbstverständlichkeit. Auf dieser Grundlage konnte das Schulprogrammziel „Eine Schule für alle Kinder“ realisiert werden. So ist es zum Beispiel mittlerweile hier eine Selbstverständlichkeit, dass behinderte Kinder in Integrationsklassen unterrichtet werden und dass Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus in dieser Schule reduziert werden konnten.

### **Kontaktadresse**

Geschwister-Prenski-Schule  
Integrierte Gesamtschule  
Herr Affelt  
Travemünder Allee 5a  
23568 Lübeck

## 10

### **Theater der Erfahrungen**

Ein Projekt des Nachbarschaftsheim Schöneberg e. V. (Berlin)

### **Das Ergebnis**

Das Team der Theaterwerkstatt im Nachbarschaftsheim Schöneberg führt verschiedene Bühnenprojekte durch, die auf eigenen Erfahrungen, dem Wissen aus der Geschichte und Problemen des Alltags aufbauen. Dabei beschäftigt sich die Gruppe intensiv mit der Vergangenheit und Vorstellungen für die Zukunft.



### **Was wurde getan?**

Das „Theater der Erfahrungen“ entwirft und inszeniert Bühnenstücke in enger Zusammenarbeit aller Beteiligten. Die Themen der Stücke werden gemeinsam gefunden und bearbeitet. So entstanden Produktionen wie „Aber wir doch nicht“, „Klassenziele“, „Einheitssalat“ und „Unterwegs“, die sich mit den Themen Nachkriegszeit, Abtreibung, DDR-Geschichte und Generationenkonflikt befassen. Ein Hauptaugenmerk der Arbeit der Theaterwerkstatt liegt auf der generationsübergreifenden Zusammenarbeit. So arbeiteten Jugendliche und ältere Menschen z.B. gemeinsam am Stück „Spu-

rensuche“, das sich mit der kritischen Auseinandersetzung mit der jüdischen Vergangenheit in Deutschland befasst. Mit diesem Stück war das Team des Theaters auf Tour in England. Dabei wurden besonders Regionen mit einem hohen Anteil jüdischer Bevölkerung besucht. Die neu gewonnenen Erfahrungen, die aus Gesprächen mit dem Publikum erwachsen, fließen in die weitere Arbeit ein und bereichern sie.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- „Theater der Erfahrungen“ bedeutet, aus der Geschichte und aus persönlichen Erfahrungen anderer Menschen zu lernen.
- In der generationsübergreifenden Arbeit an den Stücken können Schülerinnen und Schüler aus den Schilderungen der Zeitzeugen erfahren, was das Leben in vergangenen Zeiten schwer, aber auch schön machte.
- Die Erfahrungen, die dadurch in die Stücke einfließen, stellen einen interessanten Weg der kritischen Auseinandersetzung mit Lebenserfahrungen und Biografien dar und eröffnen neue Betrachtungsweisen für das Gewesene.
- An den Bühnenstücken wird gemeinsam gearbeitet, so dass sich jede Darstellerin und jeder Darsteller sowohl in der Erfindung als auch in der Umsetzung einer Aufführung gestaltend und mit eigenen Erfahrungshorizonten einmischen kann.



### **Kontaktadresse**

Theater der Erfahrungen  
Nachbarschaftsheim Schönberg e.V.  
Frau Bittner/ Frau Kaiser  
Cranachstraße 7  
12157 Berlin

11

## **Für Frieden gegen Gewalt – Bunkerprojekt**

Ein Projekt der Städtischen Gemeinschaftshauptschule Aachen  
(Nordrhein-Westfalen)



### **Das Ergebnis**

Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftshauptschule Aachen bemalen die Fassade eines Bunkers in der Innenstadt mit Motiven zum Thema Krieg und Frieden in der Stadtgeschichte Aachens. Das Projekt wird im Unterricht und durch einen Gesprächskreis begleitet.



### **Was wurde getan?**

Das „Bunkerprojekt“ ist Teil einer kontinuierlichen Projektarbeit an der Gemeinschaftshauptschule Aretzstraße in Aachen. In diesem Projekt gestalten Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihrem Lehrer die Bemalung einer Fassade eines Bunkers aus dem Zweiten Weltkrieg mit Motiven der Aachener Stadtgeschichte zum Thema Krieg und Frieden. Dabei wird umfassende Öffentlichkeitsarbeit geleistet: Der Oberbürgermeister übernimmt die Schirmherrschaft über das Projekt, die Feuerwehr setzt sich für die Renovierung der Fassade ein, die Projektgruppe der Schule gewinnt Sponsoren, die Presse begleitet das Projekt.

Im Unterricht wird der geschichtliche Abriss und das passende Bildmaterial entwickelt. Dabei wird die Projektgruppe von Studenten des Instituts für politische Wissenschaften unterstützt.

Die künstlerische Arbeit wird seit 1999 begleitet von einem schulinternen Gesprächskreis „Wir reden miteinander“. Während der Arbeit entsteht zwischen der Kunstgruppe und den Bewohnern des Viertels ein intensiver Kontakt. Perspektivisch soll das Projekt zu einer „Friedensausstellung“ in den Räumen des Bunkers führen.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Die Schüler nehmen aktiv an der Gestaltung des Stadtgebietes teil und haben dabei die Möglichkeit, mit ihren Interessen und Sichtweisen den Projektverlauf zu beeinflussen.
- Das Projekt wird in Planung und Durchführung zu großen Teilen von den Jugendlichen unter Anleitung von Künstlern getragen. Die Schule organisiert eine breite öffentliche Unterstützung.
- Dadurch, dass in Unterricht und Schule mit der Projektarbeit zusammenhängende Themen aufgenommen werden, entfaltet das Projekt eine breite Wirkung.
- Indem die beteiligten Schülerinnen und Schüler mit den Einwohnern des den Bunker umgebenden Stadtteils bei ihrer Arbeit Kontakt halten, kommt die Arbeit und die Leistung der Jugendlichen auch dort zur Geltung.

### **Kontaktadresse**

Städtische Gemeinschaftshauptschule  
Frau Wahl  
Aretzstraße 10-20  
52070 Aachen

12

## **Lernen und Arbeiten im ehemaligen KZ Sachsenhausen**

Ein Projekt der BBS Bremen und Velten (Brandenburg)

### **Das Ergebnis**

Jugendliche zweier Berufsschulen aus Bremen und Brandenburg helfen bei der Erhaltung der Gedenkstätte „KZ Sachsenhausen“. Dabei verbinden sie praktische Arbeit und Auseinandersetzung mit der Geschichte des KZ. Durch die Schulpartnerschaft entstehen über die gemeinsame Arbeit hinaus persönliche Kontakte zwischen Jugendlichen aus alten und neuen Bundesländern.



### **Was wurde getan?**

Auszubildende aus Bremen und Velten in Bauhaupt- und Baunebenberufen helfen bereits seit mehreren Jahren beim Erhalt der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen. Es geht ihnen dabei nicht nur um fachlich qualifizierte Arbeit, sondern auch um die Geschichte des Konzentrationslagers und der Menschen, die dort in Haft waren.

Im derzeitigen Projekt stehen wieder Arbeitsprozesse im Rahmen der Sanierungsarbeiten für die KZ-Gedenkstätte im Vordergrund. Doch auch hier geben die aufgefundenen Spuren der Unmenschlichkeit dieses Lagers den Jugendlichen Anlass für die weitere Auseinandersetzung mit der Geschichte des Terrors. Die dabei von den Schülerinnen und Schülern formulierten Fragen stiften eine Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Sie stiften zudem zwischen den jungen Erwachsenen aus Ost und West Gemeinsamkeiten in der Wahrnehmung der Gedenkstätte und bei ihrer Arbeit.

Die Teilnehmer möchten durch ihr Tun gegen aktuelle Tendenzen des Vergessens und der Ausländerfeindlichkeit ein Zeichen setzen und durch ihre eigene beruflich-handwerklichen Kompetenzen dazu beitragen, dass die Gedenkstätten als Mahnmale der Geschichte und Symbole der Erinnerung erhalten bleiben.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Die praktische Arbeit in der Gedenkstätte stellt eine zeitgemäße und intensive Form der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte dar.
- Durch die Beschäftigung mit dem Faschismus wächst das Bewusstsein für die Gefahren des heutigen Rechtsextremismus.
- Die Schulpartnerschaft ermöglicht über ein gemeinsames Thema Kontakte zwischen Jugendlichen aus alten und neuen Bundesländern.
- Besonders bedeutsam ist dabei, dass hier eine Form praktischen Lernens gefunden worden ist, die auch Jugendliche erreicht, die sich sonst mit diesem Thema kaum auseinandersetzen.
- Indem die eigene beruflich-handwerkliche Kompetenz zum Erhalt der Gedenkstätte beiträgt, wird hier eine besondere Form der Anerkennung persönlicher Leistungen für die Jugendlichen erfahrbar.

### **Kontaktadressen**

SZ  
an der Alwin-Lonke-Straße  
Herr Gries  
A.-Lonke-Straße 71  
28719 Bremen

OSZ OHV II – Technik  
Henningsdorf / Velten  
Frau Feldmann  
Berliner Straße 10  
16727 Velten



## III Schule als Projekt

Diese Kategorie vereint Schulen, die ihr gesamtes Schulkonzept auf die Problemkreise Demokratieerziehung und Gewaltprävention hin ausgerichtet haben. Dabei stehen vor allem eine demokratische Schulorganisation, sozialpädagogische Betreuung, Formen der Konfliktschlichtung und vielfältige Möglichkeiten für Schüleraktivitäten im Vordergrund der Arbeit.

13

### Das Schulprogramm der Hauptschule Innenstadt Tübingen (Baden-Württemberg)



#### **Das Ergebnis**

Die Schule hat ein Schulprogramm entwickelt und umgesetzt, das durch verschiedene pädagogische, sozialpädagogische und strukturelle Maßnahmen zu einer Verbesserung des Schulklimas geführt hat.

#### **Was wurde getan?**

Die Hauptschule Innenstadt in Tübingen befindet sich in einem sozialen Brennpunkt der Stadt. Ausgehend von den besonderen Problemen der Schüler hat die Schule ein Programm entwickelt, das ganz gezielt und umfassend in den Feldern Lebensbewältigung, Verhalten/Erziehung und Lernen wirksam wird: Eine demokratische Gremien- und Kooperationsstruktur ermöglicht Mitbestimmung und Autonomie, eine engagierte Schulsozialarbeit, die von systemischer Beratung bis zur Mediationsausbildung reicht, bietet Schülern Hilfe in Problemsituationen. Ein festes Ritual des Umgangs mit auftretenden Problemen prägt den Umgang miteinander und ein reformpädagogisch inspiriertes Unterrichtsleben sowie begleitende Fördermaßnahmen prägen die Lernkultur. Neben Schulzirkus, Schultheater, Schulradio und Schulband bieten die Projekte „Bezahlte Arbeit für Jugendliche“ (Schuleigener Spendenfond für die Bezahlung von Jobs für arme Schüler) und „Schüler machen Politik“ (Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen) weitere Möglichkeiten für das Engagement der Schüler.

#### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Das Schulprogramm der Hauptschule Innenstadt ist durch seine auf genauer Analyse der Situation aufbauende Interventionsmaßnahmen und Angebote für die Schüler ein Beispiel für eine kontextnahe und langfristig angelegte Schulentwicklungsperspektive.
- Mit sozialpädagogischer Beratung, Mediatorenausbildung und einer ritualisierten Form des Umgangs mit Problemen versucht die Schule, Konflikte gewaltfrei zu lösen.
- Organisierte Lernhilfe, die Bereitstellung von Schülerjobs sowie vielfältige Freizeitangebote wirken als Hilfe bei der Lebensbewältigung und damit zugleich gewaltpräventiv.

#### **Kontaktadresse**

Hauptschule Innenstadt Tübingen  
Westbahnhofstraße 27  
72070 Tübingen

... und so sehen wir präventive Arbeit in der Gesamtsicht ...



14

## Die Polis

Ein Projekt der Gerhart-Hauptmann-Volksschule München (Bayern)

### Das Ergebnis

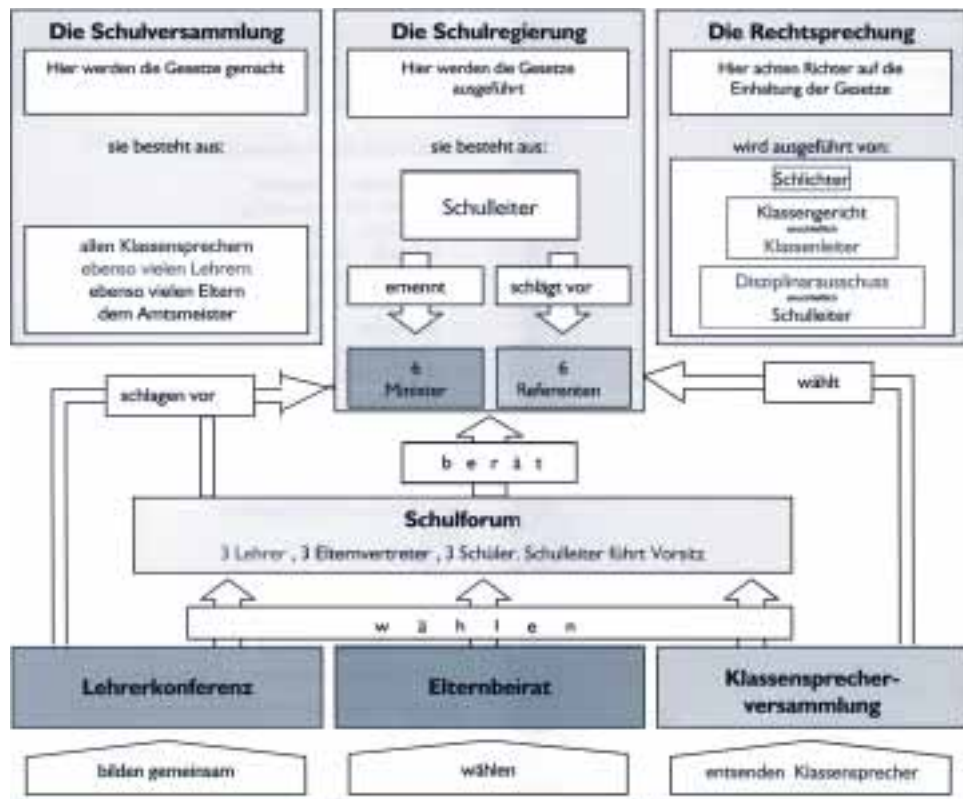
Die Gerhart-Hauptmann-Volksschule in München organisiert ihr Schulleben seit 1999 in Anlehnung an die Struktur der antiken Polis. Grundlage ist eine von Lehrenden, Lernenden und Eltern getragene Schulverfassung, die auf dem Prinzip der demokratischen Gewaltenteilung beruht. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler durch praktisches Tun mit den Wirkungsweisen, Möglichkeiten und Grenzen demokratischen Zusammenlebens im unmittelbar lebenspraktischen Feld der Schule vertraut zu machen.

### Was wurde getan?

In der Schule werden in den Jahrgangsstufen 5 bis 9 vierzünftig etwa 570 Jugendliche unterrichtet. Mehr als die Hälfte der Schülerschaft ist ausländischer Herkunft.

Die Schule erarbeitet ein Schulkonzept, mit dem sie sich als „Polis“, als „Schulstaat“ organisiert und versteht. Zwei Probleme werden als Ausgangspunkt für diese Konzeption hervorgehoben: Erstens fehlen im Stadtteil Freizeitangebote für die Schülerschaft, zweitens sollen Integrationsangebote für „schwierige“ Jugendliche gemacht werden.

Die Konzeption „Schulpolis“ bündelt zahlreiche Initiativen von Kollegium und Schulleitung, mit deren Hilfe die Schule attraktiver werden soll. Freiarbeit, Projektarbeit, praktisches Lernen, Erlebnispädagogik, schulinterne Lehrerfortbildung u. a. Stichworte stehen für einen die Schule kennzeichnenden grundständigen Reformimpuls: Die Schule ist eine der bayerischen „Schwerpunktschulen Praktischen Lernens“. Im Schuljahr 97/98 wurden die bisherigen Entwicklungen und Erfahrungen im Konzept „Schulpolis“ gebündelt. Lehrende erarbeiten die „Schulverfassung“. Der Entwurf wurde mit den Schülern und Eltern diskutiert und im Frühjahr 99 in Kraft gesetzt. Dabei bezieht sich die Verfassung der „Schulpolis“ auf die grundlegenden bayerischen Schulgesetze und –verordnungen und bindet die dort legitimierte Gremien – SMV, Schulforum etc. – ein. Aufgaben des schulischen Lebens werden nun von „Ministern“, deren „Referenten und Mitarbeitern“ betreut: Inneres (Schulordnung, Beziehungen der schulischen Gruppen bis hin zu bspw. Mülltrennung), Äußeres (Schulpartnerschaften, Vereins- und



Stadtteilpolitik, Schulträger etc.), Finanzen (Förderverein der Schule, Sponsoren, Schülerbank, Darlehensverwaltung für Schülerfirmen etc.), Wirtschaft (Unterstützung der AGs und der mehr als zehn Schülerfirmen), Soziales, Gesundheit und Sport (Mittagsbetreuung, Erste-Hilfe-Kurse, Hallenfußballiga, Schulmannschaften etc.), Unterricht, Bildung, Kultur (Mit-Mach-Messe, Produktion von Arbeitsmaterialien, Schülerbücherei, Videogruppe, Geschichtswerkstatt, Schülerband, Lehrerband etc.).

Ferner wurde die „Schulgerichtsbarkeit“ institutionalisiert durch Klassengerichte, Sanktionenkatalog (der dem Prinzip der Wiedergutmachung und der Schulpolis-nützlichen Arbeit folgt) und Streitschlichtergruppe.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Das Projekt zeigt, wie die Herausforderung „Hauptschule“ zum Anlass für einen integrierenden Schulentwicklungsprozess genommen wurde, der sowohl das Schulklima als auch die erzieherische Dimension des Demokratie-Lernens stärkt.
- Im Blick auf die in der praktischen Bildung bekannten Konzepte des „Modell-Lernens“ geht die Schule einen Schritt weiter, indem das Schulleben selbst zum „Modell“ des Lernens von Politik gemacht wird.
- Das Projekt zeigt eine mittel- bis langfristig wirksame Perspektive, die auch für die klassenübergreifende Wahrnehmung des Politik-Lernens förderlich ist.

### **Kontaktadresse**

Gerhart-Hauptmann-Volksschule  
Herr Greßirer  
Gerhart-Hauptmann-Ring 15  
81737 München



Ein Projekt der Schule für Lernhilfe „Lutterbergschule“ Bad Lauterberg (Niedersachsen)

### Das Ergebnis

Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und technisches Personal der Lutterbergschule haben sich verpflichtet, an ihrer Schule alle Formen von Gewalt und Hass zu vermeiden und zu verhindern. Um das zu erreichen, wurde eigens ein Unterrichtsfach „Verhaltenstraining“ eingeführt. Dafür wurde der Schule die Auszeichnung „Schule Ohne Rassismus“ verliehen.

Das Verhaltenstraining wurde auch eingerichtet, um in Blick auf die in Niedersachsen neu eingeführten Kopfnoten ein praktisches Übungsfeld für die damit verbundene Beurteilung von Arbeits- und Sozialverhalten im Zeugnis zu schaffen. Indem die Lutterbergschule ihre Schulorganisation nach dem Subsidiaritätsprinzip und nach dem demokratischen Grundsatz der Mitbestimmung zu gestalten versucht, setzt sie Eckpunkte für ein „demokratisches Schulprogramm“.

### Was wurde getan?

Die Lutterbergschule setzt sich mit den Themen Demokratieerziehung und Gewaltprävention auf dreierlei Weise auseinander:

Zunächst soll die Schulorganisation als Ganzes soweit wie möglich demokratisch gestaltet werden, indem sie zugunsten von Subsidiarität verändert wird. So werden zwei autonome Stufenkonferenzen für die Ober- bzw. Unterstufe eingeführt. Die Schulleitung versteht sich als Service- und Unterstützungsagentur.

Als Reaktion auf die in Niedersachsen eingeführten Kopfnoten und als Beitrag zur Gewaltprävention wird in der Schule ein Verhaltenstraining als integraler Unterrichtsbestandteil in der Oberstufe eingeführt. Da Schüler für jede Note, die sie erhalten, ein fachunterrichtliches Übungsfeld haben, erscheint es der Schule zwangsläufig, auch für die Beurteilung von Arbeits- und Sozialverhalten ein entsprechendes Übungsfeld anzubieten.

Inhaltlich wird der Rahmen für dieses Verhaltenstraining durch die Regeln der Aktion „Schule Ohne Rassismus“ vorgegeben, die für die Bedürfnisse der Schule adaptiert wurden. Gemäß dem Leitsatz „Wir bemühen uns alle Formen von Gewalt und Hass zu vermeiden und zu verhindern“, über dessen Einhaltung alle an der Schule Beteiligten abgestimmt haben, geht es um die Verbesserung von Eigen- und Fremdwahrnehmung bzgl. aller Formen von Gewalt. Hierzu zählen z. B. auch Konflikte zwischen ostdeutschen und westdeutschen Jugendlichen, die sich aus der besonderen Lage der Schule im ehemaligen Grenzgebiet zur DDR ergeben.



Für diese Bemühungen wird der Schule durch die Bundeskoordination des europäischen Projekts „Aktion Courage“ e.V. am 24. September 1999 als erster Niedersächsischer Schule und als bundesweit erster Sonderschule der Titel „Schule Ohne Rassismus“ verliehen.



### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Die Schule beschränkt sich in ihrer Demokratieerziehung nicht auf Einzelaktionen, sondern bemüht sich in einem andauernden Prozess um die demokratische Gestaltung der Schulorganisation.
- Die Schule entscheidet sich für einen kreativen Umgang mit der Notwendigkeit, Arbeits- und Sozialverhalten ihrer Schülerinnen und Schüler zeugnisfähig zu beurteilen.
- Es sollen Normen etabliert werden, die das friedliche Zusammenleben aller regeln.
- In der Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus werden aktuelle Anlässe und Erfahrungen der Schüler aufgegriffen.

### **Kontaktadresse**

Lutterbergschule  
Herr Hagemann  
Bahnhofstraße 10  
37431 Bad Lauterberg

16

## **Erziehung zur Eigenverantwortung**

Ein Projekt der Hauptschule Taufkirchen (Bayern)

### **Das Ergebnis**

Die Hauptschule Taufkirchen arbeitet an ihrem Schulprofil mit dem Ziel, die Eigenverantwortung und das Selbstbewusstsein von Jugendlichen zu stärken und dadurch die Entwicklung von Gewalt und Abhängigkeiten zu vermeiden.

Dabei setzt sie auf ein gutes Schulklima als wirkungsvolles Element der Gewaltprävention. Bausteine hierfür sind u. a. Soziales Lernen, Schulprojekte, Klassenprojekte, ein umfangreiches freizeitpädagogisches Angebot sowie eine aktive Schülermitverwaltung.

### **Was wurde getan?**

An der Hauptschule Taufkirchen lernen und leben ca. 400 Schülerinnen und Schülern gemeinsam mit Lehrenden und Schulsozialarbeitern. Die Schule akzentuiert in ihrem pädagogischen Konzept vor allem die Stärkung der Selbstkompetenz der Schüler. Im Blick auf den Umgang mit

dem Thema Gewalt in der Schule hat dies zur Folge, dass sich Prävention in viele Bereiche des schulischen Lebens erstreckt und sich in einem guten Schulklima äußert. Die Hauptschule Taufkirchen setzt dabei vor allem auf folgende Bausteine:

Soziales Lernen als Bestandteil des Unterrichts findet vom 5. bis zum 9. Jahrgang kontinuierlich aufbauend statt. Dabei werden Themen wie Eigen- und Fremdwahrnehmung, Stärken und Schwächen sowie Kommunikation bis hin zu Elementen aus der Streitschlichterausbildung bearbeitet.

Schulprojekte sind zielgerichtet und fester Bestandteil im Schuljahr. Sie eröffnen Zeit- und Arbeitsräume für die intensivere Beschäftigung mit einem Thema. Ergänzend zu den Schulprojekten finden je nach Situation der Klasse weitere Klassenprojekte statt.

Seit dem Frühjahr 2000 gibt es an der Schule Streitschlichter, die über mehrere Monate für ihre Aufgabe – Mediation bei Streitigkeiten unter Mitschülern – ausgebildet wurden.

Ebenfalls wichtiger Bestandteil des Schulprogramms ist die eigenverantwortliche Arbeit der Schülermitverwaltung (SMV). Um Schüler dazu zu befähigen, werden seit mehreren Jahren Klassensprecherschulungen durchgeführt. Diese führen in die Rechte und Pflichten der SMV ein, vermitteln aber auch Moderations- und Präsentationstechniken. Die SMV erarbeitet Vorschläge zur Gestaltung des Schulalltags z. B. zu Themen wie Pausen- und Pausenhofgestaltung, die anschließend in den Klassen diskutiert werden. Des Weiteren organisiert sie eine Reihe eigener Aktivitäten wie Pausenradio, Fußballturnier, Air-Band-Wettbewerb oder Lesenächte.

Ein vielfältiges Angebot an Förderkursen, Wahlpflichtangeboten, Arbeitsgemeinschaften und anderen Freizeitangeboten machen das Schulleben an der Schule attraktiv.



### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Ein umfassendes Schulprogramm soll begünstigen, dass Gewaltprävention an der Hauptschule nicht in einzelnen Aktionen stecken bleibt, sondern auf mehreren Ebenen ansetzt und auf Nachhaltigkeit orientiert ist.
- Schule wird umfassend als Lern- und Lebensraum verstanden. Ziel soll es also sein, die Lebenskompetenz der Schüler zu stärken um gewalttätigem Verhalten vorzubeugen.
- Das Projekt zeigt eine vielseitige Kombination einzelner Elemente aus Unterricht, Schulleben und Schulklima.

### **Kontaktadresse**

Hauptschule Taufkirchen  
Herr Bachmaier  
Pfarrweg 3  
84416 Taufkirchen

### Das Ergebnis

Die Produktionsschule in Hamburg-Altona bietet Jugendlichen ohne Schulabschluss die Möglichkeit, sich berufsvorbereitende Kenntnisse anzueignen und einen Hauptschulabschluss zu erwerben. Dabei folgt die Schule einem pädagogischen Konzept, das Schulausbildung und Berufsbildung in einem schulischen Lebensraum integriert.

### Was wurde getan?

Im September 1998 nimmt die Kooperative Produktionsschule Altona ihre Arbeit auf. Ihr Ziel ist

es, in einer engen Verbindung von Arbeiten, Lernen und Zusammenleben Jugendlichen berufliche und persönliche Perspektiven zu eröffnen. Nach einem vor allem in Dänemark verbreiteten Vorbild bilden vier Werkstätten, allgemeinbildender Unterricht und Wahlpflichtunterricht den Kern der Ganztagschule. An vier Tagen in der Woche findet in den ersten zwei Stunden Fachunterricht in kleinen Gruppen statt. Nach dem Frühstück, das wie auch das Mittagessen gemeinsam eingenommen wird, erfolgt die Arbeit in den Werkstätten. In Tischlerei, Küche, Werkstatt-EDV und Werkstatt-Medien arbeiten die Jugendlichen unter Anleitung von Fachleuten an Produkten, die in Auftrag gegeben wurden oder frei vermarktet werden. Dafür erhalten die Jugendlichen einen Lohn von 300,- DM im Monat. Die Vermarktung der hergestellten Produkte ist sowohl pädagogisches Element als auch finanzielles Erfordernis: Die Schule, als gemeinnützige GmbH organisiert, muss sich zum Teil selbst finanzieren. Den anderen Teil geben der Hamburger Senat und die Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.



### Best Practice

Beispielsweise:

- Die Produktionsschule ermöglicht Jugendlichen Schulabschluss und Berufsvorbereitung und hilft ihnen so bei der Lebensbewältigung.
- Die Atmosphäre einer Lebensgemeinschaftsschule fördert sowohl die persönliche als auch die fachliche Entwicklung.
- Durch die Herstellung marktfähiger Produkte sind die Jugendlichen aktiv an der Erhaltung der Schule beteiligt und erfahren Verantwortungsbewusstsein und Selbständigkeit.
- Die Schule versucht, durch soziale Probleme gefährdeten Jugendlichen Hilfen zu einem eigenständigen Leben und Wege zu einer beruflichen Praxis zu geben.

### Kontaktadresse

Kooperative Produktionsschule Altona  
Leverkusenstraße 13  
22761 Hamburg

## IV Jugend und Schule

Hier finden sich Projekte von Schulen und anderen Institutionen, die durch ganz unterschiedliche Ansätze gewaltpräventiv wirken wollen. Aufklärung über Ursachen und Folgen von Gewalt, Konfliktschlichtungsprogramme und Möglichkeiten sinnhafter Lebensgestaltung sind Beispiele für die Arbeit dieser Projekte.

18

### Mensch ärgere Dich ...

Ein Projekt des Polizeipräsidiiums Duisburg (Nordrhein-Westfalen)

#### Das Ergebnis

Das Projekt der Arbeitsstelle Prävention des Polizeipräsidiiums Duisburg beruht auf einer Kooperation zwischen Polizei, Jugendamt und dem Verein „resnovae“. Gemeinsam wurde ein Konzept entwickelt, das in Schulen durchgeführt werden kann. Ziel ist es, den Schülerinnen und Schülern anhand von praktischen Erfahrungen aufzuzeigen, wie man Aggressionen nicht eliminieren, sondern in kontrollierte Wahrnehmung, Akzeptanz und in motivierende Kraft umwandeln kann.

#### Was wurde getan?

In enger Zusammenarbeit mit der Polizei sollen die Jugendlichen Konfliktsituationen erfahren, nachvollziehen und erproben. Das Konzept baut auf folgende drei Phasen auf.

1. Phase: „Wut im Bauch“ – In dieser Phase werden sportliche Spiele durchgeführt, die Kooperation unter den Schülerinnen und Schülern verlangen. Anschließend lernen sie bei Sensibilisierungsspielen den Umgang mit eigenen Emotionen wie Vertrauen, Angst und Ohnmachtgefühlen sowie den Umgang mit den Gefühlen ihrer Mitschüler.

2. Phase: „Gewalt(tät)ige Vorurteile“ – Hier wird in einem Planspiel eine konkrete Konfliktsituation aus dem Schulalltag ausgewählt und in anschließender Diskussion versucht, gewaltfrei zu argumentieren und den Konflikt beizulegen. Dabei wird der Umgang mit konfliktschärfenden und konfliktlösenden Kommunikationsbeiträgen geübt.

3. „Staatsgewalt statt Herrschaft der Gewalt“ – In dieser zweitägigen Phase setzen sich die Schülerinnen und Schüler in einem Polizeiausbildungsinstitut mit den Wirkungen des staatlichen Gewaltmonopols auseinander. In Polizeiuniformen werden sie unter Anleitung von Polizeiazubildenden in Rollenspielen mit Konfliktsituationen polizeilicher Alltagssachverhalte konfrontiert. Mit den bereits gewonnenen Erkenntnissen aus den beiden ersten Phasen sollen sich die Jugendlichen in der Rolle der Gewaltbekämpfer deeskalierend gegen die ihnen entgegen gebrachten Aggressionen durchsetzen und gleichzeitig erkennen, dass das staatliche Gewaltmonopol begrenzt und legitimiert ist.



### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Die Schüler lernen in diesem Projekt ihre eigenen Empfindungen einzuschätzen, fremde Gefühle wahrzunehmen und dem Gegenüber zu vertrauen, was gewaltfreies Verhalten ermöglichen soll.
- Zusammen mit den Polizisten und einem Pädagogen werden Probleme des Schulalltags aufgegriffen und der Versuch unternommen, diese gewaltfrei zu lösen.
- Es werden Konfliktsituationen entworfen, in denen die Schülerinnen und Schüler erkennen, was Gewalt für Folgen haben kann. Ihre Aufgabe ist es, diese Konflikte beizulegen, wobei sie ihre Kommunikationsfähigkeit im Schlichtungsprozess üben und erweitern sollen.
- Die Formen und Hintergründe von alltäglicher Gewalt in Familie und Gesellschaft werden den Jugendlichen vor Augen geführt. Sie sollen die Gründe und die Gegenstrategien für erhöhte Gewaltbereitschaft erkennen und erlernen.
- Im Perspektivenwechsel durch die Rollenübernahme werden die Schülerinnen und Schüler mit dem staatlichen Gewaltmonopol konfrontiert und erfahren „Polizei“ nicht als Gegner, sondern als Konsequenz staatlichen Handelns.

### **Kontaktadresse**

Polizeipräsidium Duisburg  
Abteilung Prävention  
Herr Kemper  
Postfach 101509  
47015 Duisburg

19

## **Zivilcourage macht Schule**

Ein Projekt der Gesamtschule Blankenese (Hamburg)

### **Das Ergebnis**

Schülerinnen und Schüler des 9. Jahrgangs der Gesamtschule Blankenese interviewen Menschen, die in schwierigen Situationen Zivilcourage bewiesen haben. Sie erstellen Kurzporträts, erarbeiten eine Präsentation und veröffentlichen die Ergebnisse in einem Buch.



### **Was wurde getan?**

Was ist Zivilcourage und wer besitzt sie? Mit diesen Fragen begeben sich die Schülerinnen und Schüler aller 9. Klassen der Gesamtschule Blankenese in ihrer Heimatstadt Hamburg auf die Suche nach Menschen, die in schwierigen oder konflikträchtigen Situationen Mut bewiesen haben.

Die Jugendlichen interviewen einige der couragierten Mitmenschen, die sie gefunden haben und erstellen Kurzporträts. Beispiele hierfür sind eine Frau, die gegen die Abschiebung einer Ausländerin Partei ergreift, ein spontaner Helfer an einem Unfallort und ein 16-jähriger Türke, der eine Schlägerei zwischen Betrunknen durch sein mutiges Eingreifen verhindern kann.

Dass sie auf so zahlreiche Beweise von Zivilcourage stoßen, zeigt den Schülern, dass die Helden des Alltags überall zu finden sind und dass jeder einzelne die Gelegenheit für Zivilcourage bekommen kann.

Durch das vorbildhafte Verhalten dieser Menschen erfahren sie, dass Zivilcourage mit Verantwortung zu tun hat. Und sie lernen, dass es

Menschen gibt, die ihre eigenen Interessen hinter denen anderer zurückstellen, wenn diese auf ihre Hilfe angewiesen sind.

Die Ergebnisse ihrer Recherchen präsentieren die Jugendlichen im Rahmen einer Festveranstaltung in der Schule. Die schriftlichen Präsentationen veröffentlichen sie anschließend in einem Buch.

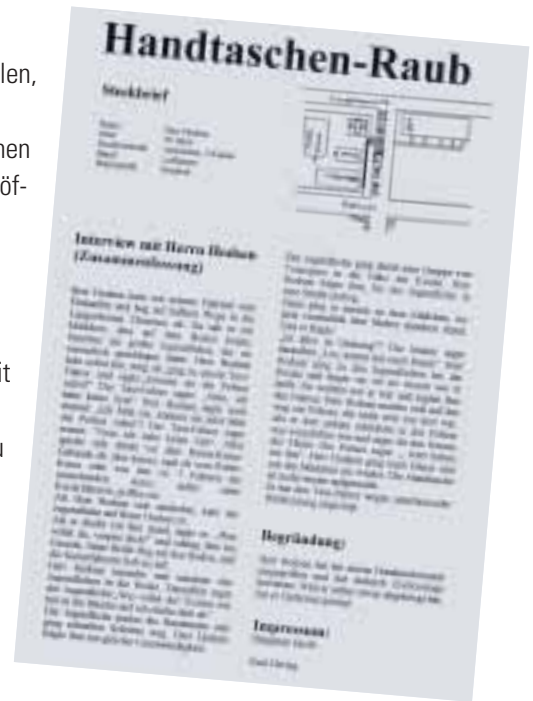
**Best Practice**

Beispielsweise:

- Der Begriff „Zivilcourage“ erhält durch den persönlichen Kontakt mit engagierten Menschen eine erfahrungsbezogene Dimension.
- Jugendliche können lernen, was es bedeutet, Verantwortung für andere zu übernehmen. Sie können erkennen, dass Zivilcourage im Alltag beginnt.
- Die Präsentation der Ergebnisse bezieht die ganze Schule mit ein und wirkt so über die Beteiligten hinaus bis in die regionale Öffentlichkeit.

**Kontaktadresse**

Gesamtschule Blankenese  
 Frahmstraße 15  
 22587 Hamburg



**20 Jugend und Recht**  
 Ein Projekt der Ostschule Heidenheim (Baden-Württemberg)

**Das Ergebnis**

Ziel des Projektes ist es, Jugendlichen die juristischen und gesellschaftlichen Folgen von Gewalt bewusst zu machen. Ihnen wird gezeigt, auf welchem Weg man von der Gewalttat zur Kriminalität kommt und wie der Staat auf Kriminalität reagiert.

Über ein Rollenspiel, soll den Schülerinnen und Schülern realistisch gezeigt werden, welche Bereiche des Staates und der Gesellschaft bei gewalttätigen Straftaten aktiv werden.



**Was wurde getan?**

„Jugend und Recht“ ist ein groß angelegtes Rollenspiel, das von einer konstruierten Gewalttat ausgeht. Es wurde für ein Projekt einer 8. Hauptschulklasse ausgearbeitet, welches fächerübergreifend innerhalb von sechs Wochen durchgeführt wurde. Bei dem Rollenspiel wurde auf die genaue Beschreibung von Tätern, Opfern und Zeugen Wert gelegt. Durch diese Rollendifferenzen sollten die Schülerinnen und Schüler die Vielschichtigkeit der Gewalt als Handlungsform erfahren.

Zu Beginn wurde die Tat mehrmals durchgespielt, wobei alle Jugendlichen einen Rollenwechsel durchliefen. Das eröffnete die Möglichkeit, sich mit dem sozialen Hintergrund der konstruierten Personen zu beschäftigen und daraus Rückschlüsse auf deren Verhalten zu ziehen.



Danach wurde aufgezeigt, welche Folgen Gewalttaten haben können. Dabei wurden staatliche Einrichtungen wie Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgericht, aber auch gesellschaftliche Strategien wie Täter-Opfer-Ausgleich und Bewährungshilfe vorgestellt. Hierzu werden Mitarbeiter dieser Institutionen eingeladen, die ihre Arbeit vorstellten und über ihre Erfahrungen berichteten. Entscheidend ist, dass die kriminelle Tat und deren Konsequenzen im Umfeld der staatlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaft behandelt werden. Um sich damit kritisch auseinanderzusetzen, wurden alle Vorgänge gefilmt, fotografiert und schriftlich dokumentiert.

Das entstandene Material gibt Anlass, nach Verhaltensweisen, Alternativen und Zusammenhängen zu suchen.

### **Best Practice**

Beispielweise:

- Durch die komplexe Darstellung der Folgen einer Gewalttat wird den Jugendlichen bewusst gemacht, dass eine Gewalttat kein Kavaliersdelikt ist und weitreichende Konsequenzen hat.
- Der Kontakt mit externen Partnern macht eine besonders realitätsnahe Behandlung des Themas möglich, die durch praktische Erfahrungen angereichert ist.
- Da die Arbeit im Projekt fächerübergreifend und langfristig ist sowie die Zusammenarbeit vom Lehrenden, Schülerinnen und Schülern und außerschulischen Partnern gefördert wird, verbessert das Projekt auch die Qualität der Schule.

### **Kontaktadresse**

Ostschule  
mit Werkrealschule  
Herr Krieger  
Ostplatz 1  
89522 Heidenheim

21

## Jugend gegen Gewalt

Ein Projekt der FOS DR. Rahn und Partner Fürstenwalde (Brandenburg)



### **Das Ergebnis**

Als Reaktion auf die vermehrt auftretenden Gewalttaten gegen Ausländer erarbeitete die Schule ein Programm, das durch vielfältige Angebote in verschiedenen schulischen und außerschulischen Bereichen eine Auseinandersetzung mit Gewalt und Rassismus ermöglicht. Dabei schließt sie an eine vorhandene Infrastruktur und seit Anfang der 90er Jahre vorliegende Erfahrungen mit Gewaltprävention durch Jugendsportangebote an.

### **Was wurde getan?**

Das Projekt „Jugend gegen Gewalt“ ist eine schulübergreifende Initiative. Auslöser waren die seit der Grenzöffnung zu Polen vermehrt aufgetretenen ausländerfeindlichen Gewalttaten in Frankfurt/Oder, von der auch eine Frankfurter Realschule betroffen war.

Das Projekt möchte durch Verständigung und Miteinander die Neigung zu Aggression und Gewalt mindern. Eigene Erfahrungen in beobachteten und erlebten Gewaltsituationen werden



sowohl im Fach Politik, im Sport als auch in der gemeinsamen Freizeit thematisiert. In einem Tutorsystem übernehmen Jugendliche Verantwortung für den Aufbau und die Gestaltung des Projektes.

Inzwischen ist das Projekt „Jugend gegen Gewalt“ weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt und anerkannt.

An der Rahnschule in Fürstenwalde gründeten Projektmitglieder am 17./18.11.2000 ein „Aktionsbündnis – Jugend gegen Gewalt – Land Brandenburg“. Dadurch werden landesweite Antigewaltmaßnahmen von Fürstenwalde aus geplant und koordiniert. Der diesjährige Höhepunkt der Projektarbeit ist die Aktion „Sternfahrt und Rockkonzert gegen Gewalt“ am 19.5.2001. Jugendliche aus über 30 Städten und Gemeinden nehmen teil.

Die gesamte Projektarbeit ist ehrenamtlich, es entstehen also kaum Kosten. Inzwischen beteiligen sich ca. 750 Kinder und Jugendliche aus Frankfurt/Oder, Fürstenwalde, Bad Saarow, Jacobsdorf, Petersdorf und dem Randgebiet von Berlin an der Projektarbeit.



**Best Practice**

Beispielsweise:

- Die große Zahl an Angeboten ermöglicht die Einbeziehung vieler Jugendlicher entsprechend ihrer Interessenlage.
- Durch die Verankerung des Programms im kommunalen Umfeld wirkt es über die Schule hinaus und beeinflusst auch andere Teile der jugendlichen Lebenswelt.
- Die Betreuung vieler Angebote durch ehrenamtlich Tätige stellt eine weitere wichtige Verbindung von Schule und Gemeinde dar.
- Das Projekt zeigt beispielhaft, wie Gewaltescheinungen einerseits durch Sport- und Spielangebote, andererseits durch die Ergänzung solcher Angebote mit selbstverantworteter Gruppenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit konstruktiv gewendet werden können.
- Das Projekt zeigt zwischenzeitlich eine anhaltende Stabilität durch seine Infrastruktur und die öffentliche Anerkennung.

**Kontaktadresse**

FOS Dr. Rahn und Partner  
Goetheplatz 15a  
15517 Fürstenwalde

**22 Gewalt unter uns**  
Ein Projekt der Staatlichen Regelschule „Südstadtschule“ Saalfeld (Thüringen)

**Das Ergebnis**

90 Schülerinnen und Schüler der „Südstadtschule“ Saalfeld arbeiten fächerübergreifend zu Formen und Ursachen von Gewalt in der Gesellschaft. Es entstehen u. a. Schauspielszenen, Vorträge und eine Ausstellung.

**Was wurde getan?**

Das Projekt „Gewalt unter uns“ steht in einer mehrjährigen Tradition von Projektunterricht zur Gewaltproblematik. Im Mittelpunkt des aktuellen Projektes steht die Suche nach Formen und





Ursachen der Gewalt und nach Möglichkeiten gewaltfreier Handlungsformen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Geschichte des Antisemitismus und dessen aktuelle Erscheinungsformen.

Da das Projekt fächerübergreifend angelegt ist, beziehen die Arbeitsgruppen Inhalte der Fächer Deutsch, Geschichte, Sozialkunde, Sozialwesen, Kunst-erziehung, Biologie und Sport in ihre Arbeit ein. Sie befragen außerschulische Experten und entwickeln einen Dia-Ton-Vortrag. Ein Schwerpunkt des Projektes ist die künstlerisch-ästhetische Auseinandersetzung mit der Gewaltproblematik: In drei Schauspielenszenen werden verschiedene Entstehungsformen von Gewalt beschrieben.

Bei der Abschlusspräsentation werden eine Ausstellung mit den Arbeitsergebnissen eröffnet und die Szenen öffentlich aufgeführt.

Unterstützt wurde das Projekt durch die Robert Bosch Stiftung und das Rudolstädter Theater.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- „Gewalt unter uns“ zeigt die vielfältigen Möglichkeiten einer projektorientierten Arbeit zur Gewaltproblematik.
- Die lange Tradition solchen Arbeitens bietet eine breite Erfahrungsbasis als Ausgangspunkt für neue Projekte.
- Im Zentrum der Arbeit stehen die besonderen Interessen und Fähigkeiten der beteiligten Jugendlichen.
- Das Projekt zeigt einen interessanten Ansatz, in dem verschiedene Partner einer mittleren Kleinstadt mit bekannt hohem Gewaltpotenzial zusammenwirken: Schule, Stiftungen, kommunale Kultureinrichtungen.

### **Kontaktadresse**

Staatliche Regelschule „Südstadtschule“  
Richterstraße 12  
07318 Saalfeld

23

## **Fair Play**

Ein Projekt der Integrierten Gesamtschule Rostock-Schmarl  
(Mecklenburg-Vorpommern)

### **Das Ergebnis**

An der Integrierten Gesamtschule in Rostock-Schmarl wird eine Mediatorengruppe aufgebaut, die die Aufgabenfelder Streitschlichtung und Schülersprecher miteinander verbindet.

### **Was wurde getan?**

In Zusammenarbeit zwischen einer Beratungslehrerin und einer Sozialpädagogin wird eine Ausbildung von Schülerinnen und Schülern zu Streitschlichtern aufgebaut. In Seminaren außerhalb der Schule werden die Jugendlichen in den Themenbereichen Selbstwahrnehmung, Kommunikation und Mediation ausgebildet.

Eine Weiterentwicklung des Konzepts stellt die Verbindung der Streitschlichterausbildung mit der Funktion der Schülersprecher dar. Auf diese Weise soll die Zusammenarbeit der beiden



Gruppen intensiviert und für eine stärkere Beteiligung der Schülerinnen und Schüler an der Schulgestaltung nutzbar gemacht werden. Unterstützt wird die Schule dabei von der RAA Rostock.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Durch den Einsatz von Streitschlichtern können Konflikte an der Schule früher erkannt und effektiver gelöst werden. Eine Verbesserung des Schulklimas ist die Folge.
- Schülermediations- und Streitschlichterkonzepte verlagern die Verantwortung für Belange des sozialen Umgangs und Klimas auf die Ebene der Jugendlichen selbst.
- Die ausgebildeten Jugendlichen erfahren Verantwortung und Vertrauen und zeigen anderen neue Möglichkeiten der Konfliktbewältigung.
- Die Verbindung der Aufgaben von Schlichtern und Schülersprechern erhöht die Mitverantwortung und Mitbestimmung der Jugendlichen bei der Schulgestaltung.

### **Kontaktadresse**

Gesamtschule Schmarl  
Stephan-Janzen-Ring 5/6  
18106 Schmarl

24

## **Power-Tours**

Ein Projekt der Friedrich-Ebert-Mittelschule Hoyerswerda (Sachsen)

### **Das Ergebnis**

Seit 1995 gibt es an der Friedrich-Ebert-Mittelschule Hoyerswerda das 1. Sächsische Schülerreisebüro „Power-Tours“. Die Schülerfirma vermittelt und organisiert Schulfahrten, Exkursionen und Reisen für Klassen, Kinder- und Jugendgruppen und Lehrer.

### **Was wurde getan?**

Im Rahmen des vom Land Sachsen geförderten Modellversuchs „Erziehung zu Eigeninitiative und Unternehmergeist“ entstand mit Unterstützung der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung im April 1995 das 1. Sächsische Schülerreisebüro „Power-Tours“. Die nach den Prinzipien einer GmbH aufgebaute Schülerfirma vermittelt und organisiert alle Arten von Reisen und Ausflügen für Schulklassen, Kinder- und Jugendgruppen und Lehrer.

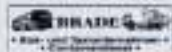
In den Firmenbereichen Organisation, Werbung, Computer, Videoabteilung und Sekretariat arbeiten Schülerinnen und Schüler der Klassen



Power - Tours  
ist  
der Partner  
für  
Schulsausflüge,  
Klassenfahrten,  
Exkursionen,  
Wandertage!

Unsere Partner sind:

Christian Brade



Auch Sie können unser Partner oder Sponsor werden.

### Firmenstruktur



**Ihre Wünsche an uns!:**

Wir organisieren für Sie:

- \* Übernachtung / Verpflegung
- \* Busfahrten / Zugverbindungen
- \* Programme
- \*Sonderwünsche zum kleinsten Preis

Sie bekommen bei uns das komplette Paket, zahlen bei uns, und wir wünschen Ihnen eine „Gute Reise“.

Starke Ausflüge zum kleinsten Preis - Power - Tours ist wirklich heiß!

5–10. Obwohl der Modellversuch 1997 endete, beschlossen die Mitarbeiter, „Power-Tours“ weiterzuführen. Die steigende Auftragszahl von Schulen und Privatpersonen bestätigt diese Entscheidung. Unterstützung erhält „Power-Tours“ von der RAA Berlin.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Das Projekt gibt Jugendlichen die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und interessenbezogen zu arbeiten: Schülerreisen von „Power Tours“ sind eben auch von Schülerinnen und Schülern gestaltete und organisierte Unternehmen.
- Sie machen praktische, berufsvorbereitende Erfahrungen in den Bereichen: Disposition, Buchführung, Organisation von Dienstleistungen, Werbung etc.
- Das Projekt trägt durch seine betriebsähnliche Struktur tendenziell zu einer Verbesserung der Zukunftschancen der Jugendlichen bei.

### **Kontaktadresse**

Friedrich-Ebert-Mittelschule  
L.-Herrmann-Straße 78a  
02977 Hoyerswerda

25

## Sprache – Brücke zum Miteinander

Ein Projekt des Deutschen Kinderschutzbundes e.V., Ortsverband Westkreis Offenbach (Hessen)

### **Das Ergebnis**

Das Projekt „Sprache – Brücke zum Miteinander“ wird im Rahmen der DAPHNE – Initiative von der Europäischen Union gefördert. Der DKSB Westkreis Offenbach e.V. arbeitet dabei zusammen mit europäischen Schulen, einer wissenschaftlichen Begleitung und anderen Jugendhilfeeinrichtungen. Gemeinsames Ziel ist es, den Einfluss der Sprache auf die Entwicklung von Gewalt zu untersuchen.

### **Was wurde getan?**

Das Projektteam geht davon aus, dass mangelnde Sprachkenntnisse bis hin zur Sprachlosigkeit bedeutende Elemente auf dem Weg zur Gewalt sind. Das Projekt zielt deshalb darauf ab, Jugendliche in ihrer Wahrnehmung von Sprache zu sensibilisieren und die Sprachkompetenz zu fördern.

Ausgangsbasis war eine Fragebogenerhebung bei Schülerinnen und Schülern und Eltern. Das Thema wurde in Kommunikationstrainings, Theaterworkshops und geschlechtsspezifischen Gruppenangeboten bearbeitet.

Es wurden Videos, Web-Seiten, Plakate und Dokumentationen erstellt. Die anschließende Evaluation belegt positive Auswirkung der Projektarbeit auf die Konfliktbewältigung und den Einsatz von Sprache.

### **Best Practice**

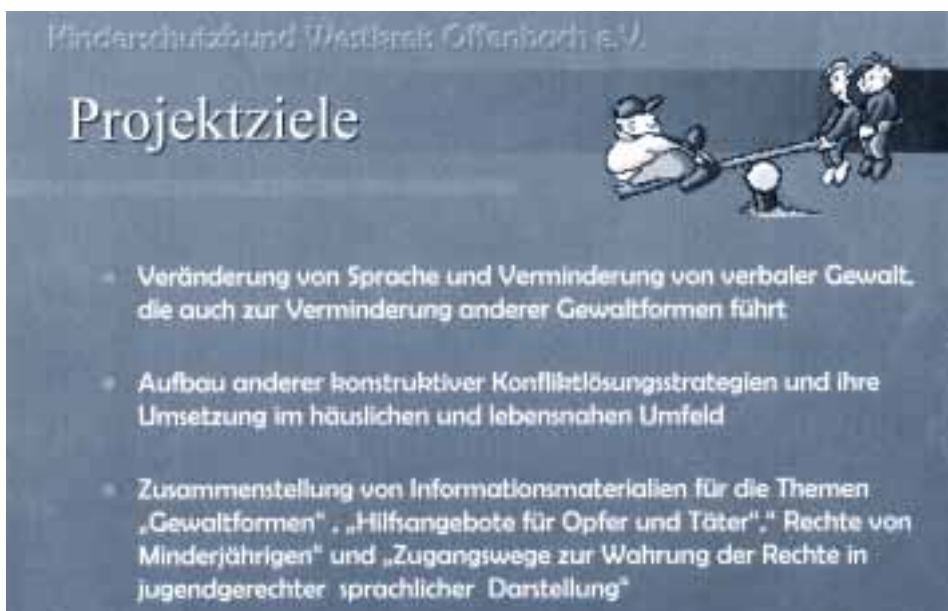
Beispielsweise:

- Die Bedeutung der Sprache im Kontext der Gewalt wird genau untersucht. Dabei wird besonders darauf eingegangen, wie durch Sprachsensibilisierung und Sprachkompetenz Gewaltpotenziale verringert werden können. Die bewusste Nutzung der Sprache in Konfliktsituationen soll erforscht und trainiert werden.
- Die multikulturelle Schülerschaft an der deutschen Schule und die enge Zusammenarbeit mit mehreren europäischen Schulen macht eine Übertragung des Ansatzes in verschiedene Kulturen, Länder und Sprachen möglich.
- Dadurch können die SchülerInnen ihre Arbeiten und Ergebnisse in kulturellen Kontexten vergleichen.



### **Kontaktadresse**

Deutscher Kinderschutzbund e.V.  
Ortsverband Westkreis Offenbach  
Frau Bondaug  
Wiesenstraße 5  
63225 Langen



**Das Ergebnis**

In Zusammenarbeit des Jugend- und Stadtteilzentrums Burgtor, dem Runden Tisch der Innenstadt Lübeck, dem Jugendaufbauwerk, der Behrend-Schröder-Schule und der Erzieherfachschule entstand eine Stadt für Kinder. In dieser „Kidsstadt“ setzen sich Kinder aktiv mit der Realität des Alltags auseinander, d. h. sie arbeiten, übernehmen verschiedene Aufgaben, entwickeln eigene Initiativen und lernen auf spielerische Weise Rollen zu übernehmen, wie sie in einer kommunalen Gemeinschaft zu finden sind.

Dabei lernen sie mit sozialen, ökonomischen und politischen Gegebenheiten umzugehen. Sie sollen zugleich ihren Lebensraum kennenlernen, ihn aber auch gestalten und verändern. Das Miteinander-Leben kann den sozialen Umgang der Kinder fördern und sie in demokratische Prozesse einer Gemeinschaft einführen.

**Was wurde getan?**

Die Kidsstadt ist eine Stadt für Kinder zwischen 8 und 13 Jahren. Mit Hilfe der Kooperationspartner und Schülerinnen und Schüler wurde das vorgesehene Gelände vermessen, Häuser entworfen, Geldnoten gestaltet, ein Bau- und Stadtplan angefertigt, Spielregeln entwickelt und vieles mehr. Damit war die Stadt eröffnet. Es gab klar definierte Funktionsräume (Arbeitsstätten, Geschäfte, Straßen, Schulen, Fabriken, Dienstleistungsbetriebe, Verwaltungseinheiten usw.) Die Kinder, die in der Kidsstadt „leben“ wollten, mussten sich im Rathaus anmelden. Dort bekamen sie einen Ausweis und wurden auf das Arbeitsamt geschickt. Denn wer in der Stadt leben wollte, musste auch arbeiten. Für ihre Arbeit bekamen sie Lohn, für den sie, nach Abzug der Lohnsteuer, Dinge kaufen oder ihr Geld anlegen konnten. Mit einer Gewerbesteuer wurde es anderen Betrieben (z. B. Post) ermöglicht zu überleben. Für Unstimmigkeiten gab es ein Gericht und die Stadtverwaltung.

**Best Practice**

Beispielsweise:

- Durch das Leben und Arbeiten in der Kidsstadt bekommen die Kinder einen Eindruck von dem Alltag, den demokratischen Vorgängen und den bürokratischen Abläufen in einer Stadt. Spielerisch erleben und erlernen sie die Zusammenhänge der Lebens- und Arbeitsbereiche.
- Das Miteinander-Leben in der Stadt fördert den sozialen Umgang der Kinder untereinander. Sie müssen auf den anderen Rücksicht nehmen und lernen trotzdem, sich selbst zu verwirklichen. Sie erfahren ihr eigenes Recht, aber auch das Recht des Anderen und der Stadt als Institution. Beim Leben in der Stadt werden sie zwangsläufig mit Konflikten konfrontiert, die sie eigenständig lösen müssen. Auf diese Weise lernen sie Verantwortung und Selbstbehauptung.

**Kontaktadresse**

Hansestadt Lübeck  
Bereich 4.513 Jugendamt  
Stadtteilzentrum Burgtor  
Frau Borck  
Große Burgstraße 2  
23552 Lübeck

### Das Ergebnis

In Zusammenarbeit mit dem Freiwilligen-Zentrum Dillenburg vermittelt die Schule ehrenamtliche Tätigkeiten an Schülerinnen und Schüler. Die Arbeit in sozialen Einrichtungen und bei hilfebedürftigen Personen wird sozialpädagogisch begleitet und in einem Wahlpflichtfach unterrichtlich aufgearbeitet.

### Was wurde getan?

Ausgangspunkt des Projektes war eine Informationsveranstaltung des Freiwilligen-Zentrums über das Ehrenamt und ehrenamtliche Tätigkeiten vor Ort, die auf großes Interesse bei den Schülerinnen und Schülern stieß. In Zusammenarbeit mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen und Lehrenden entstand Anfang 2000 an der Schule eine Projektgruppe, die mit Unterstützung von bspw. Kindergärten und Seniorenheimen der Region Arbeitsaufträge einwirbt. Die Aufnahme der Ehrenämter wird durch Sozialpädagogen des Freiwilligen-Zentrums begleitet, die sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Auftraggeber beraten. Derzeit sind ca. 100 Schülerinnen und Schüler der Klassen 7 bis 10 als Helfer eingetragen.

Zugleich wurde an der Schule ein Wahlpflichtkurs „Schüler helfen“ eingerichtet, in dem ältere Jugendliche Medien entwickeln, um der nachrückenden Schülergeneration das Projekt vorzustellen. In diesem Kurs soll zudem auch die kritische Reflexion der Erfahrungen mit diesem Engagement stattfinden.

Das Ziel der Schule ist es, Jugendliche durch die Übernahme von Verantwortung für eigenständige Arbeit in ihrem positiven Verhalten zu stärken und u. a. „schwierigen“ Jugendlichen Möglichkeiten für positive Leistungen und Erfahrungen zu geben.



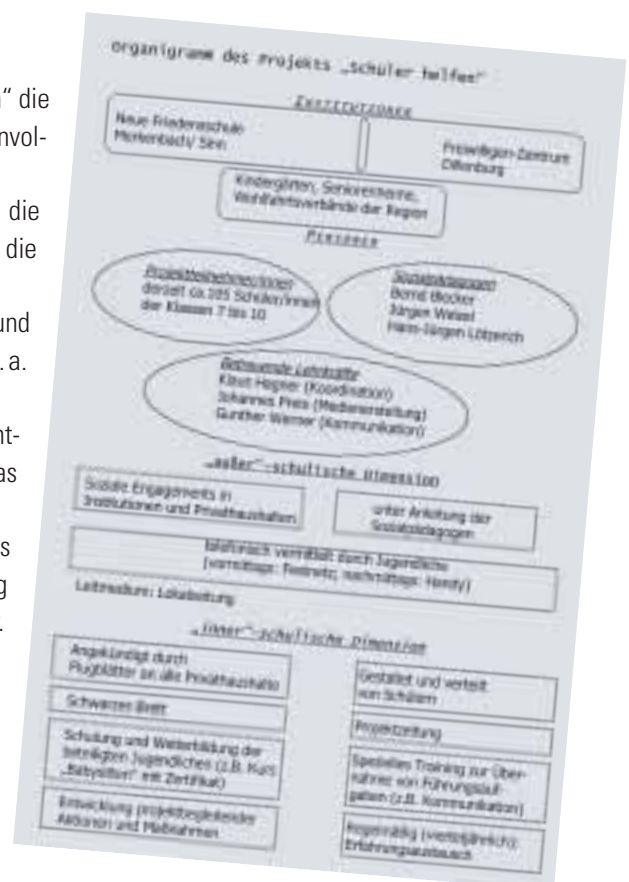
### Best Practice

Beispielsweise:

- Durch die Übernahme von Verantwortung stärkt „Schüler helfen“ die Selbstkompetenz von Jugendlichen und zeigt Möglichkeiten sinnvoller Lebensgestaltung.
- Das Projekt stärkt sowohl die Felder sozialer Arbeit, in denen die Jugendlichen tätig werden, als auch die Jugendlichen selbst, die positive Erfahrungen mit einer sozialen Tätigkeit machen.
- Das Projekt stützt die Entwicklung von Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein durch die Erfahrung und Anerkennung u. a. durch die Menschen, denen praktisch geholfen wird.
- Indem Ehrenamt und Schule miteinander verbunden werden, entsteht der berechtigte Anspruch, durch soziale Erfahrungen das Schulleistungsverhalten verbessern zu können.
- Ehrenamt und ehrenamtliche Tätigkeitsfelder werden zum Anlass des Lernens auch in der Schule. Hier wird für positive Leistung und Erfahrungen ein Element von Community Education sichtbar.

### Kontaktadresse

Neue Friedensschule Merkenbach  
Herr Gunter Werner  
Schulstraße  
35745 Herborn-Merkenbach



## V Portal! Programme, Projekte, Netzwerke, Angebote, Hilfen, Unterstützung

In dieser Kategorie werden Projekte außerschulischer Träger vorgestellt, die demokratiepolitische und gewaltpräventive Programme für Jugendliche innerhalb und außerhalb der Schule entwickelt haben. Sie bieten als Partner Trainingsprogramme, Möglichkeiten künstlerischer Auseinandersetzung oder Hilfe bei der Umsetzung eigener Ideen an. Ergänzt wurde diese Kategorie auf der Ausstellung durch eine von uns zusammengestellte Sammlung interessanter Unterstützungssysteme, Wettbewerbe und Netzwerke.

28

### Drehbuchwettbewerb zum Thema „Gewalt an Schulen“

Ein Projekt der TV- und Filmproduktion Lorth Gessler Mittelstaedt Konstanz (Baden-Württemberg)



#### **Das Ergebnis**

Die TV- und Filmproduktion Lorth Gessler Mittelstaedt schreibt einen Drehbuchwettbewerb für Jugendliche aus. Schülerinnen und Schüler bzw. Schulen, die sich am Wettbewerb beteiligen, haben die Aufgabe, sich mit einer Gewaltsituation in der Schule auseinanderzusetzen und diese in Form eines Drehbuches niederzuschreiben.

#### **Was wurde getan?**

Die TV- und Filmgesellschaft hat durch Plakate und Internetseiten Schulen dazu aufgerufen, sich an einem Drehbuchwettbewerb zu beteiligen. Auf einer umfangreichen Internetseite geben sie umfassende Hinweise zum Schreiben eines Drehbuches. Schülerinnen und Schüler bzw. Schulen sollen sich mit Gewalt an der Schule auseinandersetzen. Ob sie die Geschichte, die sie schreiben, auf eigenen Erfahrungen basieren lassen oder eine fiktive Handlung erfinden, ist ihnen selbst überlassen. Jedoch müssen sich die Jugendlichen in beiden Fällen in die Rolle der betreffenden Personen hineinversetzen. Das bedeutet, sie müssen sich intensiv sowohl mit der Täter- als auch der Opferperspektive auseinandersetzen, wobei darauf geachtet werden soll, Hintergründe und Tatmotive zu erfassen.

Die Umsetzung und Bearbeitung des Themas ist sehr unterschiedlich. Sowohl einzelne Schüler als auch ganze Klassen haben Drehbücher eingesandt. Eine Jury wählte im Anschluss daran das Drehbuch aus, das umgesetzt und als Lehrfilm den Schulen zur Verfügung gestellt wird. Andere Drehbücher werden im Internet veröffentlicht.

#### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Das Medium Film hat sowohl im kreativen Bereich als auch bei der Motivation der Schüler eine besondere Wirkung und begegnet dem Thema Gewalt auf eine Weise, die bei Jugendlichen eine vielfältige Beschäftigung mit der Problematik auslösen kann.



- Die Schülerinnen und Schüler werden beim Schreiben des Drehbuchs dazu angeregt, sich in die Perspektive der handelnden Personen hineinzusetzen und einen eigenen Standpunkt zu deren Handlungen zu entwickeln. Das bedeutet eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema „Gewalt in der Schule“.
- Modernität, Kreativität und die besondere Einbeziehung des Mediums Film zeichnen das Projekt aus. Solche Projekte in den Unterricht zu integrieren, kann zur Schulqualität beitragen.

### **Kontaktadresse**

Lorth Gessler Mittelstaedt  
 TV- und Filmproduktion  
 Herr Lorth, Herr Naefken, Herr Mittelstaedt  
 Technologiezentrum Blarerstraße 56  
 78462 Konstanz

## 29

### **Hauen ist doof**

Ein Projekt des Vereins für Gewaltprävention „HiD – HAUEN ist DOOF“ Jena (Thüringen)

#### **Das Ergebnis**

Der Verein für Gewaltprävention in Jena macht mit seinem Projekt „Hauen ist doof“ Kinder im Grundschulalter mit friedfertigen Formen des sozialen Umgangs bekannt und bemüht sich, ihre Fähigkeit zu einem freundlich-friedlichen Miteinander zu entwickeln. Rollenspiele und der Friedenstisch zählen u. a. zu den Trainingsformen, die Gewaltbereitschaft unter Schulkindern eindämmen sollen.

#### **Was wurde getan?**

„HiD – HAUEN ist DOOF“ ist ein Jenaer Verein, der sich mit Gewaltprävention beschäftigt und seit über einem Jahr mit Grundschulkindern Strategien zur Konfliktbewältigung erarbeitet. Er vermittelt Grundlagen zum Erlernen sozialer Kompetenzen wie Rücksichtnahme, Hilfsbereitschaft, gegenseitige Toleranz und Akzeptanz. Sein Angebotsspektrum erstreckt sich zudem auf entsprechende Weiterbildungskurse für Erwachsene.

Die Kinder lernen in wöchentlichen Projektstunden ihre Selbstwahrnehmung zu schulen, Entspannungstechniken in stressgeladenen Phasen anzuwenden, eigene Gefühle mitzuteilen und fremde zu respektieren sowie den Umgang mit Konflikten zu erproben. Dies alles geschieht in entspannter Atmosphäre, in der Lernprozesse vorwiegend in der Vermittlung über Spiel und Spaß stattfinden.

In ihren Zusammenkünften am „Friedenstisch“ und auch im „Ich-sag-dir-was-Spiel“ trainieren die Kinder vor allem ihre Kommunikationsfähigkeit. Szenische Spiele bieten ihnen die Möglichkeit, die Wahrnehmungsposition zu wechseln, sich in die Situation eines Anderen einzufühlen und Lösungsstrategien für Konflikte zu entwickeln.



### Best Practice

Beispielsweise:

- Das Projekt hilft Grundschulkindern sowohl eine bewusste Selbstwahrnehmung zu entwickeln als auch die Fähigkeit herauszubilden, die Gefühlswelt anderer wahrzunehmen, zu akzeptieren und zu respektieren.
- In der Kontinuität wöchentlicher Zusammenkünfte entsteht eine vertrauensvolle Atmosphäre, die zur Grundlage für das Kernanliegen des Projekts wird: die Entwicklung von Empathie, von Kommunikationsfähigkeit und gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien.
- In spielerischer Auseinandersetzung trainieren die Kinder den Umgang mit Konflikten und entwickeln ihre sozialen Kompetenzen. Das Projekt ist ein Beitrag zum angemessenen Verstehen anderer Positionen, der Verständigungsfähigkeit und der Gewaltfreiheit.

### Kontaktadresse

Hid – HAUEN ist DOOF  
Verein für Gewaltprävention  
Frau Beeker  
Thomas-Mann-Straße 25  
07743 Jena

30

## Konfliktlotsen

Ein Projekt der Mediationsstelle Brückenschlag e.V. Lüneburg  
(Niedersachsen)



### Das Ergebnis

Die Mediationsstelle Brückenschlag e.V. ist eine gemeinwesenorientierte Einrichtung zur Beilegung von Alltagsstreitigkeiten. Der Verein versucht u. a. eigenverantwortliches Handeln und gemeinschaftsfähiges Verhalten von Jugendlichen zu fördern. Durch soziales Lernen soll ein Beitrag zur Gewaltprävention geleistet werden.

### Was wurde getan?

Ausgebildete Fachkräfte suchen den Kontakt mit Schulen, bauen aber auch im außerschulischen Bereich Kontakte auf. Seit 1997 führen sie gemeinsam mit Schulen Konfliktlotsentraining- und Mediationsseminare durch. Es werden motivierte Schülerinnen und Schüler gesucht, die einen Schnupperkurs

von acht Stunden belegen. Bleibt ihr Interesse erhalten, folgt ein Intensivkurs von fünf Tagen in einem Landschulheim.

Ihre weitere Tätigkeit ist dann durch die Mediationsarbeit an ihrer Schule gekennzeichnet. Um Streitigkeiten an der Schule schlichten zu können, wurde ihnen ein Gesprächszimmer zur Verfügung gestellt. Die betreuenden Lehrerinnen und Lehrer begleiten die Konfliktlotsen im Rahmen der Mitarbeit in einer AG und durch Elemente der Supervision.

Eine PR-Arbeitsgruppe, die aus Jugendlichen besteht, begleitet dieses Projekt. Sie versuchen die Arbeit in der Schule und außerhalb bekannt zu machen und ihr Anerkennung zu verschaffen. Mehrmals trifft man sich mit anderen Konfliktlotsen aus Schulen, die mit Brücken-



schlag e. V. Projekte durchführen oder durchgeführt haben. Großen Wert legen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Vereins auf die Einbindung der Aktionen in das Schulleben, so dass eine langfristig angelegte und umfassende Arbeit möglich ist.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Der Verein bietet eine durchgeplante und anpassungsfähige Methode zur Gewaltprävention und Demokratieerziehung an.
- Die Schülerinnen und Schüler erlernen Handlungsweisen, mit denen sie Konflikte lösen können. Ihnen werden Alternativen zur Gewaltanwendung zugänglich gemacht.
- Bedeutsam ist die Einbindung der Schule in das Projekt und die Zusammenarbeit mit Lehrenden. Diese können an einer Streitschlichter- und Mediatorenausbildung teilnehmen.
- Das Projekt ist eine freiwillige Initiative auf Vereinsbasis und arbeitet sowohl mit Schulen als auch mit Trägern der Jugendarbeit zusammen.

### **Kontaktadresse**

Brückenschlag e. V.  
Frau Harms  
Am Sande 50  
21335 Lüneburg



## **FAUSTLOS**

Ein Projekt des Universitätsklinikums Heidelberg (Baden-Württemberg)

### **Das Ergebnis**

FAUSTLOS ist ein schul- und jugendbezogenes Curriculum zum Umgang mit Gewalt und Konflikten.

Von November 1998 bis Dezember 2001 wird FAUSTLOS in einem Modellprojekt des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg an 14 Heidelberger und Mannheimer Grundschulen eingesetzt. Die dann vorliegenden Erfahrungen und die Ergebnisse der begleitenden Evaluationsstudie geben die Grundlage für die dann anstehende Entscheidung, ob und wie FAUSTLOS landes- bzw. bundesweit eingesetzt wird.

### **Was wurde getan?**

Zu Beginn des Projektes wurden die amerikanischen Originalmaterialien (SECOND STEP) formal überarbeitet, um sie an die Bedürfnisse deutschsprachiger Lehrerinnen und Lehrer anzupassen. Die drei Einheiten des Curriculums – Empathietraining, Impulskontrolle, Umgang mit Ärger und Wut – und die dazugehörigen Lektionen blieben unverändert erhalten. Anschließend wurden in enger Zusammenarbeit mit den Oberschulämtern Mannheim und Heidelberg 21 Schulen als Experimentalgruppe und sieben Schulen als Vergleichsgruppe ausgewählt.

Die Lehrerinnen und Lehrer in der Experimentalgruppe, in der FAUSTLOS durchgeführt wurde, nahmen vorab an einem zweitägigen FAUSTLOS-Training teil, in dem sie intensiv auf das Unterrich-

**Der Aufbau des Curriculums im Überblick**

Einheiten	Lektionen		
	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse
Einheit I <b>Empathietraining</b>	1 - 7	8 - 12	13 - 17
Einheit II <b>Impulskontrolle</b>	1 - 8	9 - 14	15 - 19
Einheit III <b>Umgang mit Ärger und Wut</b>	1 - 7	8 - 11	12 - 15
Insgesamt	22	15	14

Pro Woche wird eine Lektion durchgeführt



ten der Lektionen vorbereitet wurden. Während der dreijährigen Durchführungsphase wurden die Lehrerinnen und Lehrern in regelmäßigen Abständen durch Supervision begleitet.

Im Sommer 2001 werden die für den Unterricht benötigten Materialien (Handbuch, Anweisungsheft, Fotofolien) beim Hogrefe-Verlag veröffentlicht. In diese Materialien wurden zahlreiche Rückmeldungen und Verbesserungsvorschläge der Projektverantwortlichen eingearbeitet.

Die Effektivität von FAUSTLOS wird in einem vier Messzeitpunkte umfassenden Längsschnitt überprüft. Als Maßstäbe für die Effektivität des Curriculums wurden sowohl das Verhalten als auch das Erleben der Kinder erhoben. Zu diesem Zweck wurden neben den Kindern auch die Eltern und Lehrer befragt. Die endgültigen Ergebnisse der Evaluationsstudie werden mit Abschluss des Modellprojektes Ende 2001 vorliegen.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- FAUSTLOS ist mehr als Prävention, da allgemeine soziale Verhaltensfertigkeiten gelernt und geübt werden. Das Programm richtet sich an alle Kinder einer Klasse, so dass potenzielle Täter und potenzielle Opfer profitieren und niemand stigmatisiert wird.
- FAUSTLOS verstärkt die erzielten Verhaltensänderungen durch seine kontinuierliche Anwendung und die Betonung des Transfers in den Alltag. Es zeichnet sich durch eine gute didaktische Aufbereitung und die Systematik der aufeinander aufbauenden Lerneinheiten aus.
- Dabei werden die entwicklungspsychologischen Veränderungen im Kindesalter durch die altersspezifischen Lektionen berücksichtigt und entwicklungspsychologische Forschungsbefunde zu den Ursachen von aggressivem Verhalten einbezogen.

### **Kontaktadresse**

Universitätsklinik Heidelberg  
Herr Schicke  
Bergheimer Straße 45  
69115 Heidelberg

32

## **Wer, wenn nicht wir?**

Ein Projekt von Silvia Izi, Ludwigshafen a.R. (Rheinland-Pfalz)



### **Das Ergebnis**

Die Grafikerin Silvia Izi fordert Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland auf, Bilder gegen Rassismus und Gewalt zu malen. Sie sammelt die Produktionen, prämiert zusammen mit einer Jury die besten Beiträge und führt Ausstellungen durch.

### **Was wurde getan?**

Seit 1992 sammelt die Grafikerin Silvia Izi unter dem Motto „Wer, wenn nicht wir?“ Schülerbilder gegen Gewalt und Rassismus. Sie fordert Schülerinnen und Schüler auf, zu diesen Themen künstlerisch zu arbeiten, wobei alle künstlerischen Techniken zugelassen sind. Eine Jury wählt die besten Bilder aus, die anschließend zusammen mit schon vorhandenen ausgestellt werden. Die Ausstellung ist von Anfang an als Wanderausstellung konzipiert, das heißt, sie wächst ständig und ist praktisch jederzeit und an jedem Ort aufstellbar, doch nur wenn sich eine Schule am Ausstellungsort an der Aktion beteiligt.

1996 erschien eine Publikation mit einer Auswahl aus den inzwischen ca. 4000 gesammelten Beiträgen, ergänzt durch Texte und Interviews. Im November 2000 fand in Zschopau die 43. Ausstellung statt.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Durch ihre Initiative regt Sylvia Izi die kreativ-künstlerische Auseinandersetzung mit den Themen Gewalt und Rassismus bei den beteiligten Jugendlichen an.
- Sie erfahren durch die Aufnahme in die Sammlung oder die Wanderausstellung eine unmittelbare Würdigung ihrer Arbeit.
- Die Ausstellung der Schülerbilder an vielen verschiedenen Orten ermöglicht eine große Verbreitung der künstlerischen Stellungnahmen der Jugendlichen und fördert so die öffentliche Diskussion der Themen Gewalt und Rassismus.

### **Kontaktadresse**

Frau Izi  
Philipp-Scheidemann-Straße 109  
67071 Ludwigshafen a.R.  
www.werwenn.de

33

## „Take care“ und „... von wegen Klappe halten!“

Projekte der LandeschülerInnenvertretung Schleswig-Holstein

### **Das Ergebnis**

Die LandeschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen Schleswig-Holsteins erarbeitete eine Broschüre mit Antworten auf aktuelle schulrechtliche Fragen, um Schülerinnen und Schülern die aktive Mitarbeit bei der Schulgestaltung zu erleichtern.

Mit der Aktion „Take care“ will die LSV gezielt auf Probleme von Schülerinnen und Schülern, wie Mobbing und Gewalt sowie sexueller Missbrauch, aufmerksam machen und Handlungsmöglichkeiten zeigen.

### **Was wurde getan?**

Die LandeschülerInnenvertretung der Gymnasien und Gesamtschulen von Schleswig-Holstein möchte die Schülerinnen und Schüler mit ihrem Projekt „... von wegen Klappe halten!“ über ihre Rechte aufklären und sie motivieren, mit dem neuen Schulgesetz aktiv umzugehen. Basierend auf den Ergebnissen einer Schülerbefragung wurde eine Broschüre erstellt und an alle allgemeinbildenden Schulen des Landes verteilt. Sie enthält 82 aktuelle schulrechtliche Fragen, die schülergerecht beantwortet werden und zudem auf den betreffenden Paragraphen des Schulrechts, auf Erlasse bzw. auf die Lehrpläne verweisen. Mit „N-Joy-Radio“ und den „Kieler Nachrichten“ wurden kompetente Medienpartner gewonnen. Die Broschüre, die bereits in zweiter Auflage erschienen ist, wird auch für die Ausbildung der Lehramtsreferendare und für Fortbildungen genutzt.

Gewalt, Mobbing, Diskriminierung und sexueller Missbrauch sind Probleme, mit denen Schülerinnen und Schüler oft nicht fertig werden. Mit der Aktion „Take care“ möchte die Lan-





desschülerInnenvertretung auf die Probleme Heranwachsender aufmerksam machen und Handlungsmöglichkeiten zeigen. Dazu werden Plakate und Broschüren produziert sowie eine Vortrags- und Seminarreihe initiiert. Unterstützung erhält die LSV dabei vom Kinder- und Jugendbeauftragten der Landesregierung sowie dem Kinderschutz-Zentrum Kiel.

#### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Die LSV Schleswig-Holstein eröffnet vielen Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten der aktiven Mitgestaltung und optimiert dadurch bestehende Formen der Schülermitverwaltung.
- Diese schülerorientierte Nutzung der bestehenden Schulverfassung versteht sie als Beitrag zur Erziehung zu Demokratie und Toleranz.
- Mit ihren Projekten zeigt die LSV Möglichkeiten auf für Kooperation im Bereich der Schulentwicklung bspw. mit auszubildenden Lehrerinnen und Lehrern und mit Einrichtungen der Lehrerfortbildung.
- Die LSV nutzt die Verbindung zu großen Medienpartnern.

#### **Kontaktadresse**

LSV Schleswig-Holstein  
Herr Krüger  
Preußerstraße 1–9  
24105 Kiel

34

## **Macht Kinder stark für Demokratie!**

Ein Projekt des Vereins „Macht Kinder stark für Demokratie! e.V.“ Frankfurt a. M. (Hessen)



#### **Das Ergebnis**

Der Verein „Macht Kinder stark für Demokratie! e.V.“ engagiert sich in der gleichnamigen Kampagne unter Schirmherrschaft der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann. Ziel der Kampagne ist es, die Demokratieverziehung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu fördern.

Als Zugang wurden dafür die 1989 weltweit verabschiedeten Kinderrechte gewählt, die über den „Koffer voller Kinderrechte“ eine Auseinandersetzung mit dem Thema Beteiligung von Kindern an der Demokratie ermöglichen sollen.

#### **Was wurde getan?**

Der Verein „Macht Kinder stark für Demokratie! e.V.“ Frankfurt am Main ist überparteilich und verfolgt den gemeinnützigen Zweck, die Demokratieverziehung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu fördern.

Um das zu erreichen, ist er Träger der gleichnamigen Kampagne geworden. Ziel der Kampagne ist es, den „Koffer voller Kinderrechte“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als Lernwerkstatt an Schulen zu bringen, Fortbildungen und Workshops mit Kindern und Erwachsenen zu organisieren und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Der „Koffer voller Kinderrechte“ bietet hierbei einen konkreten Zugang zur Demokratie über die 1989 weltweit verabschiedeten und 1992 vom Deutschen Bundestag ratifizierten Kinderrechte. Der Koffer enthält 25 verschiedene Materialien für Kinder von 8 bis 12 Jahren und Erwachsene: Filme, Kassetten, CDs und Bücher, Arbeitsmappen und Projektberichte für die Arbeit am Thema. Der Medienkoffer ist wie ein Baukasten gestaltet und kann mit regionalen Materialien ergänzt werden.

Eine große PR-Aktion wurde gestartet, um den Koffer in die Schulen zu bringen, gleichzeitig aber auch die Öffentlichkeit einzubinden und zu Übernahme von Verantwortung bezüglich der Demokratieverziehung von Kindern anzuregen. Viele Prominente aus Kultur, Politik und Wirtschaft sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger haben sich bereits für die Aktion eingesetzt, einen „Koffer voller Kinderrechte“ erworben und einer Schule überbracht.

Des Weiteren stehen sie auf der Homepage des Vereins mit ihrem Bild und einem Statement für die Aktion.

Beispielhaft für einen Workshop sei hier die Medienwerkstatt „Demokratie und Kinderrechte“ genannt, die im Sommer 2001 in Zusammenarbeit mit dem Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg, dem Kinderfunk, der Zeitschrift Geolino und vielen weiteren Partnern stattfinden wird.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Es wird ein thematischer Zugang zum Thema Demokratie gewählt, der Kinder anspricht, da er ihre ureigensten Interessen, nämlich ihre Rechte, betrifft.
- Eine starkes Interesse an Kooperation auf verschiedenen Ebenen soll möglichst viele Partner zur Beteiligung anregen.
- Eine breite Öffentlichkeit soll sensibilisiert werden und auch tatkräftig Verantwortung übernehmen.
- Für Schule und Jugendarbeit wird ein Ensemble an Medien und Materialien angeboten, die vielfältige Formen des Lernens unterstützen können, vom Fachunterricht bis hin zum Wochenendseminar.

### **Kontaktadresse**

Macht Kinder stark für Demokratie! e.V.  
Frau Student / Frau Kraft  
Postfach 600621  
60336 Frankfurt  
www.makista.de



## „Rap für Courage“ und „Voll das Leben ...!“

Ein Projekt der AG Spiel in der Evangelischen Jugend Schwerte (Niedersachsen)

### **Das Ergebnis**

Pädagogen der AG Spiel haben in Zusammenarbeit mit Profimusikern der „Sons of Gastarbeits“ ein Workshop-Angebot entwickelt, das Jugendlichen die Möglichkeit gibt, Rap-Songs mit eigenen Texten zu produzieren und ein Musikvideo zu drehen.

Das Nachfolgeprojekt, die CD-ROM „Voll das Leben ...!“, dokumentiert Texte, Fotos und Filme von Jugendlichen, die aus einem Wettbewerb der AG Spiel hervorgegangen sind.

Die aktuelle Weiterführung stellt das Hip-Hop-Musical „Voll das Leben ...!“ nach Materialien der CD-ROM dar, das zurzeit inszeniert wird.



### **Was wurde getan?**

Das Projekt „Rap für Courage“ läuft bereits seit 1995. Es bietet Jugendlichen die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit Pädagogen und Profimusikern der Band „Sons of Gastarbeit“ in viertägigen Workshops („Rap für Courage at work“) eigene Rap- oder Hip-Hop-Titel und Musikvideos zu produzieren, die in einem Abschlusskonzert öffentlich präsentiert werden. Dieses Angebot kann durch interessierte Gruppen aus Schule und Jugendarbeit in Anspruch genommen werden. Mittlerweile fanden auch schon zwei Großkonzerte mit bisherigen „Rap für Courage“-Formationen statt, und es sind zwei CDs produziert worden.

Eine Weiterentwicklung der Ausgangsidee stellt das Projekt „Voll das Leben“ (abgeschlossen Ende 2000) dar. Die Veranstalter forderten Jugendliche im Rahmen eines Wettbewerbs auf, Texte, Fotos oder Filme einzuschicken, die ihre Wünsche, Träume, Hoffnungen oder Ängste ausdrücken. Daraus entstand das multimediale CD-ROM-Buch „Voll das Leben ...!“

Eine weitere Variation des Ursprungsthemas ist das aktuelle Projekt: die Produktion eines Hip-Hop-Musicals „Voll das Leben ...!“ mit Jugendlichen unter Verwendung der auf der CD-ROM dokumentierten Materialien. Inhalt des Musicals ist eine Zeitreise durch drei Jahrzehnte Jugendkultur.

### **Best Practice**

Beispielsweise:

- Das Projekt zeigt einen gelungenen, professionellen und originellen Ansatz in der künstlerischen Auseinandersetzung mit Gewalt und anderen Problemen Jugendlicher.
- Die Zusammenarbeit von Pädagogen, Künstlern und Jugendlichen bietet ein breites Erfahrungsfeld und professionelle Umsetzung.
- Die fortlaufende Weiterentwicklung der Ausgangsidee nutzt die entstandenen Ergebnisse und sichert dem Projekt eine eigene Programmatik sowie mittelfristige Entwicklungsperspektiven.

### **Kontaktadresse**

AG Spiel in der Evangelischen Jugend  
 Herr Schriever  
 Iserlohner Straße 25  
 58239 Schwerte



## Erläuterungen

In Text und Grafiken werden für die Bundesländer sowie die Schularten und -formen folgende in den Sozialwissenschaften gebräuchliche Abkürzungsschlüssel verwendet:

### **Die Bundesländer**

BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
BE	Berlin
BB	Brandenburg
HB	Bremen
HH	Hamburg
HE	Hessen
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
SH	Schleswig-Holstein
TH	Thüringen

### **Die Schularten**

Prim	Grundschulen (Klassen 1 bis 4) sowie reine Orientierungsstufen
Prim + Sek I	Grundschulen mit angeschlossener Sekundarstufe
Sek I	Hauptschulen, kombinierte Haupt-Realschulen und vergleichbare (nach Bundesland) der Klassen 5 bis 9 oder 10, die den Hauptschulabschluss oder den mittleren Bildungsabschluss vergeben sowie „reine“ Realschulen, die nach den Klassen 5 bis 10 nur mittlere Bildungsabschlüsse vergeben
Gym	alle Gymnasien; inkl. Fachgymnasien etc.
Gesamtschule	Beiträge aus reinen Gesamtschulen (kooperativ oder integriert oder Gesamtschul-Zentren)
Fö/So	Förder- und Sonderschulen aller Bereiche
BBS	Berufschulen und Berufskollegs aller Art
Andere	Ausschlusskategorie: Projekte oder Personen, die sich in den anderen Rubriken nicht plazieren lassen



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

bmb+f

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unentgeltlich abgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

**BMBF PUBLIK**